Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3777**
16. Wahlperiode 07. 12. 2006

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 2002 bis 2005

Inhaltsverzeichnis

Zugeleitet mit Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 6. Dezember 2006 gemäß Beschluss des Deutschen Bundestages vom 30. September 1993 (Bundestagsdrucksache 12/5430).

Seite

Seite

Anlagen

Seite

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
ADRA	Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe e.V.
ALNAP	Active Learning Network for Accountability and Performance in Humanitarian Action
AMIS	Afrikanische Mission im Sudan
ASB	Arbeiter-Samariterbund
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMI	Bundesministerium des Innern
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNE	Bruttonationaleinkommen
CARE	CARE Deutschland e.V. (CARE = Cooperative for Assistance and Relief to Everywhere)
CIMIC	Zivilmilitärische Zusammenarbeit (Civil Military Cooperation)
CERF	Zentraler Nothilfefonds der Vereinten Nationen
CRED	Forschungszentrum zur Epidemiologie von Katastrophen
DAC	Entwicklungshilfekomitee der OECD
DCV	Deutscher Caritasverband e.V.
DHA	Abteilung für humanitäre Hilfe der Vereinten Nationen
DIPECHO	Katastrophenvorsorgeprogramm von ECHO (Disaster Preparedness Programme)
DKKV	Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DWHH	Deutsche Welthungerhilfe
ECHO	Amt für humanitäre Hilfe der EU
ESP	Ernährungssicherungsprogramm
Europ. Kom.	Europäische Kommission
FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
FFW	Nahrungsmittel für Arbeit (Food for Work)
GHD	Gute humanitäre Geberschaft (Good Humanitarian Donorship)
GICHD	Genfer Internationales Zentrum für Humanitäres Minenräumen
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH
HAC	Humanitarian Aid Committee
HELP	HELP Hilfe zur Selbsthilfe e.V.
IDP	Binnenvertriebene (Internally Displaced Persons)
IESP	Integriertes Ernährungssicherungsprogramm
IFRK	Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IOM	Internationale Organisation für Migration
ISDR	International Strategy for Desaster Reduction = Internationale Strategie zur Katastrophenverminderung
KFOR	Kosovo Force
LRA	Lord's Resistance Army
MASG	Mine Action Support Group
NRO	Nichtregierungsorganisation
OCHA	Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung von humanitären Angelegenheiten (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs)
ODA	Staatliche Entwicklungshilfe (Official Development Aid)

OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OHCHR	Amt des Hohen Kommissars der VN für Menschenrechte
SEEBA	Schnelle Einsatzeinheit Bergung Ausland
SPLM/A	Sudan People's Liberation Movement/Army
STP AFG	Stabilitätspakt Afghanistan
STP SOE	Stabilitätspakt Südosteuropa
THW	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNDRO	United Nations Disaster Relief Organisation
UNESCO	Organisation der VN für Bildung, Wissenschaft und Kultur
UNFPA	Bevölkerungsfonds der VN
UNHCR	Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola (vormals angolanische Rebellenbewegung; jetzt politische Partei)
UNMAS	Mine Action Service der VN
UNRWA	VN-Hilfswerk für Palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten
UNV	Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen
VENRO	Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen
WEP/WFP	Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen
WHO	Weltgesundheitsorganisation

1 Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht legt über die von der Bundesregierung im Ausland geleistete humanitäre Hilfe im Zeitraum von 2002 bis 2005 Rechenschaft ab. Er wird aufgrund eines Antrags aller Fraktionen des Deutschen Bundestages vom 9. Juni 1992 (Bundestagsdrucksache 12/2776) und eines Beschlusses des Bundestages vom 30. September 1993 (Bundestagsdrucksache 12/5430) für jede Legislaturperiode des Bundestags erstellt und schließt sich an vorhergehende Berichte an, die die Zeiträume ab dem Jahr 1965 behandelten (Bundestagsdrucksachen 8/2155, 9/2364, 10/6564, 11/7508, 12/7737, 14/3891 und 15/2019).

Die Bundesregierung leistet bei Naturkatastrophen, Kriegen und Konflikten humanitäre Hilfe, indem sie geeignete Hilfsorganisationen finanziell unterstützt. Innerhalb der Bundesregierung ist das Auswärtige Amt federführend für die humanitäre Hilfe. Der Tabellenteil im Anhang gibt Auskunft über die Verwendung der für diese Aufgabe im Bundeshaushalt zur Verfügung gestellten Mittel.

Die Bundesregierung ist in der humanitären Hilfe nur ein Akteur unter vielen. Die eigentlichen Träger der Hilfe sind nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen und deren Partnerorganisationen in den betroffenen Ländern sowie internationale Organisationen wie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Organisationen (UNHCR), das Welternährungsprogramm (WEP) oder das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK). Eine entscheidende Finanzierungsquelle der humanitären Hilfe sind die Spenden der Bürgerinnen und Bürger. Der Tabellenteil liefert auch hierzu einige Informationen.

An die vom Auswärtigen Amt geförderte humanitäre Soforthilfe schließt sich die entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) an, die dazu beiträgt, die Lücke zwischen der kurzfristig angelegten humanitären Hilfe und langfristiger Entwicklungshilfe zu schließen. In den internationalen Statistiken und der Diskussion über die internationale Hilfsarchitektur werden sowohl die humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amts als auch die entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe des BMZ unter „humanitarian aid“ erfasst.

Dieser Bericht basiert neben den Übersichten, die von den beteiligten Ministerien erstellt wurden, auf einer Reihe weiterer Quellen. Aus Gründen der Lesbarkeit wird auf Einzelnachweise im Textteil verzichtet. Einige wichtigste Quellen waren: eine Vielzahl von Berichten der Vereinten Nationen, u. a. die Jahresberichte des Generalsekretärs, die WHO-Notfalldatenbank (CRED) und die Weltkatastrophenberichte der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften, die OFDA/CRED International Disaster Database zu empirischen Aussagen zur Häufigkeit und Ursache von Naturkatastrophen[1], Aussagen des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung zu Daten zu gewaltsam ausgetragenen Konflikten[2], Publikationen des UNHCR zu Flüchtlings- und Vertriebenenzahlen[3]. Weitere Quellen waren die Jahresberichte sonstiger internationaler Organisationen und Nichtregierungsorganisationen, Berichte deutscher Auslandsvertretungen sowie eine Vielzahl spezifischer Auskünfte der Akteure in der humanitären Hilfe zu den Fragen der Verfasser.

2 Einleitung

Dieser Bericht umfasst den Zeitraum vom 1. Januar 2002 bis zum 31. Dezember 2005. Im Berichtszeitraum ragt der Tsunami vom 26. Dezember 2004 heraus, eine der großen Naturkatastrophen der Menschheitsgeschichte. Dazu kommt eine lange Reihe natur- und menschengemachter Krisen und Katastrophen, insbesondere die weiter ungelösten Konflikte im Sudan (Darfur) und der Demokratischen Republik Kongo, die Erdbeben in Iran 2003 und Pakistan 2005, die Ernährungskrise in der Republik Niger, die Wirbelstürme in Mittel- und Nordamerika 2005 und der Krieg in Irak im Jahr 2003. In einigen der Regionen, auf denen während des Berichtszeitraums zeitweise der Fokus der internationalen Gemeinschaft und der humanitären Organisationen lag, so z. B. Afghanistan und Südsudan, hat sich die humanitäre Lage der Bevölkerung inzwischen verbessert, wenngleich dies für die Sicherheitslage leider nicht gilt. Andere krisengeschüttelte Länder und Regionen, wo die humanitäre Lage zum Teil seit vielen Jahren besorgniserregend ist, haben einen unvermindert hohen Hilfsbedarf, so die Demokratische Republik Kongo oder – periodisch wiederkehrend – die Länder am Horn von Afrika.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und die Kriege in Afghanistan und Irak hatten auch erhebliche Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen der humanitären Hilfe. Das Arbeitsumfeld für humanitäre Organisationen ist unsicherer geworden, und viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter humanitärer Organisationen sind im Berichtszeitraum Gewalttaten zum Opfer gefallen. Die Frage nach dem Verhältnis von Hilfsorganisationen und Streitkräften in der humanitären Hilfe und der Rolle humanitärer Organisationen in integrierten Missionen der Vereinten Nationen wurde neu akzentuiert.

Das zentrale Leitprinzip für die Arbeit der Bundesregierung im Bereich der humanitären Hilfe ist, dass sich diese Hilfe ausschließlich an den Erfordernissen der Notlage orientiert und ohne Ansehen von Rasse, Geschlecht, Religion, Staatsangehörigkeit, politischer Überzeugung oder sonstigen Unterscheidungsmerkmalen gewährt wird. Bundesregierung und humanitäre Nichtregierungsorganisationen haben in Ausfüllung dieses Prinzips bereits 1993 die zwölf Grundregeln für die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland beschlossen (Nummer 6.1). Im internationalen Rahmen erfolgte eine Verständigung auf zentrale

---

[1] EM-DAT: The OFDA/CRED International Disaster Database, Université catholique de Louvain, Brussels, Belgium, http://www.em-dat.net.

[2] Konfliktbarometer des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung, http://www.hiik.de/de/index_d.htm.

[3] United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) Global Report, http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/template?page=publ&src=static/gr2005/gr2005toc.htm.

Grundprinzipien humanitärer Hilfe in den „Prinzipien und Gute Praxis Humanitärer Geberschaft“ (Principles and Good Practice of Humanitarian Donorship), die am 17. Juni 2003 in Stockholm von den wichtigsten Gebern humanitärer Hilfe angenommen wurden. Diese so genannten GHD-Prinzipien sind zu einem wichtigen Referenzdokument geworden, zu dessen Aussagen sich die Bundesregierung bekennt und das sie im Rahmen unserer Rechtsordnung umsetzt.

Die Bundesrepublik Deutschland hat im Vierjahreszeitraum 2002 bis 2005 insgesamt rund 909 Mio. Euro (Anlage 1) für Projekte der humanitären Hilfe, des humanitären Minenräumens und der Nahrungsmittel-, Not- und Flüchtlingshilfe zur Verfügung gestellt. Der genannte Betrag enthält auch die freiwilligen, nicht für konkrete Hilfsprojekte zweckgebundenen Beiträge, die die Bundesregierung an internationale Organisationen mit humanitären Aufgaben geleistet hat (UNHCR, UNRWA, UNICEF, OCHA, IKRK, WEP), sowie unentgeltliche Materialabgaben der Bundeswehr.

Der folgende Bericht beginnt mit einigen grundsätzlichen Anmerkungen zur humanitären Hilfe und ihrer Abgrenzung zur Entwicklungszusammenarbeit (Nummer 3) Der nachfolgende Abschnitt gibt einen Überblick über Art und Umfang der größten humanitären Krisen im Berichtszeitraum (Nummer 4). Anschließend folgen eine Einführung in Organisation und Zuständigkeiten der humanitären Hilfe innerhalb der Bundesregierung und ihrer verschiedenen Ressorts sowie eine Vorstellung der Haushaltstitel, die die Bundesregierung zur Finanzierung ihrer humanitären Hilfe bewirtschaftet (Nummer 5). Nach diesem Überblick beschreibt der sechste Abschnitt, wie die Koordinierung der deutschen humanitären Hilfe nach innen, d. h. zwischen den Ressorts und den privaten Hilfsorganisationen, und nach außen, d. h. mit den Regierungen anderer Staaten und internationalen Organisationen, erfolgt (Nummer 6). Anschließend werden ausgewählte projektübergreifende Fragen und Querschnittsthemen der humanitären Hilfe diskutiert (Nummer 7). In einem geographisch nach Kontinenten gegliederten Abschnitt werden die wichtigsten Krisen und Katastrophen, die im Berichtszeitraum eintraten, und die von der Bundesregierung unterstützten Hilfsmaßnahmen in den betroffenen Ländern erläutert (Nummer 8). In den folgenden Abschnitten geht der Bericht auf die humanitäre Hilfe der Länder (Nummer 9) sowie deutscher nichtstaatlicher Organisationen (Nummer 10) ein und stellt die Hilfe der Bundesrepublik sodann anhand der Leistungen anderer wichtiger Geberländer in einen internationalen Kontext (Nummer 11). Der Bericht schließt mit einem Ausblick auf erkennbare künftige Herausforderungen der humanitären Hilfe der Bundesregierung (Nummer 12).

3 Definitionen und Abgrenzungen

Humanitäre Hilfe ist Not- und Überlebenshilfe für Menschen, die in eine Notlage geraten sind, die sie nicht aus eigener Kraft überwinden können. Dabei sind die Ursachen für die Notlage so unterschiedlich wie für die Hilfeleistung unerheblich. Es können Natur- oder Umweltkatastrophen ebenso wie zwischen- oder innerstaatliche kriegerische Auseinandersetzungen sein. Dementsprechend vielseitig sind die Maßnahmen und Instrumente der humanitären Hilfe. Um nur einige Beispiele aus dem breiten Katalog der Hilfsmaßnahmen zu nennen: Bei einem Erdbeben verschüttete Menschen werden geortet und geborgen, ihnen werden Nahrungsmittel und sauberes Trinkwasser sowie Kochutensilien zur Verfügung gestellt, Flüchtlinge werden versorgt und ihnen wird bei der Rückkehr geholfen, Notunterkünfte werden gebaut, Verletzten und Kranken wird medizinische Hilfe zuteil, Landminen und nichtexplodierte Munition werden geräumt. Innerhalb der von einer Notlage betroffenen Bevölkerung richtet sich die Hilfe vor allem an besonders benachteiligte Gruppen wie Kranke und Verletzte, Frauen und Kinder, Flüchtlinge und alte Menschen.

Bei der Projektfinanzierung durch die Bundesregierung gilt der Grundsatz der Subsidiarität und zwar in mehrfacher Hinsicht: Zum einen bedeutet er in der praktischen Arbeit, dass die Bundesregierung in der Regel nur dort humanitäre Hilfe leistet, wo die betroffenen Menschen sich nicht selbst in ausreichendem Maße helfen können oder die Regierung des betroffenen Staates sie nicht oder nicht ausreichend unterstützen kann oder will. Zum anderen bedeutet er, dass alles, was durch die Hilfsorganisationen mit eigenen Mitteln geleistet werden kann, auch nur von diesen getan wird.

Die Bundesregierung leistet humanitäre Hilfe unabhängig von politischen, ethnischen oder religiösen Erwägungen, ein Grundsatz, der als humanitärer Imperativ bezeichnet wird. Die Bundesregierung handelt aus ethischer Verantwortung und mit humanitärer Zielsetzung. Sie orientiert sich ausschließlich an der Bedürftigkeit der von Krisen, Konflikten oder Katastrophen betroffenen Menschen. Dies gilt selbstverständlich auch dann, wenn die Bundesregierung selbst, z. B. im Rahmen von VN-Einsätzen, Akteur in einem Konflikt ist.

Wenn auch humanitäre Hilfe keine politischen, wirtschaftlichen oder sonstigen staatlichen Ziele verfolgt, also keine Durchsetzung staatlicher Interessen ist, so ist sie doch auch nicht unpolitisch. Indem die Bundesregierung bereit und in der Lage ist, in einer Notlage schnell, unbürokratisch und effizient zu helfen, gibt sie an die Menschen, aber auch an die Regierung des betroffenen Landes ein politisches Signal der Verbundenheit und Solidarität.

Humanitäre Hilfe ist pragmatisch. Sie kann in politisch motivierten Gewaltsituationen regelmäßig weder das strategische Umfeld beeinflussen noch einen politischen Prozess ersetzen. Sie bringt keine Lösungen im großen Bild, aber sie lindert das Leid und rettet Menschenleben.

Humanitäre Hilfe stößt an Grenzen, wo sie nicht willkommen ist, behindert oder instrumentalisiert wird. Auch unter schwierigen Rahmenbedingungen findet humanitäre Hilfe noch statt, solange es eine Gewähr dafür gibt, dass sie bei den bedürftigen Menschen ankommt. Erst wenn Hilfsorganisationen der Zugang zu den Opfern verwehrt wird oder wenn Hilfeleistungen von Regierungen

oder Rebellengruppen für eigene Zwecke umgeleitet werden, kann keine Hilfe mehr stattfinden. In diesen Situationen bleibt es Aufgabe der unterstützungswilligen Staatengemeinschaft, von den Akteuren eines Konflikts den ungehinderten Zugang zu den Hilfsbedürftigen zu verlangen. Die Bundesregierung verfolgt dieses Ziel bilateral und im Verbund der Europäischen Union und der Vereinten Nationen.

Humanitäre Hilfe ist nicht mit reiner Wohltätigkeit bzw. karitativem Handeln gleichzusetzen: Während sich letztere an Einzelpersonen richtet, die durch Unfälle, Krankheiten, Verlust von Angehörigen oder andere Umstände in Not geraten sind, setzt die humanitäre Hilfe ein, wenn größere Bevölkerungsteile betroffen sind und die traditionellen zwischenmenschlichen Bewältigungsmechanismen (Familie, Nachbarschaft, staatliche Fürsorge) nicht mehr ausreichen. Professionelle humanitäre Hilfe beschränkt sich überdies nicht darauf, Hilfsgüter zu verteilen. Sie folgt anerkannten Standards, deren Erreichung anhand ausgewählter Indikatoren überprüft werden kann.

Als Bindeglied zwischen der humanitären Soforthilfe des Auswärtigen Amtes und der Förderung nachhaltiger Entwicklungsprozesse wirkt die entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Ihre Zielrichtung ist eine doppelte: Den von der Not betroffenen Menschen soll möglichst effektiv und schnell geholfen werden. Außerdem sollen die ersten Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung nach der akuten Krise geschaffen werden. Mit einer Projektlaufzeit zwischen sechs Monaten und drei Jahren wird der Zeitraum von Beginn der Notsituation bis zum Einsetzen der auf strukturelle Wirkungen angelegten Entwicklungszusammenarbeit abgedeckt. Die wichtigsten Förderbereiche sind Sicherstellung von Ernährung, Schaffung bzw. Wiederherstellung der sozialen und infrastrukturellen Grundversorgung, Stärkung der Selbsthilfekräfte der betroffenen Männer und Frauen sowie Flüchtlingshilfe. Entsprechend den Bedürfnissen in der konkreten Notsituation kann auch in anderen Förderbereichen gearbeitet werden.

4 Humanitäre Krisen im Berichtszeitraum

Naturkatastrophen wie Erdbeben, Flutwellen und Wirbelstürme fordern jedes Jahr deutlich mehr Opfer als Kriege und Konflikte. Nach Angaben der Vereinten Nationen lebt die Hälfte der Menschheit in Gebieten, die davon bedroht sind. Auch wenn in manchen Regionen dank erfolgreicher Präventionsmaßnahmen die Zahl der Opfer nach Naturkatastrophen zurückgegangen ist, so wächst der Bedarf an humanitärer Hilfe weltweit nach wie vor. Die Leistungen der Akteure – humanitäre Nichtregierungsorganisationen, Vereinte Nationen, Geberregierungen – nehmen zu. Die Zahl der gewaltsamen Auseinandersetzungen ist hingegen rückläufig. Während zwischenstaatliche militärische Auseinandersetzungen selten geworden sind, steigt jedoch der Anteil innerstaatlicher Auseinandersetzungen und asymmetrischer Konflikte.

4.1 Naturkatastrophen

Die Zahl der registrierten Naturkatastrophen ist weltweit in den letzten vier Jahren deutlich angestiegen. Während sie in den neunziger Jahren in etwa konstant blieb (zwischen 1992 und 2001 pro Jahr durchschnittlich über 300), lag der Durchschnitt in den vier Jahren des Berichtszeitraums bei 437. Besonders gravierend waren die Jahre 2002 (517 Naturkatastrophen) und 2005 (466 Naturkatastrophen). Auch die Zahl der von Naturkatastrophen betroffenen Menschen ist in den letzten Jahren gewachsen. Für das Jahr 2005 melden die Vereinten Nationen, dass 157 Millionen Menschen von Naturkatastrophen betroffen waren, davon 96 Prozent durch Überschwemmungen, Dürren und Wirbelstürme, 92 000 Menschen verloren ihr Leben. 2005 wurden 27 tropische Wirbelstürme registriert, davon 13 mit Orkanstärke. In den letzten zehn Jahren habe sich die durchschnittliche Zahl der Todesopfer nach Naturkatastrophen verdoppelt.

Am 26. Dezember 2004 löste ein Seebeben westlich der Insel Sumatra eine gewaltige Flutwelle aus, die Küstengebiete in über zehn Ländern bis hin nach Ostafrika erreichte und über 220 000 Todesopfer forderte. Der Tsunami wurde damit zu einer der großen Katastrophen der Menschheitsgeschichte. Er löste weltweit eine bis dahin nicht gekannte Welle der Hilfsbereitschaft aus. Dies gilt in ganz besonderem Maße für Deutschland, wo in kürzester Zeit durch private Spenden über 500 Mio. Euro aufgebracht wurden. Großzügige private und staatliche Mittel erlaubten wirksame humanitäre Hilfe und das schnelle Anlaufen von umfassenden Wiederaufbauprogrammen.

Genau ein Jahr vor dem Tsunami, am 26. Dezember 2003, wurde die iranische Stadt Bam durch ein Erdbeben zerstört, bei dem 26 000 Menschen ihr Leben verloren. Am 8. Oktober 2005 forderte ein Erdbeben in Pakistan, Nordindien und Afghanistan über 80 000 Menschenleben.

Neben den genannten Großkatastrophen gab es eine Vielzahl weiterer Naturkatastrophen, bei denen Deutschland humanitäre Hilfe leistete. Im Jahr 2002 half die Bundesregierung beispielsweise Betroffenen eines Vulkanausbruchs in Goma in der Demokratischen Republik Kongo. In der Tschechischen Republik wurden Opfer der Überschwemmungskatastrophe unterstützt, in Kuba von einem Wirbelsturm Betroffenen geholfen. 2003 wurden u. a. Hilfsleistungen nach Überschwemmungen in Kassala im Sudan und in Indien finanziert. 2004 wurden die Opfer von Überschwemmungen in Brasilien, Haiti und Bangladesch unterstützt. 2005 leistete die Bundesregierung Nothilfe bei der Dürre in Niger. In den Vereinigten Staaten setzte die Bundesregierung ein Zeichen der Solidarität durch Hilfe für die von Wirbelsturm Katrina überflutete Stadt New Orleans. In Guatemala und El Salvador wurden Opfer des Wirbelsturms Stan unterstützt, in Rumänien Opfer von Überschwemmungen.

4.2 Politische Konflikte

Die Zahl der gewaltsam ausgetragenen Konflikte (komplexe Krisen) ist rückläufig. 2002 wurden 42 gezählt,

2005 waren es noch 24. Die meisten Auseinandersetzungen sind heute innerstaatliche Konflikte. Die Zahl der Flüchtlinge ist, insbesondere mit dem Ende der Kriege auf dem Balkan, in Angola und Südsudan, weltweit deutlich rückläufig. Anfang 2002 registrierte der UNHCR noch 12,1 Millionen Flüchtlinge, Ende 2005 waren es noch 8,4 Millionen. Gleichzeitig stieg dagegen die Zahl der Binnenflüchtlinge, für deren Unterstützung es – anders als bei den Flüchtlingen, die internationale Grenzen überqueren – kein klares Mandat der internationalen Gemeinschaft gibt, von 5,1 auf 6,6 Millionen. Grundsätzlich ist es Aufgabe und Verpflichtung der betroffenen Staaten selbst, sich um die Bedürfnisse und Rechte ihrer Bürger zu sorgen. In wachsendem Umfang sind es aber gerade die Binnenflüchtlinge, die humanitäre Hilfe benötigen. Als Beispiele seien der seit 2003 eskalierte Konflikt in der sudanesischen Region Darfur oder die sich seit Jahren hinziehenden Auseinandersetzungen in der Demokratischen Republik Kongo angeführt. Die Unterstützung für die Opfer dieser Konflikte war Schwerpunkt der humanitären Hilfe der Bundesregierung in den letzten Jahren. Das Auswärtige Amt stellte im Zusammenhang mit der Darfur-Krise in den Jahren 2003 bis 2005 Mittel in Höhe von 38 Mio. Euro bereit. Hinzu kommen rund 20 Mio. Euro des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Neben den genannten Konflikten leistete die Bundesregierung im Berichtszeitraum in Georgien und der Russischen Föderation Flüchtlingen des Tschetschenienkonflikts Hilfe. Weitere Schwerpunkte der Flüchtlingshilfe waren die Palästinensischen Autonomiegebiete, Afghanistan sowie Kolumbien. In Afrika konzentrierte sich die Hilfe – neben den erwähnten Konflikten in Angola, Sudan und der Demokratischen Republik Kongo – insbesondere auf Liberia, Uganda, Simbabwe und Algerien. Auch zur Stabilisierung des Balkans leistet die Bundesregierung durch den Stabilitätspakt Südosteuropa einen Beitrag.

4.3 Umweltkatastrophen

Umweltkatastrophen umfassen Industrie-, Transport- oder sonstige von Menschen verursachte Katastrophen, welche die Umwelt in einer Region derart beeinträchtigen, dass das Leben der einheimischen Bevölkerung akut gefährdet ist. Dazu gehören auch biologische, chemische oder nukleare Unfälle. Auch bei Umweltkatastrophen zählten die Vereinten Nationen im Berichtszeitraum eine Steigerung. Der Jahresdurchschnitt von 2002 bis 2005 lag bei 347 Ereignissen – eine Zunahme von 16 Prozent. Die Zahl der Todesopfer wird mit insgesamt über 45 000 in den vier Jahren des Berichtszeitraums angegeben. Zu beachten ist jedoch, dass in diese Zahlen sämtliche registrierte Unglücke mit mindestens zehn Todesopfern oder mindestens 100 Betroffenen einfließen. Über 30 000 der Opfer resultierten aus Transportunglücken, fast 75 Prozent der 6 546 Opfer von Industriekatastrophen starben bei 174 Unfällen in China, insbesondere bei Grubenunglücken. Von den 8 140 registrierten Opfern von sonstigen Katastrophen wie Bränden oder Explosionen fielen ca. 1 000 der Explosion eines Munitionsdepots in Nigeria zum Opfer, 1 199 Menschen starben im August 2005 bei einer Massenpanik im Irak.

Die Bundesregierung leistet bei Umweltkatastrophen betroffenen Menschen humanitäre Hilfe entsprechend dem humanitären Bedarf. Zu Unglücken, die durch die akute Bedrohung großer Bevölkerungsteile internationale humanitäre Hilfsleistungen erforderlich machen, kommt es in diesem Bereich jedoch selten. Die Bekämpfung von Umweltschäden hingegen, etwa die Beseitigung von Ölteppichen nach Tankerunglücken oder die Entsorgung von Giftmüll, fällt nicht in den Bereich der humanitären Hilfe.

5 Die humanitäre Hilfe der Bundesregierung

Humanitäre Hilfe hat das Ziel, die humanitären Grundbedürfnisse der Menschen zu sichern. Hierfür haben sich die Akteure in der humanitären Hilfe Standards wie den Verhaltenskodex des IKRK oder die Grundsätze der Guten Humanitären Geberschaft gesetzt. Das Schlüsseldokument für die professionellen Leistungsstandards in der humanitären Hilfe und bei der Ablegung von Rechenschaft hierüber wurde im sogenannten Sphere-Projekt erarbeitet (The Sphere Project: The Humanitarian Charter and Minimum Standards in Disaster Response, http://www.sphereproject.org). Über 400 Organisationen in 80 Ländern haben an diesem Werk mitgewirkt. Als zentrale Elemente für die Befriedigung humanitärer Grundbedürfnisse werden hierdurch vier Bereiche definiert, für die Minimalstandards und Zielerreichungsindikatoren festgelegt werden:

Wasserversorgung und Hygienemaßnahmen wie Abwasser- und Müllentsorgung leisten einen elementaren Beitrag zur Krankheitsvorbeugung, insbesondere in Katastrophensituationen, wo oft große Menschenmengen in Lagern auf kleinem Raum zusammenleben.

Die ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln ist essentiell, um die Gesundheit und Widerstandsfähigkeit der Menschen zu erhalten. Die Opfer von Katastrophen müssen möglichst in die Lage versetzt werden, ihre Ernährung selbst zu sichern bzw. übergangsweise von außen versorgt werden. Wichtig ist hierbei auch, dass Mangelernährung vorgebeugt wird, insbesondere bei besonders gefährdeten Gruppen wie Schwangeren oder Kleinkindern.

Bei Schutzmaßnahmen handelt es sich im engeren Sinne um den Schutz vor Witterungseinwirkungen durch Hilfe bei der Reparatur von Wohnraum bzw. die Bereitstellung temporärer Unterkünfte und die Versorgung mit Kleidung, Decken und Brennmaterial zum Heizen und Kochen. Des weiteren fallen hierunter auch Maßnahmen im Sinne des humanitären Völkerrechts oder der Flüchtlingskonvention, die Flüchtlinge vor Angriffen schützen und ein Mindestmaß an Rechtsschutz gewähren sollen, z. B. Aufnahme in gesicherten Lagern, Registrierung und die Ausstellung von Flüchtlingsdokumenten.

Der vierte Bereich umfasst die Sicherstellung einer medizinischen Versorgung, da Katastrophen sowohl direkt als auch indirekt erhebliche Auswirkungen auf die Gesund-

heit der Bevölkerung haben. Dieser Aspekt definiert die Sicherstellung eines Mindestmaßes an medizinischen Leistungen, die den Grundbedürfnissen der Zielgruppe entsprechen und die aufgrund der vorherrschenden Notlage nicht oder nicht mehr durch vorhandene Strukturen gewährleistet werden können. Hierzu gehört auch die Bereitstellung von Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial sowie die Notinstandsetzung und -ausstattung medizinischer Einrichtungen. Darüber hinaus kann nach Katastrophen eine psycho-soziale Betreuung der Betroffenen erforderlich werden.

Neben medizinisch-therapeutischen Aspekten, wie der Betreuung von Opfern traumatischer Erlebnisse, kommen hierbei auch Maßnahmen zum tragen, die etwa Flüchtlingen bei der Eingliederung helfen und die oftmals fließend in Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit übergehen.

Für alle Bereiche wird durch die Sphere-Standards die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung an Planung und Durchführung der Maßnahmen sowie eine genaue Analyse der Lage und des Hilfsbedarfs gefordert. Wenn sich ergibt, dass Hilfsbedarf durch die zuständige Regierung nicht geleistet wird, so ist humanitäre Hilfe zu leisten, orientiert allein am Bedarf der Betroffenen. Die Hilfsmaßnahmen müssen kontinuierlich überwacht werden, um sie gegebenenfalls anzupassen oder bei gesunkenem Bedarf auch einzustellen.

Die Arbeit und – soweit sie sich um Unterstützung aus öffentlichen Mitteln bemühen – die Projektanträge der humanitären Nichtregierungsorganisationen und der internationalen humanitären Organisationen spiegeln diese zentralen Aufgabenbereiche humanitärer Hilfe wieder. Staatliche Stellen, bei der humanitären Hilfe das Auswärtige Amt als federführendes Bundesressort und Verwalter der wesentlichen Haushaltsmittel im Bundeshaushalt, treten regelmäßig nur als Mittelgeber und koordinierende Stelle im In- und Ausland in Erscheinung. Nur in relativ seltenen Fällen sind Bundesstellen selbst Durchführer von Hilfsmaßnahmen. In erster Linie ist hier das Technische Hilfswerk zu nennen. Insbesondere bei großen Naturkatastrophen hilft auch die Bundeswehr, in erster Linie mit ihrer medizinischen und Transportlogistik, wie beispielsweise nach dem Tsunami und dem Erdbeben in Pakistan. Kleinere Hilfsprojekte werden auch von den deutschen Botschaften in Zusammenarbeit mit örtlichen Nichtregierungsorganisationen geplant und durchgeführt.

Neben dem Auswärtigen Amt und dem BMZ beteiligen sich an der humanitären Hilfe der Bundesregierung, das BMI (als Dienstherr des THW), das BMVg und mit Einzelaspekten weitere Ressorts wie das BMG und das BMVBS.

5.1 Das Auswärtige Amt

Dem Auswärtigen Amt stehen in seinem Einzelplan 05 mehrere Haushaltstitel mit humanitärer Zielrichtung zur Bewirtschaftung zur Verfügung. Wo immer weltweit eine humanitäre Notlage entsteht, kann das Auswärtige Amt – entsprechend dem humanitären Bedarf und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel – wenn nötig binnen Stunden Mittel zur Verfügung stellen und Hilfsmaßnahmen auf den Weg bringen.

5.1.1 Humanitäre Projekthilfe

Der zentrale Haushaltsansatz des Auswärtigen Amtes für humanitäre Hilfe ist bei Kapitel 0502 Titel 687 12 „Für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland außerhalb der Entwicklungshilfe“ veranschlagt. Hieraus werden Sofortmaßnahmen der Not- und Katastrophenhilfe, Projekte der Flüchtlingshilfe und Vorhaben der Katastrophenvorsorge finanziert. Die jährliche Grundausstattung dieses Titels schwankte im Berichtszeitraum zwischen 37,7 Mio. Euro (2002) und 53 Mio. Euro (2005). Mehrfach wurden der Ansatz durch überplanmäßige Mittel für unvorhergesehene und besonders gravierende Krisen erhöht. Die Anlage 3 stellt die verschiedenen Finanzierungsquellen der humanitären Hilfe des Auswärtigen Amts zusammen und zeigt ihre regionale Verwendung im Berichtszeitraum auf. Der Irakkrieg im Jahr 2003, der Konflikt in Darfur im Jahr 2004 und der Tsunami vom Dezember 2004 führten zu erheblichen Mittelaufstockungen bei der humanitären Hilfe. Insgesamt wandte das Auswärtige Amt im Berichtszeitraum 265,5 Mio. Euro für 1 195 Projekte der humanitären Hilfe auf. Hierin enthalten sind alle Finanzierungsquellen der Anlage 3; nicht enthalten sind freiwillige nichtzweckgebundene Mittel für internationale Organisationen sowie Projekte des humanitären Minenräumens. Rechnet man diese hinzu, kommt man im Berichtszeitraum auf einen Betrag von 386,6 Mio. Euro. Die Anlage 4 vermittelt einen Eindruck von der Breite der vom Auswärtigen Amt geförderten Maßnahmen der humanitären Hilfe im engeren Sinne (zu den Projekten der Katastrophenvorsorge und des humanitären Minenräumens wird auf die Anlagen 5 und 6 verwiesen). Finanziert wurden insbesondere Projekte der medizinischen Notversorgung, Hygienemaßnahmen, Zusatzernährung für besonders betroffene und akut gefährdete Gruppen, Maßnahmen zur Wasserversorgung, die Bereitstellung von Notunterkünften, die Verteilung von Basishilfsgütern wie Decken, Kleidung, Wasserkanistern, Kochutensilien u. a., Notreparaturen an Häusern und an essentieller Infrastruktur sowie logistische Unterstützung.

5.1.2 Katastrophenvorsorge

Vorsorgen ist besser als Heilen. Naturkatastrophen sind keine als unvermeidbar hinzunehmenden Ereignisse, deren Schäden und Leiden für die betroffenen Menschen allein durch humanitäre Hilfsprojekte begrenzt werden können. Sie entstehen aus dem Zusammenwirken natürlicher Faktoren (Naturereignisse, „hazards“) und der Anfälligkeit (vulnerability) von Gesellschafts- und Ökosystemen. Dabei lassen sich oft menschlich bedingte Defizite ausmachen, die aus einem Naturereignis erst eine Naturkatastrophe entstehen lassen: Urbanisierung auch in gefährdeten Gebieten, Ansiedlung gefährlicher Industrieanlagen in Risikozonen, die künstliche Begradigung von Flussläufen und die Zerstörung natürlicher Überflutungs-

zonen, Entwaldung und Bodenerosion, mangelndes Bewusstsein und Wissen über gegebene Risiken.

Entsprechend der Zweckbestimmung des Haushaltstitels 687 12 fördert das Auswärtige Amt auch Projekte der Katastrophenvorsorge und trägt damit dazu bei, Situationen zu vermeiden, in denen die Leistung humanitärer Hilfe notwendig wird. Insgesamt hat das Auswärtige Amt in den Jahren 2002 bis 2005 14,4 Mio. Euro für Projekte der Katastrophenvorsorge zur Verfügung gestellt.

Mit der Verabschiedung des VN-Strategiepapiers „A Safer World in the 21st Century“ im Juli 1999 hatte der Generalsekretär der VN zu verstärkten Anstrengungen aufgerufen, um bei der Katastrophen- und Krisenbewältigung den Übergang von einer Kultur der Reaktion zu einer Kultur der Prävention zu erreichen. Gleichzeitig hatte er sich ausdrücklich für die Fortführung konzertierter Katastrophenvorbeugung in den VN und den Mitgliedstaaten ausgesprochen. Mit den vom Auswärtigen Amt geförderten Katastrophenvorsorgeprojekten wurde in den unterstützten Ländern das Katastrophenmanagement örtlicher Katastrophenschutzbehörden verbessert und das Risikobewusstsein betroffener Bevölkerungsgruppen weiterentwickelt. Geographische Schwerpunkte der Projektarbeit waren Lateinamerika, das südliche Afrika, insbesondere Mosambik, sowie Südostasien.

Das 1999 gegründete Deutsche Komitee Katastrophenvorsorge e.V. (DKKV) ist ein Kompetenzzentrum für nationale und internationale Fragen der Naturkatastrophenprävention unter Einbezug damit verknüpfter technischer und sonstiger Katastrophen. Zudem fungiert es als Mittler zu internationalen Organisationen und Initiativen im genannten Bereich der Katastrophenvorsorge. Es wird aus Mitteln des Auswärtigen Amts finanziell unterstützt.

Im Oktober 2003 richtete das Auswärtige Amt die zweite Internationale Frühwarnkonferenz vor Naturkatastrophen (EWC II) in Bonn unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen aus, an der über 400 Teilnehmern aus fast 70 Ländern teilnahmen. Auf der Konferenz wurde die Rolle von Frühwarnung hervorgehoben und eine Integration der Frühwarnung in Entwicklungsstrategien und Institutionen gefordert. Die Vorläuferkonferenz der EWC II hatte im Jahr 1998 in Potsdam stattgefunden. Eines der Ergebnisse der EWC II war die Einrichtung eines Katastrophenfrühwarnbüros der VN in Bonn, der Plattform zur Förderung von Frühwarnung (PPEW – Platform for the Promotion of Early Warning). Der Tsunami im Indischen Ozean am 26. Dezember 2004 verdeutlichte der Welt erneut die die Bedeutung der Frühwarnung vor Naturkatastrophen. Unter dem Eindruck dieser Naturkatastrophe stand auch die Weltkonferenz zur Katastrophenvorsorge, die im Januar 2005 im japanischen Kobe, Provinz Hyogo, stattfand und an der Deutschland maßgeblich beteiligt war. Ein internationaler Plan zur Schadensbegrenzung durch Naturgewalten, das „Hyogo Framework for Action 2005-2015“, konnte verabschiedet werden. Die Aufgabe zur Bündelung weltweiter Katastrophenvorsorge wurde einem VN-Gremium, der Internationalen Strategie zur Katastrophenvorbeugung (ISDR) mit Sitz in Genf, übertragen.

In Kobe bot die Bundesregierung auch an, auf der Grundlage der in Deutschland bereits gesammelten Erfahrung mit einer dritten Internationalen Frühwarnkonferenz (EWC III) im März 2006 in Bonn die bislang verfolgte Arbeit fortzusetzen und zu intensivieren. Die Vereinten Nationen haben die Schirmherrschaft für die Konferenz, die unter dem Motto „Vom Konzept zum Handeln“ steht, übernommen. Ziel ist es, eine Bestandsaufnahme der Frühwarnsysteme zu unterstützen, Lücken in dieser Kette zu identifizieren und beispielhafte Projekte vorzustellen und zu fördern. Durch ein wissenschaftliches Symposium und ein Forum von Praktikern und institutionellen Akteuren wird der Dialog zwischen diesen Gruppen gefördert.

5.1.3 Institutionelle Förderung humanitärer internationaler Organisationen

Mehrere internationale Institutionen, die im humanitären Bereich tätig sind, erhalten zusätzlich zur Projektförderung Unterstützung durch freiwillige, nichtzweckgebundene Mittel. Bei Kapitel 0502 Titel 687 35 „Sonstige Leistungen an Organisationen und Einrichtungen im internationalen Bereich“ sind freiwillige Beiträge ausgewiesen, die internationalen Institutionen zufließen (Anlage 7). Hierzu gehören das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), das Hilfsprogramm der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) und das Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Hilfe (OCHA). Im Berichtszeitraum erhielten die genannten Organisationen aus diesem Haushaltstitel insgesamt 56,4 Mio. Euro an nichtzweckgebundener Unterstützung. Die ihnen darüber hinaus zugeflossene zweckgebundene Projektförderung lag wesentlich höher.

5.1.4 Humanitäres Minenräumen (Kapitel 0502 Titel 687 23)

Die Internationale Kampagne gegen Landminen geht davon aus, dass immer noch 73 Länder, wenngleich in sehr unterschiedlichem Ausmaß, unter den Auswirkungen von Landminen und Blindgängern leiden. Seit Jahren zitieren Medien Zahlen von 60 bis 100 Millionen weltweit verlegter Landminen. Diese Zahlen sind zwar eindrucksvoll, beruhen aber lediglich auf vagen und letztlich unrealistischen Schätzungen. Erfahrungswerte aus der Balkanregion scheinen zu belegen, dass in der Regel deutlich weniger Minen verlegt sind, als ursprünglich angenommen wurde.

Allerdings spielt die Zahl der verlegten Minen bei der Bewertung der Dimension des Problems nur eine untergeordnete Rolle. Entscheidend ist vielmehr, welche Auswirkungen Minen und Blindgänger auf die betroffenen Menschen vor Ort haben. Alleine die – begründete oder im Einzelfall vielleicht auch unbegründete – Angst vor Landminen kann das Leben ganzer Gemeinden nachhaltig beeinträchtigen. Straßen werden aus Furcht nicht mehr benutzt, Felder nicht mehr bestellt oder abgeerntet. Die Beschaffung von Wasser und Feuerholz wird so zu einer

Gefahr insbesondere für Frauen, die in vielen betroffenen Ländern die Hauptlast bei der Versorgung der Familien tragen.

Antipersonenminen sind durch das am 1. März 1999 in Kraft getretene Ottawa-Abkommen geächtet. Mit seinem umfassenden Verbotsansatz und den bindenden Vorschriften zur Herstellung und Weitergabe von Anti-Personenminen, Minenräumung, Zerstörung von Lagerbeständen sowie Opferfürsorge setzt das Übereinkommen aus abrüstungspolitischer wie auch aus humanitärer Sicht neue Maßstäbe. Im Juni 2006 hatten 151 Staaten das Ottawa-Abkommen ratifiziert. Obwohl wichtige Staaten, insbesondere die USA, China und Russland, zwar ein Exportmoratorium unterzeichnet haben, aber dem Abkommen bisher nicht beigetreten sind, sind die positiven Auswirkungen des Ottawa-Abkommens weltweit deutlich spürbar. So ist der globale Handel mit Antipersonenminen nahezu vollständig zum Erliegen gekommen. Die Hemmschwelle für ihren Einsatz hat sich deutlich erhöht. Inzwischen werden mehr Minen geräumt als neu verlegt, und die Opferzahlen gehen kontinuierlich zurück. Nur noch drei Staaten – Myanmar, Russland, Nepal – haben zuletzt Antipersonenminen verlegt. Darüber hinaus haben 13 nichtstaatliche Gruppen in Konflikten Antipersonenminen eingesetzt.

Vieles wurde in vergleichsweise kurzer Zeit erreicht. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass es eher Jahre als Jahrzehnte dauern wird, bis Antipersonenminen keine Opfer mehr verursachen. Diese optimistische Einschätzung setzt allerdings voraus, dass die internationale Gemeinschaft auch weiterhin ausreichend Mittel für das Minenräumen bereitstellt.

Ab Mitte der neunziger Jahre setzte sich die Bundesregierung auf politischer Ebene mit Nachdruck für die Ächtung von Anti-Personenminen ein und spielte bei der Erarbeitung und Umsetzung des Ottawa-Abkommens eine Vorreiterrolle. Parallel dazu wurden die Ausgaben für humanitäres Minenräumen seit 2001 deutlich gesteigert.

Das Auswärtige Amt unterstützt weltweit Projekte des humanitären Minenräumens. Die Aufwendungen hierfür betrugen im Berichtszeitraum unter Einschluss der Mittel aus den Stabilitätspakten Afghanistan und Südosteuropa insgesamt 64,7 Mio. Euro (Anlage 6). Hinzu kommen Projekte des BMZ für Opferfürsorge in Höhe von jährlich ca. 1 Mio. Euro. Die Bundeswehr unterstützt durch Expertise und die punktuelle Abstellung von Fachpersonal. Seit 1992 hat die Bundesregierung die weltweiten Minenräumaktivitäten mit ca. 140 Mio. Euro gefördert und gehört damit in diesem Bereich zu den größten Gebern weltweit.

Das Auswärtige Amt fördert Projekte insbesondere dort, wo Minen und Blindgänger ein besonders drängendes humanitäres Problem darstellen, d. h. Leben und Gesundheit von Menschen akut gefährden oder deren Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern behindern. Mit der Förderung des Aufbaus örtlicher Einrichtungen und von Programmen zur Sensibilisierung der betroffenen Bevölkerung vor den Gefahren von Minen und Blindgängermunition sollen die Fähigkeiten zur Selbsthilfe in den betroffenen Ländern gestärkt werden.

Das Auswärtige Amt unterstützt in erster Linie die Räumung von Verdachtsflächen, von denen nachweislich eine hohe Gefährdung für die Bevölkerung ausgeht und von Flächen, die für den Wiederaufbau eines Landes von besonderer Bedeutung sind.

Neben Antipersonenminen werden auch Blindgänger geräumt, die an manchen Orten ein größeres humanitäres Problem als Minen darstellen. In vielen Fällen finden bewaffnete Auseinandersetzungen gerade im Bereich von verlegten Minensperren statt, was häufig zur Folge hat, dass in und im Umkreis von Minenfeldern auch Versagermunition gefunden wird. Es liegt also in der Natur der Sache, dass die zur Räumung eingesetzten Kräfte in der Regel auch dazu ausgebildet sind, beiden Gefahrenherden angemessen zu begegnen. Daher ist es für den Bereich der humanitären Minenräumung schon seit längerem gängige Praxis, Teams zu finanzieren und einzusetzen, die beiden Gefahrenquellen in gleicher Weise begegnen können. Dieser Tatbestand wird künftig durch das am 12. November 2006 in Kraft tretende Protokoll V „Explosive Kampfmittelrückstände“ zum VN-Waffenübereinkommen seine völkerrechtlich verbindliche Grundlage finden. Deutschland hat das Protokoll V bereits im Jahre 2005 ratifiziert.

Bei der Auswahl der Projekte arbeitet das Auswärtige Amt eng mit den örtlichen Behörden und den Vereinten Nationen zusammen. Geographische Schwerpunkte waren im Berichtszeitraum der Balkan, Afghanistan, Angola, Vietnam und Irak.

Die Projekte des humanitären Minenräumens ergänzen die humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amts. Für Abrüstungsmaßnahmen, etwa die Zerstörung von Lagerbeständen, stehen dagegen nach der Zweckbestimmung des Haushaltstitels keine Mittel zur Verfügung.

In der Regel werden Projekte des humanitären Minenräumens nur in Vertragsstaaten des Ottawa-Abkommens finanziert, weil es nicht vertretbar ist, mit hohen Kosten Minen zu räumen, solange sich die Regierung des betreffenden Staates vorbehält, jederzeit neue Minen zu verlegen. Ausnahmen sind nur dann möglich, wenn Minen und Blindgänger ein besonders drängendes humanitäres Problem darstellen.

Neben der Förderung bilateraler Projekte arbeitet das Auswärtige Amt auch mit internationalen Institutionen im Bereich des humanitären Minenräumens zusammen. Hierzu zählen als wichtigste Partner der United Nations Mine Action Service (UNMAS) in New York, dem eine koordinierende Funktion innerhalb der Vereinten Nationen übertragen wurde, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) sowie das Geneva International Center for Humanitarian Demining (GICHD).

5.2 Der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe

Im November 1998 wurde die Stelle des Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe als selbständige Einheit im Auswärtigen Amt eingerichtet. Als erster Beauftragter wurde der frühere DDR-Bürgerrechtler und Bundestagsabgeordnete Gerd Poppe berufen. Von April 2003 bis November 2004 übernahm die Abgeordnete des Deutschen Bundestages Claudia Roth dieses Amt und von Januar 2005 bis Februar 2006 hatte es Tom Koenigs inne.

Der Beauftragte vertritt die Bundesregierung in Fragen der Menschenrechte und Humanitären Hilfe nach außen. Zu seinen Aufgaben gehört es, die Entwicklung in diesen Bereichen weltweit zu verfolgen, den bilateralen und multilateralen Dialog mit Regierungen und Nichtregierungsorganisationen mitzugestalten und dem Bundesminister des Auswärtigen operative Vorschläge zur Ausgestaltung der Politik der Bundesregierung zu machen.

Im Bereich der Humanitären Hilfe richtet sich der Dialog des Beauftragten mit Regierungen sowie internationalen und deutschen Hilfsorganisationen auf das Ziel, den Betroffenen von Katastrophen schnell und effektiv zu helfen sowie zur Verbesserung der Katastrophenvorbeugung beizutragen.

Im Berichtszeitraum reisten die Beauftragten u. a. nach Inguschetien, China, Russland, Vietnam, Tunesien, Venezuela und Kolumbien. Auf ihren Reisen informierten sie sich über die menschenrechtliche und humanitäre Lage in den betreffenden Ländern, besuchten Flüchtlingslager und trafen sich mit zahlreichen humanitären Organisationen.

Die Beauftragten pflegten enge Kontakte zu den internationalen humanitären Organisationen wie IKRK und UNHCR und nahmen regelmäßig an den Sitzungen des Koordinierungsausschusses humanitäre Hilfe (s. Nummer 6.1) teil.

5.3 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Die entwicklungsorientierte Nothilfe des BMZ (Kapitel 2302, Titel 687 20) schließt sich an die humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amts an. Sie ist im Kontext von Krisen, Konflikten und Naturkatastrophen ein Instrument zum schnellen, flexiblen und wirksamen Handeln der Bundesregierung. Ihre Zielrichtung ist eine doppelte: Unterstützung der humanitären Soforthilfe und Schaffung der ersten Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung nach der akuten Krise.

Während die Linderung der ersten, unmittelbaren Not nach Eintritt einer Krise oder Katastrophe durch die humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amts erfolgt, welche die wichtigsten Hilfsgüter schnell, unbürokratisch und bedarfsorientiert zur Verfügung stellt, berücksichtigen die Projekte der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe des BMZ bereits den inneren Zusammenhang zwischen Notlagen und Entwicklungsprozessen. Ziel ist es, einen fließenden Übergang von humanitärer Hilfe und Nothilfe zur längerfristig orientierten Entwicklungszusammenarbeit zu ermöglichen.

Die Unterscheidung zwischen den beiden Teilbereichen der humanitären Hilfe – humanitäre Soforthilfe und entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe – ist eine deutsche Besonderheit. Sie drückt die Aufgabenstellung und Arbeitsteilung zwischen den beiden beteiligten Bundesressorts aus, die sich im internationalen Vergleich dadurch auszeichnet, dass durch dieses planmäßige Zusammenwirken die andernorts häufig beklagte Lücke zwischen kurzfristiger humanitärer Hilfe und langfristig angelegter entwicklungspolitischer Zusammenarbeit geschlossen wird.

Im Rahmen der übergeordneten Ziele der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des BMZ (Armutsminderung, Friedenssicherung, gerechte Gestaltung der Globalisierung) setzt die entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe in Situationen an, in denen in der Regel auch humanitäre Hilfe geleistet wird. Schwerpunkte der Arbeit des BMZ sind hier Nahrungsmittellieferungen oder der Wiederaufbau von Infrastruktur. Aufgrund der Komplexität der meisten Notlagen ist damit jedoch noch keine über die Beseitigung des akuten Mangels hinausgehende Stabilisierung der Lebensgrundlagen erreicht. Der vielschichtige Zusammenhang zwischen Krisen und Katastrophen, Armut und Entwicklungsprozessen erfordert vielmehr, den Übergang zwischen Soforthilfe und längerfristigen Maßnahmen des Partnerlandes bzw. der Entwicklungszusammenarbeit fließend zu gestalten. Die Sicherung des Überlebens wird als Ausgangspunkt für einen anschließenden Prozess der nachhaltigen Entwicklung betrachtet. Dementsprechend haben Vorhaben der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe eine mittelfristige Perspektive und sollen im Sinne eines konsistenten Gesamtansatzes die Grundlagen für spätere Interventionen der längerfristigen Entwicklungszusammenarbeit durch Deutschland oder andere Geber legen.

Die oft komplexen Notlagen erfordern spezifische Antworten, die an die jeweiligen Rahmenbedingungen vor Ort angepasst sein müssen. Daher muss sowohl im Hinblick auf die Verfahren als auch im Hinblick auf Durchführungsorganisationen und Kooperationspartner große Flexibilität bestehen.

Der Förderzeitraum dieser Vorhaben liegt in der Regel zwischen sechs Monaten und drei Jahren und ist damit deutlich länger als bei Projekten der humanitären Hilfe. Damit wird der Zeitraum bis zum Einsetzen der auf strukturelle Wirkungen angelegten Entwicklungszusammenarbeit abgedeckt.

Im Rahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe haben folgende Förderbereiche herausragende Bedeutung:

Sicherstellung der Ernährung

Durch kurzfristige Nahrungsmittelhilfen werden Getreide, Getreideerzeugnisse, Hülsenfrüchte und sonstige

Nahrungsmittel zur Verfügung gestellt. Die Beschaffung soll nach Möglichkeit in der Region erfolgen. Die Hilfsgüter werden direkt verteilt oder über die normalen Vermarktungskanäle verkauft. Im Rahmen von so genannten Food for Work- oder Cash for Work-Programmen bekommen Menschen in den betroffenen Regionen, die sich an Wiederaufbauaktivitäten beteiligen, Lebensmittel bzw. Geld für ihren Einsatz. Dadurch werden sie in die Maßnahme einbezogen. Es ist auch möglich, Saatgut, Düngemittel und landwirtschaftliche Betriebsmittel zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise wird versucht, nicht nur die akute Not zu lindern, sondern auch gleichzeitig die Selbsthilfekräfte der Menschen zu stärken.

Mittelfristig angelegte Ernährungssicherungsprogramme kommen im Kontext von Krisen, Konflikten und Naturkatastrophen zum Einsatz, wenn in einer länger andauernden Notsituation das Kernproblem in der Sicherstellung der Ernährung der betroffenen Menschen liegt. Aufgrund der vielschichtigen Ursachen von Mangel- und Unterernährung werden die Programme multisektoral angelegt. Neben der Förderung der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln unterstützen die Projekte auch den Wiederaufbau der ökonomischen, sozialen und institutionellen Infrastruktur. Weitere Elemente sind die Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten sowie die Unterstützung von Markt- und Sozialstrukturen. Durch ihren basisbezogenen Ansatz haben die Ernährungssicherungsprogramme gute Chancen, nachhaltige Erfolge zu erzielen.

Hilfen für Flüchtlinge und Binnenvertriebene

Im Rahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe umfasst Flüchtlingshilfe nicht nur die kurzfristige Versorgung von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen in akut eintretenden Flüchtlingskrisen. Im Mittelpunkt steht die Förderung dauerhafter Lösungen, vornehmlich durch Rückkehr in das Heimatland oder durch Integration im Aufnahmeland. Daher gewinnen Themen wie allgemeine und berufliche Bildung, Einkommen schaffende Maßnahmen, Wasserver- und -entsorgung, Gesundheit, Umweltberatung und Krisenprävention eine zunehmende Bedeutung. In langjährigen Flüchtlingssituationen geht es vor allem um die Eigenversorgung und die Selbsthilfekräfte der Flüchtlinge. Dabei sind auch die Belange der Bevölkerung des Aufnahmestaates zu berücksichtigen, um der Entstehung neuer Konfliktpotentiale vorzubeugen, die erfahrungsgemäß dann entstehen können, wenn durch die Ansiedlung der Flüchtlinge die ansässige Bevölkerung Nachteile in Kauf nehmen muss und Flüchtlinge aufgrund ihres internationalen Schutzstatus besser versorgt werden als ihre Gastgeber.

Schaffung oder Wiederherstellung von Infrastruktur

Kern der Projekte sind in der Regel Baumaßnahmen zur sozialen und infrastrukturellen Mindestversorgung mit Basisgesundheitsstationen, Schulen, Unterkünften, Produktionsstätten und Straßen. Der Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur kann je nach Situation durch sehr kurzfristige Maßnahmen bewerkstelligt werden. In anderen Fällen sind mehrjährige Programme erforderlich. Häufig sind die physischen Wiederaufbaumaßnahmen nur dann Erfolg versprechend, wenn gleichzeitig administrative und soziale Strukturen gefördert werden und eine breite Beteiligung der Bevölkerung stattfindet. Bei Interventionen nach Naturkatastrophen muss geprüft werden, ob Aspekte der Katastrophenvorbeugung einbezogen werden können. So sollten z. B. beim Wiederaufbau nach Erdbeben möglichst erdbebenresistente Bauwerke errichtet werden. Bereits beim Wiederaufbau sollten Risiko- oder Anfälligkeitsanalysen stattfinden.

Stärkung der Selbsthilfekräfte, Friedensförderung, Menschenrechte

Partizipation der Zielgruppen ist grundlegendes Prinzip der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Sie spielt eine zentrale Rolle für die Nachhaltigkeit von Projekten und Programmen. Auch im Bereich der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe sind partizipative Methoden erforderlich, um die betroffenen Menschen in ihren Rechten zu stärken und sie an den Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen. Durch die Einbeziehung werden ihre Selbsthilfekräfte gestärkt. Eine eingehende und nach dem Geschlecht differenzierte Analyse der Beteiligten und ihrer Bedürfnisse, des Umfelds und der Konflikte ermöglicht es, die Nothilfemaßnahme sachgerecht zu planen. Gerade auch bei den Maßnahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe muss versucht werden, allgemeinen menschenrechtlichen Prinzipien Geltung zu verschaffen. Dies gilt vor allem für die häufig missachteten Menschenrechte von Kindern und Frauen. Das BMZ setzt sich im Einklang mit den einschlägigen VN-Resolutionen dafür ein, dass das Grundrecht der Gleichberechtigung der Geschlechter auch im Rahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe Anwendung findet.

Hohe HIV/Aids-Prävalenzraten führen zu erheblichen sozialen und wirtschaftlichen Verzerrungen. Auch bei der Not- und Übergangshilfe muss HIV/Aids daher in der Planung und in der Durchführung der Maßnahmen berücksichtigt werden.

Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe erfordert bei Krisen und Konflikten in der Regel eine Einbeziehung von Maßnahmen der Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung. Hierbei steht die Förderung von Versöhnungsprozessen im Mittelpunkt. Die Vorhaben werden nach dem so genannten Do-no-harm-Prinzip konfliktsensibel ausgerichtet. Mögliche Wechselwirkungen zwischen Konflikt und Maßnahme müssen berücksichtigt werden, um unbeabsichtigte, konfliktverschärfende Wirkungen zu verhindern und deeskalierende Wirkungen zu verstärken. Hierbei sind die Auswahl von Projektregionen und Maßnahmen, Partnern und Zielgruppen, aber auch das Verhalten des Projektteams wesentliche Faktoren. Stets sind die Prinzipien von Allparteilichkeit und Ausgewogenheit zu beachten.

Maßnahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe werden in erster Linie von der GTZ, von deutschen Nichtregierungsorganisationen oder von internationalen Organisationen umgesetzt. Anlage 8 enthält eine Zusammenstellung vom BMZ im Berichtszeitraum

geförderter Maßnahmen. Die im Berichtszeitraum unterstützten längerfristig angelegten Ernährungssicherungsprogramme sind in der Anlage 9 zusammengefasst.

Auch die Not- und Übergangshilfe ist eine internationale Gemeinschaftsaufgabe. Daher werden multilaterale und bilaterale Anstrengungen so weit wie möglich miteinander verzahnt. In diesem Sinne hat sich das BMZ im Rahmen des internationalen Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens verpflichtet, jährlich Nahrungsmittel im Wert von 56,24 Mio. Euro bereitzustellen. Dies geschieht sowohl durch bilaterale Nahrungsmittelhilfe als auch durch Beiträge und Projektfinanzierungen an das Welternährungsprogramm (WEP). Das WEP ist in der Not- und Übergangshilfe die wichtigste internationale Partnerinstitution des BMZ. Seit 1996 wirkt Deutschland über seine Mitgliedschaft im Exekutivrat an der Steuerung des WEP mit.

Weitere wichtige Partner des BMZ in der entwicklungsorientierten Nothilfe sind der UNHCR und das IKRK. Das BMZ unterstützt die Arbeit des UNHCR in Entwicklungsländern durch direkte finanzielle Beiträge zu den UNHCR-Programmen. Zusätzlich erfolgt die Zusammenarbeit seit 2005 auf der Grundlage einer bilateralen strategischen Partnerschaft, die UNHCR und BMZ zu „Dauerhaften Lösungen für Flüchtlinge und andere relevante Personen“ gemeinsam ins Leben gerufen haben. Dabei bündeln BMZ und UNHCR ihre Mittel und beauftragen die GTZ mit der Durchführung von entwicklungsorientierten Flüchtlingsprogrammen. Die Partnerschaft dient einer engeren Verzahnung von Flüchtlingshilfe und Entwicklungszusammenarbeit und hat sich vor allem in lang anhaltenden Flüchtlingssituationen sowie bei Rückführungs- und Reintegrationsprogrammen sehr bewährt. Im Gleichklang mit den Vorstellungen des BMZ sieht UNHCR in seinem neuen Regelwerk vor, auf dauerhafte Lösungen für seine Zielgruppen hinzuwirken.

Auch die EU-Kommission verfolgt zur Erreichung einer verstärkten Entwicklungsorientierung der Nothilfe ein Konzept, das die Verknüpfung von Soforthilfe, Rehabilitierung und Entwicklung (Linking Relief, Rehabilitation and Development – LRRD) bezweckt. Wichtige Geberländer wie Dänemark, Norwegen und die USA haben wie Deutschland spezielle Haushaltstitel zu diesem Zweck geschaffen. Die Milleniumsentwicklungsziele können nur erreicht werden, wenn verhindert wird, dass Entwicklungsanstrengungen durch gewaltsame Konflikte und Naturkatastrophen zunichte gemacht werden. Durch die Verknüpfung von Soforthilfe und Entwicklungszusammenarbeit werden direkte Beiträge zum ersten Ziel der Milleniumserklärung „Beseitigung der extremen Armut und des Hungers“ geleistet.

Neben dem AA fördert auch das BMZ im Rahmen der Not- und Übergangshilfe Maßnahmen der Katastrophenvorsorge. Es wurden sowohl Pilotprojekte des Auswärtigen Amtes weitergeführt als auch eigenständige Maßnahmen durchgeführt. Katastrophenvorsorge wurde zudem in einigen langfristigen Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) – vor allem in Lateinamerika – als Komponente integriert. Ein Sektorvorhaben in diesem Bereich entwickelt Instrumente und Verfahren zur Integration von Katastrophenvorsorge in die EZ weiter.

Das BMZ stellte im Berichtszeitraum 2002 bis 2005 rd. 418 Mio. Euro für Maßnahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe zur Verfügung.

5.4 Bundesministerium des Innern (BMI)

Im Rahmen der Zuständigkeit für Zivil- und Katastrophenschutz des Bundes ist dem Bundesministerium des Innern die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) zugeordnet. Das THW ist die Katastrophenschutz- und Einsatzorganisation des Bundes. Mit seinen hoch spezialisierten Einheiten ist das THW den Anforderungen des Bevölkerungsschutzes in jeder Weise gewachsen. In seiner Struktur ist das THW weltweit einmalig. Als Katastrophenschutzorganisation getragen von ehrenamtlichem Engagement ist diese Behörde Partner für Menschen in Not. Bundesweit engagieren sich in ihrer Freizeit rund 80 000 Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich.

Zu den gesetzlichen Aufgaben des THW zählt auch die technische Hilfe im Auftrag der Bundesregierung im Ausland. Die im Laufe der Jahre in vielfältigen Einsätzen weiterentwickelten besonderen Fähigkeiten des THW werden bei Auslandseinsätzen konsequent angewandt. Das Leistungsspektrum des THW reicht von der akuten Nothilfe bis zum langfristigen, partnerschaftlichen Engagement beim Wiederaufbau. Die sogenannten Schnell-Einsatz-Einheiten (SEEBA, Schnell-Einsatz-Einheit-Bergung-Ausland; SEEWA, Schnell-Einsatz-Einheit-Wasserversorgung-Ausland) können mit kompletter Ausrüstung innerhalb von sechs Stunden ins Ausland verbracht werden.

Die Mittel für die Auslandseinsätze des THW, die auch andere Maßnahmen als humanitäre Hilfseinsätze umfassen, werden vom Auswärtigen Amt und dem BMZ, aber auch von internationalen Organisationen und den Regierungen betroffener Länder zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus verfügt das THW über einen eigenen Haushaltstitel, aus dem im Bedarfsfall die Kosten für die vor einem Hilfseinsatz notwendigen Erkundungsmissionen getragen werden können.

5.5 Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)

Die Bundeswehr beteiligt sich auf der Grundlage politischer Mandate an multinationalen Einsätzen der Vereinten Nationen, an anderen friedenssichernden und stabilitätsschaffenden Auslandseinsätzen und an sonstigen Hilfseinsätzen der internationalen Staatengemeinschaft. Die Bundesregierung kann sie auch bilateral auf der Grundlage von Hilfeersuchen betroffener Staaten in Not- und Katastrophenfällen einsetzen.

Hilfeleistungen der Bundeswehr werden bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen im Ausland auf der Grundlage politischer Entscheidungen erbracht. Sie sind subsidiär, d. h. sie kommen nur zum Tragen, soweit nicht zivile Hilfsorganisationen dieselbe

Leistung ebenfalls erbringen können. Das BMVg strebt grundsätzlich eine Kostenerstattung an, da im Verteidigungshaushalt für derartige Hilfsmaßnahmen bisher keine Haushaltsmittel eingeplant sind.

Im Berichtszeitraum stellte der Einsatz nach dem Tsunami in Südostasien den bisher größten Hilfseinsatz der Bundeswehr dar. Durch Transportunterstützung für Verletzte (Medical Evacuation/MEDEVAC) und rückzuholende EU-Bürger, den Einsatz des Einsatzgruppenversorgers „Berlin“ mit seinem Marineeinsatzrettungszentrum und zwei Bordhubschraubern vor der Küste der Provinz Aceh, den Einsatz eines landgestützten Rettungszentrums am zerstörten General Hospital in Banda Aceh und der Überlassung umfangreicher medizinischer Ausrüstung an das örtliche Krankenhaus leisteten rund 450 Soldaten fast drei Monate lang vor allem medizinische und logistische Hilfe.

Den zweiten großen Einsatz stellte die Erdbebenhilfe für Pakistan im Herbst 2005 dar. Durch Hilfsflüge mit Transall C-160, den Einsatz von vier mittleren Transporthubschraubern und medizinischem Personal vor Ort, sowie Überlassung von Hilfsgütern und Sanitätsausstattung leistete die Bundeswehr einen wesentlichen Hilfsbeitrag für die Erdbebenopfer.

Zivil-Militärische Zusammenarbeit (CIMIC) ist ein fest etablierter Bestandteil der Einsätze der Bundeswehr im Ausland, zu dem immer auch Unterstützungsleistungen der Bundeswehr für den Aufbau einer funktionsfähigen Zivilgesellschaft gehören. Neben der Feststellung der zivilen Lage und der Koordinierung militärischer Operationsführung mit dem zivilen Umfeld leisten die CIMIC-Kräfte einsatzbegleitende Unterstützungsmaßnahmen, die dem Schutz der Einsatzkontingente, dem Ansehen Deutschlands in der Bevölkerung und der Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in den Einsatzgebieten dienen.

Im Berichtszeitraum führte die Bundeswehr CIMIC-Maßnahmen in Bosnien und Herzegowina, im Kosovo, in Mazedonien und in Afghanistan durch. Schwerpunkte waren die Soforthilfe zur Unterstützung der Bevölkerung und der Wiederaufbau der Infrastruktur, insbesondere öffentlicher Einrichtungen, wie zum Beispiel Schulen. Von 2002 bis 2005 hat die Bundeswehr fast 750 Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von ca. 10,5 Mio. Euro durchgeführt. Diese wurden zu 85 Prozent durch private Spenden, zu einem geringen Prozentsatz auch aus Mitteln des BMZ finanziert.

Der Bundeswehr wurden durch das Auswärtige Amt auch Mittel aus dem Stabilitätspakt Südosteuropa sowie dem Stabilitätspakt Afghanistan zur Verfügung gestellt. Hiervon wurden Maßnahmen zur Unterstützung der Rückkehr von Minderheiten in Bosnien und Herzegowina wie die Notinstandsetzung von Häusern oder die Notversorgung der Bevölkerung mit Feuerholz, kleinen Öfen und Lebensmitteln finanziert. Eine Gesamtübersicht über die Hilfseinsätze der Bundeswehr und die CIMIC-Projekte im Berichtszeitraum enthält Anlage 12.

Durch die kostenlose Überlassung von nicht mehr benötigtem Material aus Bundeswehrbeständen werden internationale und nationale Organisationen, kirchliche Träger und private Initiativen auf Antrag im Rahmen ihrer Auslandsprojekte in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt unterstützt. Ferner haben Materialabgaben im Rahmen bilateraler Verträge in einer Anzahl von Ländern zur Verbesserung des Gesundheitswesens beigetragen. Insgesamt hat das BMVg im Berichtszeitraum Hilfsgüter (Sanitätsmaterial, Bekleidung, Ausstattungsgegenstände, Nahrungsmittel) im Abgabewert von fast 9,8 Mio. Euro für Projekte in 92 Länder unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Der kalkulierte Abgabewert beträgt dabei ca. 15 bis 20 Prozent des ursprünglichen Beschaffungswertes. Davon entfielen auf Abgaben an deutsche Organisationen für humanitäre Hilfen im Ausland rund 7,3 Mio. Euro, auf Abgaben an andere Staaten über 1,8 Mio. Euro und auf Leistungen an internationale Organisationen 0,65 Mio. Euro.

5.6 Weitere Bundesressorts

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) entsandte in Zusammenarbeit mit der Nichtregierungsorganisation „Hammer Forum“ im Jahre 2002 zwei Krankenschwestern und einen Arzt zum Einsatz in mehreren Gesundheitszentren nach Afghanistan. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat mit finanzieller Unterstützung des BMG im Jahr 2002 ebenfalls deutsches Personal nach Afghanistan entsandt. Schwerpunkt des Einsatzes war die Verbesserung der gesundheitlichen Situation afghanischer Frauen.

Bei der Bewältigung der Folgen der Tsunami-Katastrophe hat das BMG zusammen mit dem BMZ eine Vermittlerrolle zwischen den von der Katastrophe betroffenen Ländern und den deutschen Anbietern von Hilfsleistungen eingenommen. Ein weiterer Beitrag des BMG erfolgte durch die Mitarbeit in der WHO, in der Deutschland drittgrößter Beitragszahler ist.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (BMVBS) wirkt im Rahmen der humanitären Hilfe der Bundesregierung auf Anforderung anderer Bundesressorts bei der Analyse der für Hilfsgütertransporte erforderlichen See- oder Lufttransportkapazitäten mit.

6 Koordinierung der deutschen humanitären Hilfe

Die Federführung für die humanitäre Hilfe der Bundesregierung liegt beim Auswärtigen Amt. Dazu gehören die Bewirtschaftung der für humanitäre Zwecke im Einzelplan des Auswärtigen Amtes eingestellten Haushaltsmittel, die Zusammenarbeit und Koordinierung mit anderen Staaten und internationalen Einrichtungen (insbesondere EU, VN-Organisationen, IKRK und andere internationale Organisationen) sowie die Erarbeitung und Fortschreibung der konzeptionellen Grundlagen. Für die Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe und die Zusammenarbeit mit dem Welternährungsprogramm (WEP) ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zuständig.

6.1 Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe

Zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Akteuren der humanitären Hilfe in Deutschland wurde 1992 mit dem Gesprächskreis Humanitäre Hilfe (seit 1994 Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe) beim Auswärtigen Amt ein Gremium geschaffen, in dem die wesentlichen Organisationen aus dem Bereich der humanitären Hilfe in Deutschland vertreten sein sollen. Der Koordinierungsausschuss Humanitäre Hilfe tagt alle zwei Monate im Wechsel im Auswärtigen Amt und bei einer der im Ausschuss vertretenen Hilfsorganisationen. Den Vorsitz führen dabei abwechselnd Vertreter des Auswärtigen Amts und des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO). In seinen Sitzungen befasst sich der Ausschuss sowohl mit konkreten humanitären Notlagen als auch mit Querschnittsthemen. Er ist ein Forum für den Dialog zwischen der Bundesregierung und den Hilfsorganisationen über die Schwerpunkte der deutschen humanitären Hilfe und fördert den gegenseitigen Erfahrungsaustausch. Wichtige Fragen, die einer detaillierteren Erörterung bedürfen, werden auf Klausurtagungen behandelt. So befasste sich der Ausschuss im September 2003 mit den Herausforderungen an die humanitäre Hilfe nach dem Irakkrieg und zog im Oktober 2004, zehn Jahre nach dem Völkermord in Ruanda, eine Bilanz über die in der Zwischenzeit verarbeiteten Lehren. In akuten Krisen führen Sondersitzungen die Organisationen zusammen – auch solche, die nicht dem Koordinierungsausschuss angehören -, die bereit und in der Lage sind, im gegebenen Fall Hilfsmaßnahmen durchzuführen. Sondersitzungen fanden Anfang 2002 zum Afghanistankonflikt, 2003 während des Irakkrieges, 2004 zum Darfurkonflikt und Anfang 2005 nach dem Tsunami statt. Der Koordinierungsausschuss hatte Ende 2005 32 Mitglieder. Ihm gehören 17 humanitäre Hilfsorganisationen, VENRO, sechs Bundesministerien (AA, BMZ, BMVg, BMI, BMG und BMVBS), das THW, die GTZ sowie Vertreter mehrere Länder und der Wissenschaft an. Ebenfalls vertreten ist das DKKV.

Seit seiner Gründung hat der Koordinierungsausschuss mehrere Grundsatzpapiere verabschiedet, zu deren Einhaltung sich die Akteure in freiwilliger Selbstbindung verpflichtet haben. Eine zentrale Rolle nehmen dabei die so genannten 12 Grundregeln für die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland ein:

„Die Zwölf Grundregeln der Humanitären Hilfe

1. Durch Katastrophen, Kriege und Krisen leiden Menschen Not, die sie aus eigener Kraft nicht bewältigen können. Die Not dieser Menschen zu lindern ist das Ziel humanitärer Hilfe.
2. Alle Menschen haben das Recht auf humanitäre Hilfe und humanitären Schutz, ebenso wie ihnen das Recht zustehen muss, humanitäre Hilfe zu leisten und humanitären Schutz zu gewähren.
3. Hilfe und Schutz werden ohne Ansehen von Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, politischer Überzeugung oder sonstigen Unterscheidungsmerkmalen gewährt. Humanitäre Hilfe darf weder von politischen oder religiösen Einstellungen abhängig gemacht werden, noch darf sie diese fördern. Einziges Kriterium bei der Abwägung von Prioritäten der Hilfeleistungen ist die Not der Menschen.
4. Die im Gesprächskreis als Träger der Hilfe mitwirkenden Organisationen und die staatlichen Einrichtungen handeln entsprechend ihren eigenen Richtlinien und Umsetzungsstrategien in eigener Verantwortung.
5. Sie achten die Würde des Menschen bei der Durchführung ihrer Hilfe.
6. Sie respektieren im Einsatzland geltendes Recht und Brauchtum. Sofern es bei dem Bestreben, die bestmögliche Hilfe zu leisten, mit Bestimmungen des Empfängerlandes zu Konflikten kommt, ist auf deren Beilegung im Hinblick auf das Ziel humanitärer Hilfe hinzuarbeiten.
7. Sie werden sich, soweit wie möglich, bei Maßnahmen der humanitären Hilfe unterstützen und zusammenarbeiten.
8. Die Hilfeleistenden verpflichten sich sowohl gegenüber den Empfängern der Hilfe als auch gegenüber denjenigen, deren Zuwendungen und Spenden sie annehmen, Rechenschaft abzulegen.
9. Humanitäre Hilfe ist in erster Linie Überlebenshilfe. Dabei bezieht sie die Selbsthilfekräfte ein und fördert die Reduzierung der Katastrophenanfälligkeit. Sie beachtet, wo nötig, die Entwicklungsbedürfnisse.
10. Die in der humanitären Hilfe tätigen Organisationen und staatlichen Einrichtungen beziehen von Anfang an örtliche Partner in ihre Planungen und Maßnahmen mit ein.
11. Auch die Empfänger der Hilfe werden in die Organisation und die Durchführung der Maßnahmen einbezogen.
12. Hilfsgüter müssen bedarfsgerecht eingesetzt werden und sollen den lokalen Standards entsprechen; ausschlaggebend für Auswahl und Sendung von Hilfsgütern darf allein die aktuelle Notlage sein. Bei der Beschaffung von Hilfsgütern ist dem Einkauf in der von der Notlage betroffenen Region der Vorzug zu geben.“

Bei großen Krisen kann ergänzende Koordinierungstätigkeit vor Ort erforderlich werden. In der Folge der Tsunami-Katastrophe hat das Auswärtige Amt in Banda Aceh eine Außenstelle der Botschaft in Jakarta eingerichtet. Bei der deutschen Botschaft in Colombo wurde ein Projektkoordinierungsbüro für die deutschen Hilfsmaßnahmen eingerichtet.

6.2 Internationale Zusammenarbeit

6.2.1 Internationale Institutionen in der humanitären Hilfe

Die Bedeutung der internationalen Institutionen im Bereich der humanitären Hilfe steigt. So sind der UNHCR und das IRKR entsprechend ihrem Mandat im Rahmen

der internationalen humanitären Hilfe und auf Grund ihrer Leistungsfähigkeit die größten Empfänger von Mitteln aus dem Haushaltstitel der humanitären Hilfe. Eine zunehmend wichtige Rolle nimmt das Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten OCHA (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) mit Sitz in New York und Genf ein, das sich zu einem dynamischen Motor im Reformprozess des internationalen humanitären Sektors entwickelt hat und dessen Gebergruppe Deutschland seit 2005 angehört. Seit 2005 wird auch ein freiwilliger nichtzweckgebundener Beitrag an OCHA geleistet (aus Kapitel 0502 Titel 687 35).

Die Bundesregierung engagiert sich im internationalen Bereich aktiv für eine verbesserte Konzipierung und Koordinierung der weltweiten humanitären Hilfe. Sie unterstützt internationale Organisationen der humanitären Hilfe mit erheblichen Finanzmitteln, achtet dabei aber stets auf die Befolgung der zentralen Grundsätze der humanitären Hilfe. Dies bedeutet in erster Linie: Humanitäre Hilfe wird allein gemäß dem humanitären Bedarf gewährt. Daher kann es keine vorab festgelegten Förderquoten oder Zielgrößen oder einen Verteilungsschlüssel für bestimmte Organisationen geben. Der humanitäre Bedarf entwickelt sich im Laufe des Jahres und seine Prioritäten ändern sich ständig. Grundsätzlich müssen die im Bundeshaushalt für die humanitäre Hilfe bereitgestellten Haushaltsmittel für die Erfüllung aller entstehenden Aufgaben ausreichen. Dies gilt umso mehr, als der knapp bemessene Etat des Auswärtigen Amts kaum Spielraum für außerplanmäßige Mittel zugunsten der humanitären Hilfe lässt. Nur in besonderen Fällen – Irakkrieg, Tsunami, Darfurkonflikt – konnten Mittel zu Lasten des Gesamthaushalts des Bundes mobilisiert werden.

Entsprechend der jeweiligen humanitären Notlage sind Nichtregierungsorganisationen unterschiedlich handlungsfähig oder haben internationale Einrichtungen bestimmte Mandate und Spezialisierungen, die sie besonders qualifizieren, so etwa der UNHCR für die Flüchtlingshilfe und das IKRK im Rahmen bewaffneter Konflikte. Bei der Zusammenarbeit mit den großen internationalen Organisationen entsteht hier ein Zielkonflikt. Da sich diese ganz überwiegend aus freiwilligen staatlichen Beiträgen finanzieren, also abhängig von der Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der Geberländer sind, haben sie ein nachvollziehbares Interesse an möglichst frühen und konkreten Mittelzusagen. Dem steht entgegen, dass Mittel gemäß dem humanitären Bedarf zur Verfügung gestellt werden sollen. Zu den sich hinziehenden Dauerkrisen, wie etwa die seit den neunziger Jahren ungelöste humanitäre Katastrophe in der Demokratischen Republik Kongo, treten neue Konflikte hinzu, wie seit 2003 der Konflikt in Darfur. Naturkatastrophen wie der Tsunami oder das Erdbeben von Pakistan erfordern, entsprechend dem von ihnen ausgelösten humanitären Bedarf, ein schnelles und wirksames Handeln der internationalen Gemeinschaft.

Die Bundesregierung ist bei ihrer Mittelvergabe bestrebt, diese vielschichtigen und sich wandelnden Anforderungen zu berücksichtigen und staatliche Mittel der humanitären Hilfe in zeitlich sinnvoller und in der Höhe angemessen ausgewogener Dimension zwischen nationalen und internationalen humanitären Nichtregierungsorganisationen und internationalen Organisationen zu vergeben.

Ein wichtiger Aspekt darf im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Mittel wie auch beim Einsatz privater Spendenmittel für humanitäre Hilfsmaßnahmen nicht außer Betracht bleiben: Humanitäre Hilfe ist keine einseitige Leistung, die sich an passive Empfänger richtet, die auf Hilfe aus den Gebernationen warten. Die mit Abstand wichtigsten humanitären Helfer sind regelmäßig die Betroffenen selbst. In dem Augenblick, wo ein Erdbeben aufhört, helfen die Betroffenen sich selbst, bergen Familienangehörige und Nachbarn die Verschütteten und sorgen für die Verletzten. Die humanitäre Hilfe leistet einen Beitrag. Sie kann nur dann einen sinnvollen Beitrag leisten, wenn sie mit den Bedürftigen einen ernsthaften Dialog führt, auf ihre Bedürfnisse eingeht und sicherstellt, dass die Hilfe bedarfsgerecht und nicht angebotsgesteuert erfolgt.

Die Leistungsfähigkeit des internationalen humanitären Systems hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Die Akteure aus den nationalen und internationalen humanitären Nichtregierungsorganisationen, aus der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung und aus den internationalen humanitären Organisationen unter dem Dach der Vereinten Nationen und außerhalb der VN haben ihre Kompetenz im Berichtszeitraum vielfach eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Die internationalen humanitären Hilfsanstrengungen für Afghanistan und Irak, für die vom Tsunami betroffenen Länder, insbesondere Indonesien und Sri Lanka, die seit 2003 angelaufene und unter großen Schwierigkeiten und oft auch hohen persönlichen Risiken weitergehende große Hilfsanstrengung in Darfur und Tschad, die Erdbebenhilfe in Pakistan und viele andere Einsätze mehr, sind organisatorische Höchstleistungen. Sie sind nur möglich durch den unermüdlichen Einsatz der Akteure – ein Engagement, das im Berichtszeitraum viele humanitäre Helfer mit ihrem Leben bezahlt haben. Das politische Umfeld für die humanitäre Hilfe, nicht nur in Ländern wie Irak und Afghanistan, ist im Berichtszeitraum unsicherer und oft feindselig geworden. Hinzu kommen die Aktivitäten krimineller Banden, die, wie zunehmend im Sudan, Hilfskonvois überfallen und Helfer entführen, verletzen oder töten.

6.2.2 Die Rolle von OCHA (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs)

Der Koordination und Organisation der humanitären Hilfe und der Verteilung der knappen Ressourcen auf die Krisenherde der Welt kommt wachsende Bedeutung zu. Nach dem Tsunami von 2004 waren allein in der Stadt Banda Aceh schließlich 400 Nichtregierungsorganisationen im Bereich humanitäre Hilfe und Wiederaufbau tätig. Pro Kopf stand für die überlebenden Opfer der Tsunamikatastrophe ein Betrag von 7 100 US-Dollar aus privaten und staatlichen Mitteln zur Verfügung, während für jeden Betroffenen der Dürre in Somalia 2005 nur ca. 115 US-Dollar und für die Opfer der Überschwemmungen in

Bangladesch 2004 lediglich 3 US-Dollar bereitstanden. Hier muss künftig ein rationalerer Mitteleinsatz erfolgen. Humanitäre Hilfe darf in ihrer Gestaltung nicht davon abhängig sein, wie intensiv das Medieninteresse und damit die Werbung für die Spendenaufrufe der Hilfsorganisationen ist. Der staatlichen humanitären Hilfe kommt hier eine besondere Verantwortung zu, sich entsprechend den humanitären Prinzipien zu verhalten, sich nicht vom Medieninteresse leiten zu lassen, sondern sich gerade den sogenannten vergessenen bzw. unterfinanzierten Krisen zu widmen. Die Koordinierung der internationalen humanitären Hilfe kann nur und muss von den Vereinten Nationen, in Abstimmung mit den humanitären Akteuren, den zuständigen Regierungen der betroffenen Länder und den Bedürftigen geleistet werden. Insbesondere die koordinierende Funktion von OCHA, die von der Bundesregierung nachdrücklich unterstützt wird, ist hier mehr denn je gefragt.

OCHA entstand 1998 aus dem DHA (Department of Humanitarian Affairs), das seinerseits 1988 aus UNDRO (United Nations Disaster Relief Organisation) hervorgegangen war. 1991 wurde ein VN-Koordinator für Katastrophenhilfe und zugleich Untergeneralsekretär (USG) für Humanitäre Angelegenheiten bestellt. Von Anfang 2001 bis Ende Juni 2003 hatte der Japaner Kenzo Oshima als Nachfolger des – 2003 im Irak ermordeten – Brasilianers Sergio Vieira de Mello die Leitung des Büros inne. Als sein Nachfolger hat am 1. September 2003 der Norweger Jan Egeland (vorher Generalsekretär des Norwegischen Roten Kreuzes) die Leitung von OCHA übernommen. Als Abteilung des VN-Sekretariates unterliegt OCHA keinem Exekutivkomitee (wie z. B. UNHCR und UNICEF). Ein sogenannter Freundeskreis (Friends of OCHA), später umbenannt in Geber-Unterstützungsgruppe (OCHA Donor Support Group) hat diese Funktion übernommen. Die Aufgabe OCHAs besteht vor allem darin, bei humanitären Krisen Unterstützungs- und Hilfsaktionen der Mitgliedsstaaten und der VN-Hilfsorganisationen zu mobilisieren und zu koordinieren und die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen aus dem zwischenstaatlichen und Nichtregierungsbereich sicherstellen. Ferner erarbeitet und veröffentlicht OCHA zum Herbst jeden Jahres die sogenanten Konsolidierten Hilfsaufrufe der Vereinten Nationen (Consolidated Appeals Process, CAP). In diesem Dokumenten wird, als Ergebnis eines koordinierten Planungsprozesses, der humanitäre Finanzierungsbedarf für ein Land oder eine Region zusammengefasst. Zur öffentlichkeitswirksamen Publikation dieser Aufrufe arbeitet OCHA mit Partnerländern zusammen. Am 1. Dezember 2004 erfolgte die Veröffentlichung des VN-Hilfsaufrufs in den Räumen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Im Berichtszeitraum hat OCHA drei weitere wesentliche Reformvorhaben im System der humanitären Hilfe der VN vorangetrieben: Erstens die Einsetzung humanitärer VN-Koordinatoren – sie erfolgte in Sudan und in der Demokratischen Republik Kongo; zweitens die Schaffung sogenannter Cluster-Zuständigkeiten, wonach bei humanitären Krisen einzelne VN-Einrichtungen die Verantwortung für Sammelaufgaben zur Lösung bestimmter Aspekte humanitärer Krisen (z. B. Wasser, Unterkunft, medizinische Versorgung) übertragen bekommen. Ein besonderer Erfolg für OCHA war drittens die Schaffung eines Nothilfefonds (Central Emergency Response Fund, CERF), der mit Resolution der VN-Generalversammlung vom 12. Dezember 2005 ins Leben gerufen wurde. Er soll ein Volumen von 500 Mio. US-Dollar haben und wird durch freiwillige Beiträge finanziert. Aufgabe des Fonds ist es, den VN eine vorhersehbare und zeitgerechte Reaktion in humanitären Notlagen zu ermöglichen. Ziel ist, die Reaktion auf zeitkritische Anforderungen zu verbessern und zentrale Elemente der humanitären Reaktion auf unterfinanzierte Krisen zu stärken. Bis zu etwa einem Drittel der aus dem CERF bereitgestellten Mittel soll für chronisch unterfinanzierte humanitäre Krisen verwendet werden.

Die Bundesregierung anerkennt den bestehenden Bedarf für den CERF und hat zugesagt, sich in Höhe von 5 Mio. Euro zu beteiligen.

6.2.3 Mitwirkung in internationalen Gremien

Die Bundesregierung arbeitet im humanitären Segment des Wirtschafts- und Sozialrates der VN (ECOSOC, Economic and Social Council), dem zentralem Organ der VN für wirtschaftliche, soziale und Entwicklungsfragen mit. Dort behandeln Experten der ECOSOC-Mitgliedsstaaten Grundsatzfragen der internationalen humanitären Zusammenarbeit. Jährlich werden wechselnde Schwerpunktthemen festgesetzt und gemeinsame Schlussfolgerungen entwickelt. Parallel hierzu war die Bundesregierung im Berichtszeitraum in einer Reihe von internationalen Geberforen aktiv, wie etwa der Humanitarian Liaison Working Group in Genf und New York, wo sie zeitweise den Vorsitz innehatte, oder im Geberkoordinierungsgremium für das humanitäre Minenräumen, der Mine Action Support Group (MASG) in New York, wo sie 2002 ebenfalls den Vorsitz führte. Weitere wichtige Foren innerhalb des VN-Systems sind das jährlich tagende Exekutivkomitee des UNHCR, in dem Deutschland seit 1958 vertreten ist, und der Exekutivrat von UNICEF. Künftig wird die Bundesregierung auch im Beratenden Ausschuss von UNRWA vertreten sein.

Im Bereich der Katastrophenvorsorge ist Deutschland enger Partner von ISDR, der International Strategy for Disaster Reduction der Vereinten Nationen, dem wichtigsten Partner bei der Ausrichtung der 2. Internationalen Katastrophenfrühwarnkonferenz. Zu ISDR (International Strategy for Disaster Reduction) gehört auch die Frühwarnplattform (PPEW – Platform for the Promotion of Early Warning), die 2004 in Bonn ihre Arbeit aufgenommen hat.

Neben der ständigen Mitarbeit in den multilateralen Geberkoordinierungsforen führt die Bundesregierung jährliche bilaterale Konsultationen mit dem UNHCR und dem IKRK durch. Ebenso regelmäßig finden hochrangige politische Kontakte in Deutschland und am Sitz der Organisationen mit den Leiterinnen und Leitern der großen internationalen Organisationen statt.

Im Rahmen der Not- und Übergangshilfe des BMZ ist das WEP die wichtigste internationale Partnerorganisation. Seit 1996 wirkt Deutschland über seine Mitgliedschaft im Exekutivrat an der Steuerung des WEP mit.

6.2.4 Die Humanitäre Hilfe der Europäischen Union

Das Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (ECHO) wurde 1992 mit dem Ziel der Durchführung und Finanzierung von humanitären Hilfsmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaft in Nichtmitgliedstaaten gegründet. Seit 2004 ist ECHO eine Generaldirektion innerhalb der EU-Kommission. Rechtsgrundlage für die Tätigkeit von ECHO bildet die Ministerratsverordnung 1257/96 vom 20. Juni 1996. Zu den Kernaufgaben gehört die Rettung und Bewahrung von Menschenleben, die als Folge von Naturkatastrophen, Kriegen und Bürgerkriegen in Gefahr geraten sind. ECHO finanziert Hilfsmaßnahmen für Flüchtlinge und Binnenvertriebene sowie im Bedarfsfall den Lufttransport von Hilfsgütern und andere logistische Dienstleistungen für die schnelle, effektive und zielgenaue humanitäre Hilfe. Kurzfristige Wiederherstellungs- und Wiederaufbaumaßnahmen gehören ebenso zum Programm wie die Finanzierung von Projekten des humanitären Minenräumens und Programmen zur Aufklärung über Minengefahren sowie Projekte der Katastrophenvorsorge (DIPECHO [Disaster Preparedness ECHO]). Mit seinem Budget von derzeit 652,5 Mio. Euro (2005) ist ECHO nach den USA der zweitgrößter Geber humanitärer Hilfe weltweit (2002 betrug das ECHO-Budget noch 537,9 Mio. Euro). Allein von 1996 bis Ende 2005 hat ECHO mehr als 5,74 Milliarden Euro für humanitäre Zwecke zur Verfügung gestellt. Ende 2005 war ECHO in über 60 Ländern aktiv. Der deutsche Anteil an den von ECHO verausgabten Mitteln liegt bei über 20 Prozent.

Die humanitären Hilfsmaßnahmen von ECHO werden im Ausschuss für humanitäre Hilfe (Humanitarian Aid Committee, HAC) mit den EU-Mitgliedsstaaten abgestimmt. Die Bundesregierung hat hierdurch Einflussmöglichkeiten auf die Finanzierungsentscheidungen für die europäischen Projekte der humanitären Hilfe, ECHOs Jahresstrategien und die jährlichen Globalpläne, d. h. die Länderprogramme von ECHO. Die monatlichen Sitzungen in Brüssel dienen nicht zuletzt einer Abstimmung der EU-Staaten untereinander. Der besseren Planung, Koordinierung und Transparenz der humanitären Hilfe innerhalb der EU dient das Internetbasierte, öffentlich zugängliche System HOLIS, das die humanitären Hilfeleistungen der Kommission und der 25 Mitgliedsstaaten in Echtzeit dokumentiert.

Die von ECHO finanzierten Projekte werden meist aufgrund von Projektanträgen von Nichtregierungsorganisationen, Institutionen der Vereinten Nationen sowie anderen internationalen Organisationen wie dem IKRK durchgeführt. ECHO schließt mit den Partnern, mit denen es Projekte durchführt, Partnerschafts-Rahmenabkommen (FPA – Framework Partnership Agreements). Das derzeit gültige Rahmenabkommen ist zum 1. Januar 2004 in Kraft getreten.

6.2.5. „Gute humanitäre Geberschaft“

Im Juni 2003 fand in Stockholm auf Initiative der schwedischen Regierung ein Treffen zum Thema „Gute humanitäre Geberschaft“ (Good Humanitarian Donorship, GHD) statt. Kanada richtete ein Jahr später in Ottawa ein Folgetreffen aus. In Stockholm wurden zwei Dokumente, „Prinzipien und Gute Praxis“ sowie ein „Implementierungsplan“ verabschiedet. In Ottawa konzentrierte man sich auf die weitere Implementierung. Die GHD-Prinzipien haben sich zu einem wichtigen Referenzdokument der humanitären Hilfe entwickelt.[4]

GHD ist ein freiwilliger Prozess, in dem sich die wichtigsten humanitären Geber, im wesentlichen der Kreis der OECD-Staaten, über die Prinzipien ihres Handelns als Geber im Bereich humanitärer Hilfe – insbesondere in Bezug auf die entsprechenden VN-Organisationen – verständigen. In Resolutionen des ECOSOC und der VN-Generalversammlung wurden die Prinzipien gewürdigt.

Als Folge des Stockholmer Treffens wurden Arbeitsgruppen gebildet, die konkrete Fragen der GHD weiterverfolgen: Pilotprojekte in der Demokratischen Republik Kongo und in Burundi zur Implementierung von GHD in den Planungsprozess von Hilfsvorhaben der VN, gemeinsame Definitionen und verbesserte Finanzstatistik, Aufnahme der humanitären Hilfe in die Prüfberichte (Peer Reviews) der OECD und Ansätze zur Harmonisierung der Berichtsanforderungen an internationale Organisationen.

Die Bundesregierung bekennt sich zu den Prinzipien von GHD, die in vielen Punkten den oben genannten „Zwölf Grundsätzen der humanitären Hilfe“ von 1993 entsprechen und setzt sie im Rahmen unserer Gesetze um. Dies bedeutet auch, dass einigen Zielvorstellungen von GHD, insbesondere zur Vergabe von Fördermitteln ohne Zweckbindung, nicht gefolgt werden kann, da das bestehende Haushaltsrecht eine zweckgebundene Projektförderung verlangt.

7 Querschnittsthemen

7.1 Qualität in der humanitären Hilfe

Auf internationaler Ebene wurde in den vergangenen Jahren das Thema „Qualität in der humanitären Hilfe“ mit verstärkter Intensität diskutiert. Aufgrund des Zeitdruckes, unter dem gerade in Katastrophensituationen Entscheidungen gefällt werden müssen, und der oft unzureichenden Informationslage ist es oft nicht einfach, in Notsituationen bestmöglich zu reagieren. Der Erwartungsdruck der Öffentlichkeit, gerade bei spektakulären Katastrophen und Krisen, durch die Medien regelmäßig verstärkt, das Verlangen nach sichtbaren, sofortigen und wirksamen Maßnahmen, ist für ein sachgerechtes Vorgehen oft nicht hilfreich. Umso wichtiger ist es, dass die machbaren Vorbereitungen bei den humanitären Akteuren getroffen werden, diese abgestimmt handeln, die Helfer gut geschult sind und dass Material und Geräte Qualitäts-

[4] http://www.goodhumanitariandonorship.org/.

standards entsprechen. Die wirklichen Bedürfnisse der Betroffenen müssen realistisch beurteilt werden, und auch deren Fähigkeiten zur Selbsthilfe müssen Berücksichtigung finden, denn jede unpassende, fehlgeleitete oder überflüssige Hilfe würde auch zu einem vermeidbaren Mangel an anderer Stelle führen.

Seit 2001 ist das Auswärtige Amt bei ALNAP (Active Learning Network for Accountability and Performance in Humanitarian Action) engagiert, einem lockeren internationalen Verbund von über 300 Akteuren der humanitären Hilfe, die sich für Evaluierungen und Qualitätsstandards engagieren. Durch eigene Maßnahmen der Projektevaluierung hat das Auswärtige Amt im Berichtszeitraum eine Anzahl von Hilfsprojekten überprüft. Die Ergebnisse wurden intensiv mit den beteiligten Organisationen erörtert und flossen in die Gestaltung der weiteren Zusammenarbeit ein.

7.2 Gender Mainstreaming in der humanitären Hilfe

Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, um das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern effektiv verwirklichen zu können. Mit der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages hat sich Deutschland zu einer aktiven Gleichstellungspolitik im Sinne des Gender Mainstreaming verpflichtet. Die Bundesregierung sieht sich auch in der humanitären Hilfe dem Grundsatz der Integration einer Geschlechterperspektive verpflichtet. Frauen sind bei humanitären Notfällen oft besonders betroffen. In Krisensituationen müssen oft sie, bei Abwesenheit oder nach dem Tod ihrer Männer, deren Aufgaben übernehmen. Dies ist bei der Planung und Durchführung humanitärer Projekte zu berücksichtigen. Humanitäre Nichtregierungsorganisationen orientieren sich vor Beginn eines Projektes regelmäßig über die geschlechtsspezifischen Gegebenheiten und sind gehalten, Projekte dementsprechend auszurichten. Die Auswirkungen eines Hilfsprojekts auf das Ziel des Gender Mainstreaming werden bei jedem einzelnen vom Auswärtigen Amt geförderten Vorhaben geprüft und bewertet.

8 Die weltweite humanitäre Hilfe der Bundesregierung von 2002 bis 2005

8.1 Afrika

Afrika ist der Schwerpunkt der weltweiten humanitären Hilfsbemühungen der Bundesregierung, auch wenn im Berichtszeitraum Naturkatastrophen wie der Tsunami 2004 oder das Erdbeben in Pakistan 2005 sowie die Krisen in Afghanistan und Irak die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit zeitweise auf andere Weltregionen lenkten. Nirgendwo leiden mehr Menschen an Hunger, vermeidbaren Krankheiten, chronischer Mangelversorgung mit Basisgütern und Dienstleistungen und unter Kriegen und Konflikten. Nirgendwo sonst sterben so viele Menschen an unnatürlichen Todesursachen. Neben chronischen Problemlagen wie der wiederkehrenden Dürre am Horn von Afrika und anderen naturbedingten Krisen machen in den sog. „komplexen Krisen“ vor allem die Folgen kriegerischer Gewalt humanitäre Hilfsmaßnahmen für die Not leidende Bevölkerung erforderlich. Die Beseitigung der strukturellen Ursachen ist oft schwierig oder nicht möglich. Hier ist humanitäre Hilfe dann das einzige wirksame außenpolitische Handlungsfeld.

In Afrika wurden im Berichtszeitraum rund 95,8 Mio. Euro aus den Mitteln des Auswärtigen Amtes für humanitäre Hilfe verwendet. Es wurden 425 Projekte in 39 Ländern unterstützt. Dies entspricht mehr als der Hälfte der für den weltweiten Hilfsbedarf zugewiesenen Haushaltsmittel. Entsprechend hat das BMZ mehr als 235 Mio. Euro für die entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe in Afrika südlich der Sahara zur Verfügung gestellt. Die Versorgung von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen (IDPs) beanspruchte den überwiegenden Teil der gewährten Zuwendungen. Dabei konzentrierte sich die deutsche Hilfe in Afrika vor allem auf die beiden großen Krisenregionen Sudan/Tschad und Große Seen (Demokratische Republik Kongo und Nachbarstaaten).

Die Sudankrise bildete im Berichtszeitraum den Schwerpunkt der deutschen humanitären Hilfe in Afrika. Zwar wurde der seit 1983 währende Bürgerkrieg zwischen der Zentralregierung in Khartum und der Südrebellenorganisation SPLM/A (Sudan People's Liberation Movement/ Army) am 9. Januar 2005 mit Unterzeichnung eines Friedensvertrages formell beendet. Nach Schätzungen waren diesem Bürgerkrieg ab 1983 rund 2 Millionen Menschen durch Krieg, Epidemien und Hungersnöte zum Opfer gefallen. Die Zahl der Binnenvertriebenen wurde auf rund 3,5 Millionen Menschen geschätzt, die Zahl der sudanesischen Flüchtlinge in den Nachbarländern auf rund 550 000. Das Auswärtige Amt hat in akuten Notlagen sowohl im Regierungsgebiet als auch im von der Rebellenbewegung SPLM/A kontrollierten Südsudan Hilfsprojekte finanziert und dafür im Berichtszeitraum 4,81 Mio. Euro bereitgestellt. Besonderes Augenmerk galt dabei der Unabhängigkeit der Implementierungspartner: Im Südsudan wurden in der Regel nur Projekte des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz sowie von Hilfsorganisationen gefördert, die vor Ort unter dem Schirm der Kirchen arbeiten konnten. Nach Beendigung des Konfliktes unterstützte das Auswärtige Amt im Südsudan einzelne Hilfsprojekte insbesondere zugunsten von Rückkehrern. Doch bereits 2004, also noch vor formeller Beendigung des Nord-Süd-Konfliktes erforderte der Ausbruch eines neuen Konfliktes die Verlagerung des Schwerpunktes nach Nordwestsudan.

Im islamisch geprägten Darfur war bereits 2003 eine neue bewaffnete Rebellion gegen die Zentralregierung ausgebrochen. Die Rebellenbewegungen SLM und JEM, die sich mehrheitlich aus schwarzafrikanischen Stämmen rekrutieren, beklagten die Marginalisierung Darfurs und forderten Beteiligung am nationalen Wohlstand sowie angemessene Vertretung in allen staatlichen Institutionen. Nach Angriffen der Rebellen auf Einrichtungen der sudanesischen Armee bewaffnete die Regierung zur Bekämp-

fung der Aufständischen arabischstämmige Reitermilizen – so genannte Dschandschawid. Im Folgenden kam es zu brutalen Übergriffen der Dschandschawid auf die Zivilbevölkerung Darfurs und ethnisch motivierten Vertreibungen. Die Vereinten Nationen bezeichneten die Darfur-Krise als eine der größten gegenwärtigen humanitären und menschenrechtlichen Katastrophen. Schätzungen von Hilfsorganisationen reichen von 180 000 bis über 300 000 Todesopfer, sind aber nicht belastbar. Die Zahl der Binnenvertriebenen in Darfur hat OCHA zum Jahresende 2005 auf rund 1,85 Millionen Personen geschätzt.

Durch massiven politischen Druck der internationalen Gemeinschaft auf die sudanesische Regierung gelang es 2004, die zunächst erheblich beschränkten Zugangsbedingungen zum Konfliktgebiet für internationale Hilfsorganisationen deutlich zu verbessern und eine umfangreiche internationale Hilfsaktion einzuleiten, an der auch deutsche NROen beteiligt waren. Die Versorgungslage in Darfur hatte sich auf Grund des massiven Hilfseinsatzes im Jahresverlauf 2004 insgesamt verbessert. Insbesondere unterschritt die Sterblichkeitsrate nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation fast überall die Schwellenwerte für eine humanitäre Krise.

Ab Mitte 2005 verschlechterte sich allerdings die Sicherheitslage wieder: Es kam zunehmend zu Überfällen, gewalttätigen Auseinandersetzungen und bewaffneten Grenzkonflikten mit dem Tschad. Ende 2004 entsandte die Afrikanische Union eine Überwachungsmission (AMIS), die auch von der Bundesregierung logistische Unterstützung erhielt (Transporthilfe, technische Ausrüstung). Es gelang AMIS jedoch nicht, die fortgesetzten bewaffneten Zusammenstöße und Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung wirksam zu unterbinden.

Insgesamt hat die Bundesregierung im Berichtszeitraum Projekte der humanitären Hilfe im Sudan mit 54,07 Mio. Euro (davon AA: 30,12 Mio. Euro, BMZ: 23,95 Mio. Euro) unterstützt.

Der Tschad wurde seit 2003 zunehmend Ziel von Flüchtlingen. Ende 2005 hielten sich 220 000 Menschen, die aus der sudanesischen Bürgerkriegsprovinz Darfur stammten, im östlichen Tschad auf. Dort wurden sie von UNHCR und internationalen Hilfsorganisationen in zwölf Flüchtlingslagern entlang eines 650 km langen Grenzstreifens in unzugänglichem Gebiet versorgt. Logistische und finanzielle Schwierigkeiten erschwerten die Hilfstätigkeit. Das Fehlen ausreichender natürlicher Ressourcen, insbesondere von Trinkwasser, erschwerte die Versorgung der Flüchtlinge und den Aufbau neuer Flüchtlingslager. Es kam mehrfach zu Zwischenfällen mit der örtlichen Bevölkerung. Das Auswärtige Amt gewährte dem UNHCR umfangreiche finanzielle Hilfe für sein Flüchtlingshilfsprogramm und unterstützte eine Reihe deutscher Hilfsorganisationen (u. a. THW, DRK, ASB, Caritas, Help) vor allem in den Sektoren Wasser, Logistik, Basisgesundheit und Versorgung mit Bedarfsgegenständen.

Auch der Süden des Landes hat eine Flüchtlingskrise zu bewältigen: In der Folge des Staatsstreichs vom 15. März 2003 in der Zentralafrikanischen Republik waren rund 33 000 Zentralafrikaner in den Süden des Tschad geflohen. Die ohnehin schon unzureichende Versorgungslage in der Zentralafrikanischen Republik und die dortigen bewaffneten Auseinandersetzungen führte bis Ende 2005 zu einem weiteren Anstieg der Flüchtlingszahl auf 45 500. Das Auswärtige Amt hat im Jahr 2005 zur Versorgung der neuen zentralafrikanischen Flüchtlinge mit dringend notwendigen Haushaltsgegenständen 221 800 Euro aufgewendet.

Die Bundesregierung hat im Berichtszeitraum Projekte der humanitären Hilfe im Tschad mit 16,64 Mio. Euro unterstützt.

Die Region der Großen Seen (Demokratische Republik Kongo, Burundi, Ruanda, Tansania und Nord-Uganda) war im Berichtszeitraum ein weiterer Schwerpunkt der humanitären Hilfe in Afrika. Insgesamt flossen von 2002 bis 2005 rund 61,36 Mio. Euro in diese Länder (davon AA: 20,79 Mio. Euro, BMZ: 40,57 Mio. Euro). Besonderes Augenmerk lag auf der Hilfe für Flüchtlinge und Binnenvertriebene in den Bereichen Nahrungsmittel, Basisgesundheitsversorgung, Unterbringung und Trinkwasser. Die gesamte Region der Großen Seen leidet nach wie vor unter den Folgen von gewaltsamen ethnischen Auseinandersetzungen, politischer Instabilität und Misswirtschaft. Die humanitäre Lage in der Demokratischen Republik Kongo, in Uganda, Ruanda und Burundi ist für große Bevölkerungsteile auch noch Jahre nach der offiziellen Beendigung der Bürgerkriege katastrophal. Über 6 Millionen Menschen leben in der Region der Großen Seen entweder als Flüchtlinge in Nachbarstaaten oder als Binnenvertriebene im eigenen Land. Sie leiden wie die autochthone Bevölkerung unter Hunger, Krankheit und Menschenrechtsverletzungen. Die systematische Ausbeutung von Frauen und Kindern umfasst Vergewaltigungen, Entführungen, Zwangsprostitution und Missbrauch als Kindersoldaten. Die unsichere Ernährungslage wird durch die politischen Rahmenbedingungen und oft auch noch durch Naturereignisse weiter verschärft. Ein weiteres Problem stellt die starke Verbreitung von HIV/Aids dar.

Die humanitäre Hilfe der Bundesregierung konzentrierte sich in der Region insbesondere auf die östlichen Provinzen der Demokratischen Republik Kongo. Die Bildung einer Übergangsregierung unter Beteiligung der alten Regierung und früherer Rebellen beendete 2003 den jahrelangen Bürgerkrieg in der Demokratischen Republik Kongo offiziell. Gleichwohl blieb die humanitäre Lage insbesondere im Osten und Südosten des Landes (Ituri, Nord- und Süd-Kivu, Katanga) katastrophal. Verschiedene bewaffnete Gruppen tragen nach wie vor ethnisch, politisch und wirtschaftlich motivierte Konflikte aus und verbreiten in der Zivilbevölkerung ein Klima der Angst, der Gewalt und des Hasses. Mord, Vertreibung, Entführungen, Folter und Vergewaltigungen sind seit Jahren an der Tagesordnung.

Der Bürgerkrieg im Kongo und seine humanitären Folgen stellen nach einer im Januar 2006 veröffentlichten Studie des International Rescue Committee (IRC) die schlimmste humanitäre Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg dar. Dem Konflikt sind hiernach seit 1998 fast

vier Millionen Menschen zum Opfer gefallen. Weitgehend unbemerkt von der Weltöffentlichkeit sterben in der DR Kongo jeden Monat 38 000 Menschen durch die Folgen des Krieges, an dem zeitweise auch mehrere Nachbarländer teilgenommen haben. Die meisten Todesfälle sind keine unmittelbaren Folgen der Gewalt, sondern werden durch vermeidbare und behandelbare Krankheiten verursacht, da das Gesundheitssystem in weiten Teilen des Landes aufgrund des mehrjährigen Konflikts völlig zusammengebrochen ist. Jeder zweite Todesfall geht auf unsauberes Trinkwasser, Mangel an Impfstoffen, unangemessene Behandlung von Fieber, Malaria und Durchfallerkrankungen sowie Atemwegsinfektionen zurück. Jedes zweite Kind leidet unter akuter Mangelernährung. Direkte Waffengewalt ist der IRC-Untersuchung zufolge für jeden dritten Todesfall verantwortlich.

In den Nachbarländern der DR Kongo leben ca. 380 000 kongolesische Flüchtlinge (Kongo Brazzaville 81 000, Tansania 150 000, Sambia 58 000, Ruanda 35 000, Burundi 41 000, Angola 13 000), die vom UNHCR betreut werden.

Förderschwerpunkte waren im Berichtszeitraum die Versorgung von Binnenvertriebenen mit Bedarfsgegenständen, medizinischer Hilfe, Verbesserung des Zugangs zu Trinkwasser sowie Nahrungsmittelhilfe.

Im Berichtszeitraum hat die Bundesregierung in der Demokratischen Republik Kongo zwischen 2002 und 2005 ca. 29,83 Mio. Euro für Hilfsmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

Ruanda und seine Nachbarstaaten leiden mittelbar noch immer unter den Folgen des Völkermordes von 1994, in dessen Folge 2,5 Millionen Menschen in die Nachbarländer flüchteten. Nach UNHCR-Angaben sind die ruandischen Flüchtling in der Zwischenzeit überwiegend in ihre Heimatdörfer zurückgekehrt. Die Reintegration dieser Flüchtlinge und die Zerstörung der sozialen Strukturen durch den Völkermord stellen die Regierung vor eine schwierige Aufgabe. Allerdings stellt sich die humanitäre Lage sowohl wegen der massiven Hilfe der internationalen Gemeinschaft als auch auf Grund der verbesserten Sicherheitslage in Ruanda heute besser dar als noch vor einigen Jahren.

In Burundi haben Verbesserungen der Sicherheitslage und Fortschritte im Friedensprozess die Rückkehr von Flüchtlingen im Berichtszeitraum erleichtert. Die Zahl der Binnenvertriebenen hat sich nach ECHO-Angaben auf rund 117 000 verringert. Schwerpunktmäßig wurde im Rahmen der Humanitären Hilfe die Rückkehr burundischer Flüchtlinge unterstützt.

Rund 400 000 Flüchtlinge aus Burundi leben überwiegend im benachbarten Tansania. Etwa die Hälfte von ihnen ist offiziell registriert und lebt in Flüchtlingslagern. Weitere rund 200 000 burundische Flüchtlinge, die bereits in den siebziger Jahren angekommen waren, leben außerhalb der Lager. Darüber hinaus beherbergt Tansania rund 142 500 Flüchtlinge aus der Demokratischen Republik Kongo. Der Schwerpunkt der humanitären Hilfe in Tansania lag dementsprechend auf der Unterstützung kongolesischer und burundischer Flüchtlinge.

Im Norden Ugandas haben seit 1987 Kämpfe zwischen Angehörigen der Lord’s Resistance Army (LRA) und ugandischen Regierungstruppen, regelmäßige Überfälle kenianischer räuberischer Stämme (Karamojong) im Grenzgebiet, der Zustrom von Flüchtlingen aus den Konfliktgebieten im benachbarten Südsudan sowie wiederholte Dürreperioden zu einer humanitären Katastrophe geführt. Die LRA hatte ihre Terrorangriffe gegen die Bevölkerung im Norden seit 2003 ausgeweitet. Zeitweise waren sieben Distrikte in Norduganda von LRA-Angriffen betroffen (Gulu, Kitgum, Pader, Katakwi, Lira, Kaberamaido und Soroti). Ende 2005 lebten ECHO-Angaben zufolge etwa 1,4 Millionen Binnenvertriebene in Lagern in Nord-Uganda. Andere Schätzungen gehen von einer deutlich höheren Anzahl von Binnenflüchtlingen aus.

Viele Menschen suchten jede Nacht Zuflucht in den Städten, in Kirchen und Pfarreien oder in von der Armee bewachten Lagern und kehrten nur tagsüber in ihre Dörfer zurück (sog. night commuters). Politische Erfolge, militärische Einsätze, Amnestieangebote und der massive Einsatz humanitärer Hilfe haben seit etwa Mitte 2005 zu einer deutlichen Verringerung der LRA-Aktivitäten und zu einer Verbesserung der humanitären Lage in Nord-Uganda geführt. Die Sicherheitslage verbessert sich aufgrund zurückgehender Aktivitäten der LRA, so dass die Aufrechterhaltung zahlreicher Lager auf die Dauer nicht mehr gerechtfertigt erscheint. Dies gilt insbesondere für den Distrikt Soroti, aber zunehmend auch für Gulu, Kitgum, Pader und Lira. Das Auswärtige Amt hat im Berichtszeitraum rund 4,8 Mio. Euro für Hilfsmaßnahmen in Norduganda bereitgestellt. Dabei verlagerte sich der Schwerpunkt entsprechend den politischen Rahmenbedingungen weg von der Versorgung der Bevölkerung in den Lagern und hin zur Unterstützung von Rückkehrern in sichere Gebiete. Insgesamt wurden zwischen 2002 und 2005 Hilfsprojekte mit 12,72 Mio. Euro gefördert.

Auch am Horn von Afrika (Somalia, Äthiopien, Eritrea und Dschibuti) hat die Bundesregierung in erheblichem Maße Hilfe geleistet. In Äthiopien und in Eritrea sind auch in guten Erntejahren bis zu fünf Millionen Menschen chronisch abhängig von Nahrungsmittelhilfe. Periodische Dürren haben in der Vergangenheit mehrfach zu dramatischen Hungersnöten in Äthiopien geführt. Neben klimatischen sind hierfür hauptsächlich strukturelle Gründe wie Bevölkerungswachstum, Vernachlässigung der Landwirtschaft, z. T. fehlendes Privateigentum an Grund und Boden, fehlende marktwirtschaftliche Strukturen sowie Ressourcenverschwendung, z. B. der Grenzkrieg zwischen Äthiopien und Eritrea, verantwortlich. Die Bundesregierung versucht, im Rahmen der Entwicklungshilfe hier strukturelle Verbesserungen zu erreichen. Dennoch waren auch in diesem Berichtszeitraum wieder erhebliche Anstrengungen im humanitären Bereich notwendig, um dramatische akute Nahrungsmittelengpässe und ihre humanitären Folgen zu bekämpfen.

Somalia blieb auch im Berichtszeitraum der Prototyp eines zusammengebrochenen Staates. Seit dem Ende des Siad-Barre-Regimes 1991 ist Somalia ohne effektive staatliche Zentralgewalt. Im Rahmen der in Nairobi tagenden Nationalen Somalischen Versöhnungskonferenz erfolgte im August 2004 die Vereidigung der insgesamt 275 Abgeordneten des somalischen Übergangsparlaments, schließlich die konstituierende Sitzung des Parlaments am 2. September 2004, welches am 15. September 2004 Sharif Hassan Sheikh Aden zum Parlamentspräsidenten wählte. Die nationale Versöhnungskonferenz schloss am 14. Oktober 2004 mit der Vereidigung von Abdullahi Yussuf als Präsident als Somalia. Am 3. November 2004 ernannte dieser Ali Mohammed Gedi zum Premierminister der somalischen Übergangsregierung. Gedi berief in der ersten Dezemberwoche 2004 73 Minister in die Übergangsregierung. Auch nach dem offiziellen Umzug der Übergangsregierung nach Somalia fehlt es dort nach wie vor an einer effektiven zentralen Staatsgewalt. Anarchie, Banditentum und zeitweise örtlich bürgerkriegsartige Zustände haben in Mittel- und Südsomalia zu einem völligen Zusammenbruch der staatlichen Strukturen und einer sehr eingeschränkten Präsenz internationaler Hilfsorganisationen geführt. Immer wieder flammen hier Kämpfe zwischen miteinander rivalisierenden Clans auf. Die international nicht anerkannte Republik Somaliland im Nordwesten, die sich 1991 für unabhängig erklärt hat, erkennt die Übergangsregierung nicht an. Ihr gelang es, in ihrem Einflussbereich vergleichsweise gut funktionierende staatliche Strukturen aufzubauen. Die Lage in Somaliland und in Puntland, einer autonomen Region im Nordosten, ist jeweils stabil. Allerdings bestehen zwischen Puntland und Somaliland Territorialstreitigkeiten.

Die Deckung von Grundbedürfnissen der Bevölkerung in den Bereichen Ernährung, Wasser und Gesundheit ist im ganzen Land seit Jahren chronisch defizitär. Ein Großteil der somalischen Bevölkerung ist auf internationale Hilfe und auf Geldüberweisungen von im Ausland lebenden Somalis angewiesen. Wiederkehrende Dürren haben zu einem Rückgang der Sorghum- und Maisernten im Süden (Provinzen Bay, Bakool, Gedo, Shabelle) und Norden (Sool-Plateau) sowie der Weideflächen für die wichtigsten Exportgüter Schafe und Ziegen geführt. Von der unsicheren Ernährungslage sind in der traditionellen Clankultur vor allem Frauen und Kinder betroffen. Nach Angaben der FAO ist der Süden Somalias in besonderem Maße von der schlechten Nahrungsmittelsituation betroffen. Bis zu 1,7 Millionen Menschen sind auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. IKRK-Angaben zufolge ist die Situation in einigen Teilen Somalias geprägt von einem hohen Grad an Unterernährung.

Für humanitäre Hilfsmaßnahmen am Horn von Afrika hat die Bundesregierung im Berichtszeitraum 20,58 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Auch in Kenia kommt es seit Jahrzehnten immer wieder zu langen Dürreperioden und katastrophalen Überschwemmungen. Die Auswirkungen der Naturereignisse werden durch politische Versäumnisse verstärkt. Jeder zweite der rund 30 Millionen Kenianer gilt nach VN-Angaben als unterernährt. Aufgrund seiner Nachbarschaft zu den humanitären Krisenländern Sudan und Somalia ist Kenia trotz eigener Schwierigkeiten ein wichtiges Asylland. Ende 2005 betreute der UNHCR dort nach eigenen Angaben rund 243 000 Flüchtlinge aus Somalia (154 300), Sudan (69 000), Äthiopien (13 300) und aus sonstigen Herkunftsländern (6 720).

Die Mehrzahl der Flüchtlinge ist seit Jahren in den Lagern bei Kakuma (rund 87 000, vor allem Sudanesen) im äußersten Nordwesten und bei Dadaab (138 000, vor allem Somalis in drei Lagern) im äußersten Osten des Landes untergebracht. Die Versorgung dieser Flüchtlinge bildete den Schwerpunkt des Engagements der Bundesregierung in Kenia. Darüber hinaus dienten die geförderten Hilfsmaßnahmen der Bekämpfung der Dürrefolgen und der Versorgung von Überschwemmungsopfern.

In Westafrika waren Sierra Leone und Liberia bis Dezember 2001 bzw. August 2003 Schauplatz von Bürgerkriegen, die massive Migrationbewegungen auslösten. Hierbei mussten schätzungsweise über 1 Million Menschen ihre angestammten Wohngebiete verlassen. Die staatlichen Gesundheits- und Versorgungssysteme waren weitgehend zusammengebrochen, und auch die Sicherheitslage war prekär, sodass die Menschen nach Beendigung der Kampfhandlungen nur zögerlich in ihre Heimat zurückkehrten. Die beiden Krisen wurden 2002 abgelöst vom bewaffneten Binnenkonflikt in Côte d'Ivoire, der über 500 000 Einheimische zu Binnenvertriebenen machte und rund 600 000 ausländische Gastarbeiter zur Rückkehr in die Nachbarländer zwang. Die westafrikanische Subregion galt daher auch in den ersten Jahren nach Beendigung der beiden großen Bürgerkriege weiterhin als instabil.

In Liberia kam es ab 2002 zu erneuten schweren Kämpfen zwischen den Rebellenbewegungen LURD und MODEL sowie Truppen der liberianischen Regierung von Präsident Taylor. Mitte 2003 drängten LURD und MODEL die Regierungstruppen auf Monrovia zurück und belagerten die Stadt mehrere Wochen lang. Einige internationale Hilfsorganisationen erhielten während dieser Zeit eine Basisversorgung der Bevölkerung mit Wasser, Medikamenten und Nahrungsmitteln aufrecht. Die Bundesregierung beteiligte sich finanziell an diesen Bemühungen. Nachdem im August 2003 Präsident Taylor das Land verlassen hatte und eine Übergangsregierung gebildet worden war, kamen die Kämpfe zum Erliegen. Die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im September 2003 mandatierte Friedenstruppe UNMIL mit einem Gesamtumfang von 15 000 Soldaten war Mitte 2004 landesweit im Einsatz. UNMIL konnte mit der Entwaffnung von rund 100 000 Bürgerkriegssoldaten und der erfolgreichen Durchführung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im November 2005 wichtige Erfolge verbuchen. Ende 2005 waren nach UNHCR-Angaben rund 326 000 Menschen in Liberia unmittelbar auf humanitäre Hilfe angewiesen (223 000 IDPs, 88 000 Rückkehrer, 15 000 ausländische Flüchtlinge). Die Bundesregierung

hat sich an humanitären Nothilfemaßnahmen für rückkehrende Flüchtlinge und Binnenflüchtlinge beteiligt.

In Côte d'Ivoire kontrollierte die Rebellenbewegung Forces Nouvelles den Norden des Landes seit 2002. Die VN-Friedensmission UNOCI und die französische Militäreinheit Force Licorne hatten einen Sicherheitspuffer eingerichtet, der das Rebellengebiet vom Süden des Landes trennte, der weiterhin unter Regierungsgewalt stand. Nach einer weiteren Eskalation des Konflikts im November 2004 konnte zwar auf Betreiben der AU am 6. April 2005 in Pretoria ein Friedensvertrag zwischen den Konfliktparteien geschlossen werden; seine Umsetzung ist aber bisher noch nicht in Ansätzen erkennbar. Die humanitäre Lage in Côte d'Ivoire war gekennzeichnet durch verbreitete gewaltsame Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung und Rechtlosigkeit, insbesondere im Norden und in der Pufferzone. Die weitgehende Einstellung der Regierungsaktivitäten in den Bereichen Gesundheit und Erziehung im Norden wirkte sich katastrophal auf die dortige Bevölkerung aus. Seit Ausbruch der Unruhen kehrten bereits rund 600 000 Gastarbeiter der fünf Nachbarländer in ihre Heimat zurück. Rund 20 000 Ivorer sind in das benachbarte Ausland (vorwiegend Liberia, Guinea und Mali) geflohen; über 500 000 Menschen gelten als binnenvertrieben (davon 120 000 in Abidjan).

In Guinea ermöglichte die Befriedung benachbarter Bürgerkriegsregionen, aber auch die konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem guineischen Staat und den internationalen Hilfsorganisation eine progressive Entschärfung der Flüchtlingsproblematik. Die Anzahl der Flüchtlinge konnte von 182 000 im Jahr 2002 auf 71 500 Ende 2005 gesenkt werden.

Im Frühjahr 2005 entwickelte sich die Ernährungskrise in Niger zu einem neuen Aktionsfeld der humanitären Hilfe. Als Sahel-Land ohne Zugang zum Meer war die Republik Niger zum Berichtszeitpunkt das ärmste Land der Welt (im UNDP Human Development Index 2005 auf dem letzten Rang von insgesamt 177 Ländern). Der landwirtschaftliche Sektor war anfällig für klimatische Schwankungen (Dürren und Überschwemmungen) und andere Naturkatastrophen (Heuschreckenschwärme). 2004 war Niger von der schwersten Heuschreckenplage in 15 Jahren und von einer schweren Dürre heimgesucht worden. Dies führte im Jahr 2005 zu erheblichen Ernteausfällen. 3,6 Millionen Menschen waren nach VN-Angaben von Nahrungsmittelknappheit bedroht – darunter 800 000 Kinder. Zur Bekämpfung der Ernährungskrise in Niger finanzierte die Bundesregierung Hilfsprojekte zur Ernährungssicherung und zur medizinischen Versorgung besonders geschwächter Bevölkerungsgruppen.

Die humanitäre Lage im südlichen Afrika hat sich als Folge von Misswirtschaft, hoher HIV/Aids-Verbreitung, wetterbedingten Missernten und allgemeiner Wirtschaftskrise weiter verschlechtert. Sechs Länder – Simbabwe, Sambia, Lesotho, Swasiland, Malawi und Mosambik – waren 2002/2003 nach dürrebedingten Ernteausfällen von der schlimmsten Nahrungsmittelkrise der letzten Jahre betroffen. Im Berichtszeitraum stellte die Bundesregierung insgesamt 43,01 Mio. Euro zugunsten von Dürreopfern im südlichen Afrika zur Verfügung.

Der Schwerpunkt der deutschen humanitären Hilfe im südlichen Afrika lag in Simbabwe, wo nach VN-Angaben bis zu sechs Millionen Menschen auf internationale Hilfe angewiesen waren. Dort führten auch die politischen Rahmenbedingungen zu einer Verschlechterung der humanitären Lage. Eine missglückte Landreform war mit ursächlich für den drastischen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion gewesen. Darüber hinaus versuchte die Regierung über das staatliche Getreideeinfuhrmonopol und durch Druck auf internationale Hilfsorganisationen die Verteilung von Hilfsgütern an Bevölkerungsgruppen zu behindern, die verdächtigt wurden, in Opposition zur Regierungspartei ZANU-PF zu stehen. Bei der Durchführung deutscher Hilfsmaßnahmen war es deshalb besonders wichtig sicherzustellen, dass die Hilfe vollständig den hilfsbedürftigen Bevölkerungsgruppen zugute kam. Mitte Mai 2005 wurden im Zuge der Operation „Restore Order“ in vielen Teilen des Landes Menschen aus ihren Häusern vertrieben und die Häuser zerstört. Bedingt durch diese Entwicklungen ist die Zahl der Binnenvertriebenen innerhalb weniger Wochen auf über 300 000 angestiegen.

In den übrigen Ländern – Sambia, Lesotho, Swasiland, Malawi , Mosambik – lag der Schwerpunkt der Hilfsmaßnahmen auf der Versorgung der von der Nahrungsmittelknappheit betroffenen Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln sowie auf Schulspeisungsprogrammen. Darüber hinaus wurde mit der Förderung weiterer Projekte der Kampf gegen Cholera in Mosambik und Malawi unterstützt.

In Angola wurde 2002 der fast 40-jährige Bürgerkrieg beendet. Nach dem Tod des UNITA-Führers Savimbi einigten sich die angolanische Regierung und die Rebellenbewegung UNITA am 4. April 2002 auf einen Waffenstillstand und auf die Entwaffnung der UNITA-Verbände. Ein offizielles Friedensabkommen wurde am 21. November 2002 unterzeichnet. Damit waren weite Gebiete im Osten Angolas erstmals seit Wiederaufnahme der Kämpfe im Jahr 1998 wieder zugänglich für internationale Hilfsorganisationen. Die Kampfhandlungen waren insbesondere in der Endphase von beiden Seiten mit großer Rücksichtslosigkeit geführt worden. Mord, Vergewaltigungen, Zwangsrekrutierungen ganzer Bevölkerungsgruppen sowie die systematische Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung waren an der Tagesordnung. Ab 2002/2003 gelang es zunehmend, die humanitäre Lage in Angola zu stabilisieren und den Wiederaufbau einzuleiten. Im Oktober 2004 wurde Angola vom Marburg-Fieber heimgesucht. Die Seuche, die ursprünglich in der Provinz Uige nur wenige Todesopfer gefordert hatte, breitete sich bis Anfang Mai 2005 über vier Provinzen aus. Auch in der Hauptstadt Luanda wurden Erkrankungsfälle gemeldet. Nachdem bis zu 200 Fälle registriert worden waren, gelang es, die Seuche einzudämmen. Als Reaktion auf den Ausbruch der Krankheit wurden zwei Hilfsprojekte mit 160 000 Euro finanziert. Insgesamt hat die Bundesregierung im Berichtszeitraum ca. 25,2 Mio.

Euro für die Durchführung von Hilfsmaßnahmen in Angola bereitgestellt.

In Algerien kam es am 21. Mai 2003 östlich der Hauptstadt Algier zu einem Erdbeben der Stärke 6,7, bei dem über 2 000 Menschen starben und rund 40 000 obdachlos wurden. Die Bundesregierung reagierte umgehend auf ein Hilfsersuchen der algerischen Regierung und schickte mit Hilfe des Technischen Hilfswerks und des DRK Such- und Rettungsteams sowie medizinisches Verbrauchsmaterial in die Krisenregion. Auch zugunsten der ca. 155 000 Westsahara-Flüchtlinge unterstützte die Bundesregierung Maßnahmen der humanitären Hilfe in Algerien.

8.2 Asien

Asien ist ein Kontinent extremer Gegensätze. Größte Armut und eine lebensfeindliche Umwelt finden sich neben hoch entwickelten und wohlhabenden Volkswirtschaften. Einige Regionen Asiens werden von alljährlich wiederkehrenden Naturphänomenen betroffen, die manchmal katastrophale Folgen nach sich ziehen. Große Teile des Kontinents sind erdbebengefährdet. Mehrere Länder Zentral- und Südasiens leiden unter Kriegen und Bürgerkriegen.

Im Berichtszeitraum wurde Asien erneut von verheerenden Erdbeben heimgesucht. Besonders stark betroffen waren im Dezember 2003 die Stadt Bam im Iran und im Oktober 2005 das pakistanische Grenzgebiet zu Indien. Die katastrophalsten Folgen hatte jedoch der Tsunami vom 26. Dezember 2004. Menschen in 14 Ländern verloren ihr Leben, die Infrastruktur ganzer Küstenregionen, teilweise bis zu drei Kilometer in das Landesinnere, wurde zerstört, 1,7 Millionen Personen wurden obdachlos. Waren in Thailand viele ausländische Touristen von der Katastrophe betroffen, so hat in Indonesien und Sri Lanka die einheimische Bevölkerung in unvorstellbarem Maße gelitten. Mehr als 200 000 der fast 230 000 Todesopfer gab es in diesen beiden Staaten. Allein der dort geschätzte Schaden beträgt mehr als 5 Milliarden US-Dollar.

Die Bundesregierung hat schnell auf die Katastrophe reagiert und noch am 26. Dezember 2004 Mitarbeiter des THW in die Krisenregion entsandt. Binnen kürzester Zeit waren alle großen deutschen und internationalen Hilfsorganisationen in der Region vertreten.

Der Katastrophe folgte eine überwältigende Hilfsbereitschaft nicht nur der internationalen Gebergemeinschaft, sondern auch der Bürgerinnen und Bürger. Nach Schätzungen des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen wurden alleine in Deutschland 670 Mio. Euro für die Tsunami-Opfer gespendet. Dies ist die höchste Spendensumme, die jemals anlässlich einer Katastrophe in der Bundesrepublik Deutschland gesammelt wurde.

Gründe hierfür waren u. a. die Verbundenheit vieler Deutscher mit der Tsunami-Region durch den Tourismus, die intensive Medienberichterstattung, die, auch durch Privatvideos von Urlaubern, für jedermann die Auswirkungen des Tsunamis dokumentierte, und die zeitliche Nähe zu Weihnachten.

In seiner Neujahrsansprache 2004/2005 rief Bundeskanzler Schröder dazu auf, Partnerschaften für den Wiederaufbau einzugehen: von Stadt zu Stadt, von Schule zu Schule. Zur logistischen Unterstützung des privaten Engagements wurde bereits Januar 2005 die „Partnerschaftsinitiative Fluthilfe“ ins Leben gerufen. Im Rahmen dieser Initiative wurden mehr als 300 Partnerschaftsprojekte in Thailand, Sri Lanka, Indien und Banda Aceh identifiziert. Die Partnerschaftsbüros in den deutschen Auslandsvertretungen in Banda Aceh, Chennai, Colombo und Bangkok kümmern sich um die verantwortungsvolle Umsetzung der geplanten Projekte. Die Partnerschaftsinitiative hat nicht nur für den Wiederaufbau, sondern auch für die Nothilfe einen wertvollen Beitrag geleistet.

Mehr als je zuvor kam es bei der Reaktion auf den Tsunami auf eine effektive Koordinierung der humanitären Hilfsmaßnahmen an. Die örtlichen Behörden waren – vor allem in der ersten Nothilfephase – durch den Verlust von Menschenleben und Material in ihrer Koordinierungsfähigkeit eingeschränkt und teilweise überfordert. Dennoch haben gerade lokale Kräfte in der ersten Phase wichtige Arbeit geleistet. Die meisten Leben wurden unmittelbar nach dem Tsunami durch nationale Hilfsanstrengungen gerettet.

Das wichtigste internationale Koordinierungsgremium ist OCHA. Die effektive Wahrnehmung seiner Funktion als Leitstelle für Katastropheneinsätze wurde teilweise beeinträchtigt durch unzureichende Kooperationsbereitschaft finanzkräftiger, unabhängig agierender VN-Hilfsorganisationen und einzelner ausländischer Nichtregierungsorganisationen. Bei der Zusammenarbeit mit unabhängigen Nichtregierungsorganisationen und den Stäben für humanitäre Hilfe nationaler Regierungen ist OCHA auf deren Zusammenarbeit angewiesen. Zugleich waren zahlreiche Vertreter der Zivilgesellschaft, die nur geringe oder gar keine Erfahrung in humanitärer Hilfe hatten, unfähig oder nicht bereit, sich mit den zuständigen Stellen und professionellen Organisationen abzustimmen. In einigen Fällen hat das hohe Spendenaufkommen die Nichtregierungsorganisationen dazu verleitet, isoliert vorzugehen. Sogar große internationale Hilfsorganisationen mit jahrzehntelanger Erfahrung in der humanitären Hilfe haben auf eigene Initiative gehandelt, ohne vorher Partnerorganisationen und nationale Behörden zu konsultieren. Durch die weltweite Medienaufmerksamkeit wurden zwar große Mengen dringend benötigter Hilfsgüter bereitgestellt, andererseits hat das internationale Engagement vielfach zur Verschärfung der Probleme beigetragen. Zahlreiche wohlgesinnte Helfer sind ohne Vorbereitung und ohne die notwendigen personellen und materiellen Ressourcen in das Katastrophengebiet eingereist. Die Folge war eine erhebliche Behinderung der Koordinierung und des Krisenmanagements auf lokaler und nationaler Ebene. Allein im indonesischen Banda Aceh betrug die Zahl der ausländischen Nichtregierungsorganisationen zeitweise 170. Viele der ungebetenen Akteure haben internationale Standards und Leitlinien der humanitären Hilfe missachtet, u. a. auch die kulturellen Eigenheiten der Bevölkerung ignoriert und die Würde der Opfer verletzt. Die Lieferung großer Mengen nicht benötigter Spenden durch einzelne

Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und private Spender wirkte sich negativ aus.

Die Bundesregierung hat auf die Katastrophe umgehend reagiert und dabei versucht, den besonderen Erfordernissen an die Koordination vor Ort Rechnung zu tragen. So wurde bei der Vergabe von Mitteln an Nichtregierungsorganisationen die Abstimmung des jeweiligen Projekts mit OCHA zur Bedingung gemacht. Schwerpunkte der geförderten
Projekte waren Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, medizinische Hilfe, Nahrungsmittel und Unterkünfte. Für etwa 30 Einzelprojekte sowie Bundeswehreinsätze im Katastrophengebiet wandte die Bundesregierung rund 35 Mio. Euro auf. Hinzu kamen ca. 50 Mio. Euro im Rahmen des Hilfsaufrufs der Vereinten Nationen (Flash Appeal) vom 11. Januar 2005.

Für den Aufbau eines Tsunami-Frühwarnsystems im Indischen Ozean stellte die Bundesregierung 45 Millionen Euro und Experten zur Verfügung. Kern des Systems sind Seismometer zur geophysikalischen und Bojen zur ozeanographischen Datenerfassung. Weitere Komponenten des Systems sind die Kartierung des Meeresbodens und die Weitergabe von Informationen und Warnungen an die Bevölkerung.

Das Erdbeben vom 8. Oktober 2005 in Kaschmir forderte 80 000 Menschenleben vor allem in Pakistan. 120 000 Menschen wurden verletzt, mehr als 2,5 Mio. obdachlos. Die Zerstörungen erstreckten sich auf eine Fläche von 28 000 Quadratkilometer. Etwa 206 500 Obdachlose wurden in Lagern untergebracht, 380 000 Betroffene waren in entlegenen Gebirgsgegenden unter schwierigen logistischen Bedingungen zu versorgen. Insgesamt haben die große nationale Hilfsanstrengung (nach Anlaufschwierigkeiten insbesondere getragen von der pakistanischen Armee) und die internationale humanitäre Hilfe gut funktioniert. Innerhalb von acht Monaten nach dem Erdbeben konnten bis auf 31 000 Menschen, die noch in Lagern lebten, alle Betroffenen wieder in ihre angestammten Gebiete zurückkehren.

Das AA leistete 11,5 Mio. Euro für erste Soforthilfemaßnahmen. Es wurden rd. 30 Einzelprojekte des THW und deutscher NGOs mit Schwerpunkten Bergung von Opfern, Wasseraufbereitung, medizinische Versorgung, winterfeste Unterbringung unterstützt. Die geförderten internationalen Organisationen arbeiteten mit den Schwerpunkten Winterhilfe, Notunterkünfte, medizinische Versorgung.

Die BMZ-Maßnahmen schlossen sich an die Soforthilfe des Auswärtigen Amts an. U. a. unterstützte das BMZ das UNDP bei der Instandsetzung von Krankenhäusern und Trinkwasseranlagen, die GTZ für winterfeste Zelte und medizinische Grundversorgung und die Deutsche Welthungerhilfe für den Wiederaufbau von Häusern in Kaschmir.

Das BMVg beteiligte sich mit medizinischer und logistischer Unterstützung, u. a. durch Stellung mehrerer Transporthubschrauber.

Die Bundesregierung hat insgesamt 95,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, hiervon 27,7 Mio. Euro für erste humanitäre Soforthilfemaßnahmen des AA und Übergangshilfe des BMZ. 67,8 Mio. Euro wurden für Wiederaufbaumaßnahmen und EZ zur Verfügung gestellt. Die deutsche Bevölkerung hat etwa 50 Mio. Euro gespendet.

Am 26. Dezember 2003 wurde ein Großteil der Stadt Bam im Iran durch ein Erdbeben verwüstet. Das Erdbeben hat 26 000 Menschenleben gefordert, 90 000 Personen wurden obdachlos.

Das Auswärtige Amt hat umgehend eine Schnelleinsatzeinheit des THW entsandt. Die Such- und Rettungsmannschaften starteten noch am Tag des Erdbebens mit einem Sonderflugzeug und waren bereits am Mittag des 27. Dezember 2003 in Bam im Einsatz.

Daneben wurden Projekte in den Bereichen Trinkwasser- und medizinische Versorgung unterstützt.

Zu Beginn des Berichtszeitraums herrschte in Afghanistan eine katastrophale humanitäre Lage, die sich in chronischer Armut, verbreiteter Hungersnot, völligem Zusammenbruch der Wirtschaft und hoher Abhängigkeit von humanitärer Hilfe aus dem Ausland ausdrückte. Gründe hierfür waren u. a. eine seit drei Jahren anhaltende Dürre, das Fortdauern des Bürgerkriegs und Menschenrechtsverletzungen durch die Taliban, insbesondere das Taliban-Edikt vom 8. August 2000 (weitgehendes Verbot der Arbeit für Frauen), willkürliche Verhaftungen sowie Razzien in Krankenhäusern.

Nach den Ereignissen des 11. September 2001 hatte zunächst eine Fluchtbewegung aus den Städten Afghanistans eingesetzt. Kabul hatten 25 Prozent seiner Einwohner verlassen, Kandahar 50 Prozent und Jalalabad 65 Prozent. Mit dem Vorrücken der Nordallianz und der Einnahme von Kabul konnten unter der afghanischen Interimsregierung die Maßnahmen zur Unterstützung der Rückkehr der Flüchtlings eingeleitet werden. Der im Januar 2002 vorgestellte UNHCR Initial Plan for the Return and Reintegration of Afghan Refugees and Internally Displaced People 2002-2004 sah vor, dass binnen drei Jahren von insgesamt 5,2 Millionen Flüchtlingen (davon 1,5 Millionen im Iran; 2,2 Millionen in Pakistan) und Binnenvertriebenen 3,5 Millionen rückgeführt werden sollten. Tatsächlich sind in den Jahren 2002 bis 2005 sogar 4,5 Millionen Menschen in ihre Heimat zurückgekehrt.

Die humanitäre Lage, insbesondere der Landbevölkerung (70 Prozent der Gesamtbevölkerung) und der besonders hilfsbedürftigen Bevölkerungsteile wie z. B. Rückkehrerfamilien ohne Unterkunft und Versorgung, ist auch zum Ende des Berichtszeitraumes prekär. Die humanitäre Lage verschlechtert sich alljährlich im Winter aufgrund mangelnden Zugangs zu angelegenen Gebirgsprovinzen. Nach Angaben der FAO hatten die afghanischen Bauern und Nomaden nach vier Jahren der Dürre ca. 70 Prozent ihres Viehbestandes verloren. Regenfälle sorgten zwar 2003 für leichte Erholung nach einer fünfjährigen Dürreperiode, jedoch waren der Süden und die Mitte des Landes 2004 erneut von Dürre betroffen. Die WHO geht da-

von aus, dass 50 Prozent der Bevölkerung Afghanistans ohne medizinische Versorgung sind.

Die deutschen humanitären Leistungen in Afghanistan 2002 bis 2005 betrugen insgesamt 66,3 Mio. Euro (BMZ: 37,5 Mio. Euro, AA: 28,8 Mio. Euro). Darüber hinaus wurden für die Betreuung afghanischer Flüchtlinge in Pakistan ca. 1,3 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Für afghanische (75 Prozent) und irakische (25 Prozent) Flüchtlinge im Iran wurden weitere 1,5 Mio. Euro aufgewandt.

Der sich bereits monatelang abzeichnende Irak-Krieg ließ eine größere humanitäre Katastrophe erwarten. Die humanitären Organisationen der VN hatten sich bereits seit Mitte 2002 auf einen Irak-Krieg vorbereitet. Als Planungsgrundlage gingen sie von einem von ihnen so genannten „mittleren Kriegsszenario“ aus (zwei bis drei Monate Kampfhandlung, intensive Zerstörungen der Infrastrukturen, Ausfall des „Oil for Food-Programms“, 0,5 bis 1,5 Millionen Flüchtlinge).

Zur Linderung der zu erwartenden Notlage stellte die Bundesregierung bereits am 20. März 2003, dem ersten Tag der Kampfhandlungen in Irak, Sondermittel in Höhe von 40 Mio. Euro in Aussicht, die dem Auswärtigen Amt als überplanmäßige Ausgabe zugewiesen werden sollten. Zusammen mit 10 Mio. Euro aus regulären Mitteln des BMZ waren somit 50 Mio. Euro für Hilfsmaßnahmen im Irak vorgesehen.

Die Annahmen der VN wurden durch den tatsächlichen Kriegsverlauf nicht bestätigt. Eine humanitäre Katastrophe in Irak ist nicht in dem erwarteten Maße eingetreten. Insbesondere kam es nicht zu den befürchteten Flüchtlingsströmen. Dennoch war die Lage der Trinkwasserversorgung und der medizinischen Grundversorgung kritisch. Die von der Bundesregierung für Irak reservierten Mittel konnten 2003 nur etwa zur Hälfte in sinnvolle Projekte umgesetzt werden (z. B. zur Wiederherstellung der Infrastruktur, etwa ein großes Projekt im Trinkwasserbereich mit dem THW). Zum einen stellte sich die humanitäre Lage weniger dramatisch als angenommen dar, zum anderen verschlechterte sich die Sicherheitslage ab Sommer 2003 schnell. Am 22. Juli 2003 wurde ein als solcher erkennbarer Mitarbeiter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz südlich von Bagdad ermordet, was zu einer fast völligen Einstellung aller Rotkreuz-Aktivitäten im Irak führte. Der Bombenanschlag auf das Hauptquartier der Vereinten Nationen am 19. August 2003 mit dem tragischen Tod des VN-Sondergesandten Mello und 21 weiteren Menschen führte de facto zur Einstellung aller VN-Aktivitäten und in der Folge zum Abzug fast aller internationalen Hilfsorganisationen. Die Durchführung von Hilfsprojekten war danach nur noch in dem als relativ sicher geltenden Norden des Irak möglich.

Die tatsächlich dem Auswärtigen Amt zugewiesenen überplanmäßigen Mittel waren entsprechend deutlich geringer als ursprünglich vorgesehen. Insgesamt hat die Bundesregierung im Irak im Berichtszeitraum Hilfsprojekte mit 22,93 Mio. Euro gefördert, davon 21,2 Mio. Euro im Jahr 2003.

Bereits seit Mitte der neunziger Jahre befindet sich die Bevölkerung der Demokratischen Volksrepublik Korea in einer humanitären Notlage. Die verheerenden Naturkatastrophen der Jahre 1995 bis 1997 trafen auf eine desolate Volkswirtschaft, deren Niedergang auf das Ende der Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion zurückgeht. Die anhaltende Abschottung der Demokratischen Volksrepublik Korea hat die Probleme weiter verschärft. Die Folgen sind eine anhaltende Energiekrise, der Niedergang der industriellen Produktion, die Verschlechterung der Infrastruktur, anhaltende Nahrungsmittelknappheit, Degradierung des Ökosystems und gravierende Defizite in der Gesundheits- und Sozialversorgung. Leidtragende dieser Entwicklung sind weite Teile der Bevölkerung mit drastischer Unterversorgung vor allem im Nahrungsmittel- und Gesundheitsbereich mit Konsequenzen wie sinkender Geburten- und erhöhter Sterberate, Entwicklungsdefizite bei Kindern und Heranwachsenden, hochgradige Gefährdung schwangerer und gebärender Frauen.

Die seit dem Jahr 2000 intensiv betriebene deutsche humanitäre Hilfe konzentrierte sich auf den Bereich der Gesundheitsversorgung in ländlichen Gebieten und die Nahrungsmittelsicherung.

Die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea hat die Durchführung humanitärer Hilfsmaßnahmen im Berichtszeitraum zunehmend erschwert und behindert. Zentrales Thema ist dabei die Frage der unmittelbaren Erreichbarkeit der Betroffenen. Das politische System erlaubt seiner Bevölkerung keine unkontrollierten Kontakte mit Ausländern und überhaupt mit dem Ausland. Ferner blieb der Zugang zu Daten und Basisinformationen, die normalerweise die Grundlage für Planung, Durchführung, Kontrolle und Auswertung von Hilfsprogrammen sind, in der Demokratischen Volksrepublik Korea für alle Hilfsorganisationen eingeschränkt.

Im September 2005 hat die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea angekündigt, ab sofort keine ausländische humanitäre Hilfe mehr zuzulassen und die Nahrungsmittel-, Arzneimittel- und Kleiderhilfe bis Ende 2005 einzustellen. Künftig würden nur noch Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zugelassen. Im Jahre 2006 konnte hierzu ein modus vivendi gefunden werden, der es ausgewählten Hilfsorganisationen ermöglicht, weiterhin in der humanitären Hilfe in der Demokratischen Volksrepublik Korea tätig zu bleiben.

Nepal ist aufgrund seines gebirgigen Staatsgebiets anfällig für Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Erdrutsche. Allein im Berichtszeitraum wurde Nepal zweimal von verheerenden Überschwemmungen heimgesucht. Daneben hat die seit 1996 andauernde Auseinandersetzung zwischen der nepalesischen Regierung und den so genannten Maoisten, insbesondere nach der Aufhebung des Waffenstillstands im August 2003, zu einer beträchtlichen Anzahl von Binnenvertriebenen geführt. Nepal ist aber auch Aufnahmestaat für Flüchtlinge. Seit 1992 leben mehr als 100 000 bhutanesische Flüchtlinge in Flüchtlingslagern im Osten Nepals. Neben der nepalesischen Regierung kümmern sich internationale Hilfsorganisationen um die Versorgung der Flüchtlinge.

Schwerpunkt der humanitären Hilfe der Bundesregierung war die Versorgung der bhutanesischen Flüchtlinge mit Bedarfsgegenständen und Medikamenten sowie die medizinische und Wasserversorgung der von Naturkatastrophen Betroffenen. Darüber hinaus wurden Projekte zur Ernährungssicherung unterstützt.

In Sri Lanka hat im Berichtszeitraum das Waffenstillstandsabkommen von 2002 zwischen der Rebellenbewegung LTTE und der Regierung gehalten. Dennoch war eine vollständige Rückkehr der Binnenvertriebenen nicht möglich. Humanitäre Hilfe wurde auch für die Opfer der Überschwemmungen 2002 und 2003 geleistet.

8.3 Amerika

Mittelamerika und die Karibik werden jedes Jahr von Wirbelstürmen heimgesucht, die oft gravierende humanitäre Folgen haben. Der Konflikt in Kolumbien, der mehrere Millionen Menschen zu Binnenflüchtlingen gemacht hat, ist weiter ungelöst.

Besonders schwer waren die Folgen mehrerer Hurrikane im Jahr 2005, insbesondere der Wirbelstürme Katrina und Rita, die Ende August und im September 2005 auf die Südküste der USA trafen. Mindestens 1 100 Menschen starben, weite Teile der Küste Louisianas, Mississippis und Alabamas wurden verwüstet, die Stadt New Orleans wurde überflutet und musste evakuiert werden. Die Bundesregierung leistete auf Bitten der USA humanitäre Hilfe, unter anderem durch Entsendung von Experten des Technischen Hilfswerks.

In Mittelamerika verursachte vor allem Hurrikan Stan Anfang Oktober 2005 Zerstörungen insbesondere in El Salvador, Guatemala und Honduras. Die mit dem Sturm einhergehenden tagelangen starken Regenfälle führten zu Überschwemmungen und Erdrutschen. Insgesamt kamen 144 Menschen ums Leben, über 50 000 mussten evakuiert werden. Die Bundesregierung finanzierte die Lieferung von Hilfsgütern wie Trinkwasser, Lebensmitteln, Decken und Medikamenten.

Die humanitäre Krise in Kolumbien ist aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit mittlerweile weitgehend verschwunden. Seit über vier Jahrzehnten gibt es in Kolumbien interne bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen staatlichen Sicherheitskräften, Guerillagruppen und Paramilitärs, bei denen in den letzten zwanzig Jahren über 70 000 Menschen zu Tode gekommen sind und die zwischen 1,7 und 3,7 Millionen Menschen zu Binnenvertriebenen machten. Weitere 40 000 Kolumbianer flohen nach Angaben des UNHCR im Berichtszeitraum nach Ekuador. Die Bundesregierung hat das Internationale Komitee des Roten Kreuzes und den Deutschen Caritasverband in Kolumbien bei der Versorgung von Binnenflüchtlingen und den UNHCR in Ekuador bei der Durchführung von Hilfs- und Schutzmaßnahmen zugunsten der kolumbianischen Flüchtlinge unterstützt.

8.4 Naher Osten

Seit dem Beginn der zweiten Intifada im September 2000 hat sich die humanitäre Lage der palästinensischen Bevölkerung dramatisch verschlechtert. Nach der Ermordung des israelischen Ministers Zheevi am 17. Oktober 2001 durch Palästinenser folgte eine weitere Verhärtung. Dazu gehörte ab April 2002 auch die Operation „Schutzwall“, die zeitweise zur Besetzung der palästinensischen Städte und zu Ausgangssperren für die palästinensischen Bevölkerung führte. Ein beträchtlicher Teil der palästinensischen Bevölkerung war auf humanitäre Hilfsmaßnahmen aus dem Ausland angewiesen. Hauptursachen sind die hohe Arbeitslosigkeit, Nahrungsmittelknappheit, Überbevölkerung, zerstörte Infrastruktur, unzureichende medizinische (Not-)Versorgung und Wassermangel. Die Hilfsleistungen wurden erschwert durch die Behinderung des Zugangs zur notleidenden Bevölkerung und die prekäre Sicherheitslage der Mitarbeiter vor Ort.

Die Bundesregierung hat im Berichtszeitraum ihre Anstrengungen zur Linderung der Not der betroffenen Bevölkerung fortgesetzt. Hauptpartner der humanitären Hilfe waren das IKRK und vor allem das VN-Hilfswerk für die Palästinaflüchtlinge (UNRWA). UNRWA wird von der Bundesregierung sowohl durch Projektförderung als auch mit einem jährlichen freiwilligen nicht zweckgebundenen Beitrag unterstützt. Schwerpunkte der UNRWA-Hilfen waren 2002 bis 2004 in erster Linie Instandsetzungen von Schulen und Bildungsprogramme. Ziel dieser Bildungsprogramme, die oft den einzigen Zugang zu Bildung und Ausbildung für palästinensische Kinder und Jugendliche darstellen, war in erster Linie, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration der palästinensischen Jugend in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu schaffen.

Nach der stetigen Verschlechterung der Versorgungslage der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen und im Westjordanland begannen sich die Hilfsmaßnahmen ab 2005 auf Nahrungsmittelprojekte zu konzentrieren. Im Rahmen dieser Hilfen wurden der palästinensischen Bevölkerung nicht nur Nahrungsmittel, sondern unter anderem auch Decken, Kleidung, Kochgegenstände, Medikamente und Hygieneartikel zur Verfügung gestellt.

8.5 Europa

Schwerpunkt der humanitären Hilfe in Europa war die Unterstützung von Menschen, die von den Folgen der kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan in den neunziger Jahren betroffen waren, insbesondere in Serbien und Montenegro (einschließlich Kosovo) sowie in Bosnien und Herzegowina. Das Auswärtige Amt finanzierte hier im Bereich der humanitären Hilfe Projekte in Höhe von über 30,8 Mio. Euro, 2,5 Mio. Euro kamen aus dem Haushalt des BMZ.

Schwerere Naturkatastrophen sind im Berichtszeitraum in Europa glücklicherweise ausgeblieben. Es kam jedoch in einigen Ländern (Rumänien, Ungarn, Tschechische Republik) zu schweren Überschwemmungen, nach denen das Auswärtige Amt humanitäre Hilfe geleistet hat.

Ein Großteil der Hilfsprojekte des Auswärtigen Amtes auf dem Balkan wird aus Mitteln des Stabilitätspakts Südosteuropa finanziert (im Berichtszeitraum 27,8 Mio.

Euro). Der Stabilitätspakt Südosteuropa hat das Ziel, Südosteuropa dauerhaft zu stabilisieren und die Bemühungen der dortigen Staaten um Frieden, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und wirtschaftlichen Wohlstand sowie ihre Integration in euroatlantische Strukturen zu unterstützen. Mit diesen Sondermitteln können auch Projekte gefördert werden, die über die eigentliche Nothilfe hinausgehen.

Die aus Mitteln des Stabilitätspakts Südosteuropa geförderten Projekte hatten in erster Linie Projekte das Ziel, Flüchtlingen, insbesondere Angehörigen der jeweiligen ethnischen Minderheiten, die Rückkehr in ihre ursprünglichen Heimatgemeinden zu erleichtern und das multiethnische Zusammenleben zu fördern. Hierzu zählen die Notinstandsetzung und der Bau von Häusern für Flüchtlinge sowie die Bereitstellung einer Erstausstattung (z. B. Betten, Matratzen, Öfen). Darüber hinaus wurden seit 2004 verstärkt einkommensschaffende Maßnahmen gefördert, um die zurückgekehrten Flüchtlinge auch wirtschaftlich in ihrer Heimat zu integrieren.

Hilfsmaßnahmen wurden in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien auch aus Mitteln der humanitären Hilfe finanziert. Dabei handelte es sich in erster Linie um Winterhilfe, in deren Rahmen den Minderheitenrückkehrern vor allem im ersten Winter nach ihrer Rückkehr sowie anderen Bedürftigen Brennholz, Kohle und Lebensmittel sowie teilweise auch Öfen zur Verfügung gestellt wurden. Ohne diese Hilfe wäre es vor allem für viele von der staatlichen Fürsorge Abhängige bzw. für Angehörige benachteiligter Gruppen (Alte, Arbeitslose, alleinerziehende Mütter, Kranke und Behinderte) schwierig gewesen, über den in einigen Regionen sehr harten Winter zu kommen.

Neben dem Balkan blieb die Kaukasusregion angesichts des andauernden Konflikts in Tschetschenien ein Schwerpunkt der humanitären Hilfe der Bundesregierung in Europa. Eine politische Lösung des Konflikts, die Voraussetzung für eine Entspannung der humanitären Lage in Tschetschenien wäre, blieb weiter aus. Die Zahl der tschetschenischen Binnenvertriebenen in Inguschetien ging von 170 000 (2001) auf 27 300, (2005) zurück, zum Teil aufgrund der Schließung der Flüchtlingslager durch die russischen Behörden. Weiter befinden sich ca. 10 000 Binnenvertriebene in Dagestan und ca. 40 000 in anderen Regionen der Russischen Föderation. In Grosny und Umgebung lebten über 140 000 Binnenvertriebene unter schwierigsten Bedingungen. Nach Schätzungen der VN bedürfen insgesamt noch 850 000 Menschen im Nordkaukasus humanitärer Hilfe.

Bis zu 250 000 Binnenvertriebene, die während der Kämpfe zwischen 1993 und 1998 aus der abtrünnigen georgischen Region Abchasien flohen, leben in Westgeorgien. Von diesen sind bis zu 10 Prozent auf humanitäre Hilfsleistungen zum Überleben angewiesen. In Abchasien leiden insbesondere Frauen und Kinder, aber auch Angehörige von Minderheiten unter der wirtschaftlichen Isolierung. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz findet sowohl von georgischer als auch von abchasischer Seite Anerkennung und kann sich, auch mit Unterstützung der Bundesregierung, der besonders Schutzbedürftigen annehmen. Darüber hinaus sind ca. 2 000 tschetschenische Flüchtlinge in Flüchtlingslagern im Pankisi-Tal in Georgien auf Hilfsleistungen angewiesen.

9 Die humanitäre Hilfe der Länder

Die deutschen Länder haben im Berichtszeitraum insgesamt etwa 16,2 Mio. Euro für humanitäre Hilfsmaßnahmen aufgebracht (vgl. Anlage 13 und 14). Oft handelt es sich um kleinere, aber auch sehr spezifische Projekte, die zum Teil die gewachsenen Beziehungen zwischen den Ländern und den betroffenen Staaten oder Regionen ausdrücken. Sie sind eine wichtige Ergänzung der Anstrengungen der Bundesregierung und der humanitären Nichtregierungsorganisationen.

Entsprechendes gilt für viele deutsche Städte. Auch hier wirken Städtepartnerschaften als Faktoren, durch die im Notfall Hilfe mobilisiert wird. Dies wurde in besonders beeindrukkender Weise nach dem Tsunami deutlich.

10 Die humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen

Weltweit sind die humanitären Nichtregierungsorganisationen die eigentlichen Akteure der humanitären Hilfe. Die Finanzkraft und Personalstärke mancher dieser Nichtregierungsorganisationen übersteigt deutlich die großer und bekannter Hilfswerke der Vereinten Nationen. Es ist die Vielzahl großer und kleiner humanitärer Nichtregierungsorganisationen, die das Bild der deutschen humanitären Hilfe im Ausland prägt. Manche von ihnen haben eine lange Tradition, eine große und leistungsfähige Organisationsstruktur, haben ständige Partner im Ausland, die für die Durchführung der Projekte in den betroffenen Ländern sorgen oder sind selbst Teil eines internationalen Netzwerks. Andere sind jung und klein, oder fachlich und regional spezialisiert. Anlage 15 gibt einen Überblick über die humanitäre Hilfe einiger ausgewählter deutscher Hilfsorganisationen in den Jahren 2002 bis 2005.

Die nichtstaatlichen Organisationen finanzieren ihre Arbeit vielfach in einem hohen Maße aus Spendengeldern. Schätzungen sprechen von einem jährlichen Spendenaufkommen in Deutschland von mehreren Milliarden Euro, wobei diese Zahl auch Spenden für Katastrophen im Inland sowie für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit umfasst. Im engeren Bereich der humanitären Nothilfe im Ausland schwankt das Verhältnis der Finanzierung aus Spendenmitteln und öffentlichen Zuwendungen von Organisation zu Organisation zum Teil erheblich. Insgesamt spielen die öffentlichen Mittel bei der humanitären Hilfe eine erhebliche Rolle. Dies gilt insbesondere auch deshalb, da unmittelbar nach dem Eintreten einer humanitären Katastrophe die Nichtregierungsorganisationen regelmäßig über kein hierfür zweckgebundenes Spendenaufkommen verfügen und nur die staatlichen Mittel ein sofortiges Tätigwerden ermöglichen.

Der Spendenmarkt in Deutschland ist heiß umkämpft. Zwischen einer Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen mit den unterschiedlichsten Zielrichtungen herrscht große Konkurrenz. Oft wurde in den letzten Jahren ein Nachlassen der Spendenbereitschaft der Bevölkerung beklagt. Eine von mehreren Hilfsorganisationen gemeinsam durchgeführte Kampagne zur Afrikahilfe brachte enttäuschende Spendenergebnisse. Der Tsunami löste dann eine nie da gewesene Spendenbereitschaft bei den Menschen in Deutschland aus. Schätzungen besagen, dass 670 Mio. Euro für humanitäre Sofortmaßnahmen und den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt wurden. Die Hilfsorganisationen sind rechtlich gebunden, die Spenden ausschließlich für den angegebenen Zweck zu verwenden, auch wenn andere Krisenherde dramatisch unterfinanziert sind und die großzügigen Tsunamispenden dort viel dringender benötigt würden. Eine andere Verwendung ist nur mit Zustimmung des Spenders möglich. Diese im Einzelfall einzuholen, bedeutet für die die Hilfsorganisationen einen erheblichen Aufwand.

11 Deutsche humanitäre Hilfe im internationalen Vergleich

Es ist kaum möglich, vergleichbare Zahlen und damit ein genaues Bild über die humanitäre Hilfe auch nur der wichtigsten Geberländer zu erhalten. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass es international keine im Detail abgestimmten Kriterien gibt, was als humanitäre Hilfe einzuordnen ist. Oft wird nicht klar zwischen humanitärer Hilfe und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit getrennt. Andererseits ist zu berücksichtigen, dass oft verschiedene Stellen eines Landes mit den unterschiedlichen Aspekten dessen, was wir als humanitäre Hilfe bezeichnen (Katastrophenhilfe, Hilfe in komplexen Krisen, Katastrophenvorsorge, Nahrungsmittelhilfe, entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe, humanitäres Minenräumen), befasst sind. Unter dieser Einschränkung ist die Tabelle 19 des statistischen Anhangs zu betrachten, deren Zahlen auf Angaben der Regierungen an die OECD beruhen. Die gesamte durch private Spenden finanzierte humanitäre Hilfe ist in dieser Statistik nicht erfasst.

Bei der weltweiten humanitären Hilfe nehmen die USA unter den bilateralen Gebern einen unangefochtenen Spitzenplatz ein, gefolgt von der Europäischen Kommission, Japan und Großbritannien. Deutschland rangiert im Mittelfeld. Die offizielle humanitäre Hilfe Deutschlands hat noch keineswegs das Gewicht, das etwa in seiner Position in der weltweiten entwicklungspolitischen Zusammenarbeit oder im Beitrag zum Budget der Vereinten Nationen (mit 8,6 Prozent Anteil drittgrößter Zahler) zum Ausdruck kommt. Die OECD hat die deutsche Entwicklungshilfe einer Prüfung unterzogen und dabei auch die humanitäre Hilfe betrachtet. Dabei kritisierte die OECD, dass Deutschland lediglich 2 Porzent des Betrages, den es als Leistungen amtlicher Entwicklungshilfe der OECD meldet, für Maßnahmen der humanitären Hilfe aufwendet, während der Durchschnitt in der OECD hierfür bei 7 Prozent liegt. Nach dieser Statistik wäre eine Verdreifachung der deutschen amtlichen Leistungen in der humanitären Hilfe angezeigt. Die Bundesregierung strebt an, im Rahmen des Ziels der Erhöhung der deutschen Entwicklungshilfeleistungen (0,7 Prozent-Ziel der Vereinten Nationen) zu einer deutlichen Anhebung der Mittel der humanitären Hilfe zu gelangen.

12 Ausblick

Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Berichts haben eine Anzahl weiterer humanitärer Krisen das Engagement und die Kapazitäten der humanitären Akteure gefordert. Der Libanonkonflikt im Sommer 2006 löste eine Flüchtlingswelle von über 1 Million Menschen aus. Die humanitäre Lage in den palästinensischen Gebieten verschlechtert sich. Der Konflikt in Darfur eskaliert, und die Sicherheitslage und damit die Möglichkeiten zur Versorgung der Binnenvertriebenen werden zunehmend kritischer, während der Bedarf dadurch gleichzeitig steigt. Die katastrophale Lage im Irak führt zunehmend auch zu humanitären Problemen. Auch in Afghanistan verschlechtert sich die Sicherheitslage und gefährdet die in den letzten Jahren erreichten Fortschritte. In Sri Lanka flammen die Kämpfe wieder auf und führen zu neuen Binnenflüchtlingen. Einige Lichtblicke und mehr Stabilität gibt es in der Demokratischen Republik Kongo, wo Wahlen stattfanden und viele Binnenflüchtlinge zurückkehrten, in Norduganda, wo die grausamen Übergriffe der Lord's Resistance Army nachgelassen haben und die Vertriebenen allmählich zurückkehren, und in Nepal, wo ein Waffenstillstand zwischen Regierung und Rebellen hält. Die Herausforderungen an die von staatlicher wie privater Seite geleistete humanitäre Hilfe bleiben weiter groß.

Außerhalb der humanitären Hilfe engagiert sich die Bundesregierung daher etwa im Bereich der Krisenprävention und der friedenserhaltenden Maßnahmen, um strukturelle und akute Konfliktursachen zu überwinden. Mit dem am 12. Mai 2004 vom Bundeskabinett angenommenen Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ werden Schritte aufgezeigt, wie die Bundesregierung ihren Beitrag zu Frieden und Stabilität künftig noch stärker präventiv ausrichten wird.

Die Bundesregierung wird auch in den kommenden Jahren zu ihrer Verantwortung stehen und die Bedürftigen in den Krisenregionen der Welt unterstützen. Für ihre Hilfe ist sie auf leistungsfähige, aber auch wachsame und kritische Hilfsorganisationen angewiesen. Die Sicherheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Gewährleistung ihrer Arbeitsmöglichkeiten als unabhängige und neutrale Akteure der humanitären Hilfe und der Erhalt eines humanitären Raums bleiben ein zentrales Ziel der Politik. So werden Bundesregierung und Hilfsorganisationen auch künftig einen substantiellen Beitrag zur Linderung der akuten Not in der Welt leisten können.

Anlage 1

Humanitäre Hilfe der Bundesregierung nach Ressorts 2002 bis 2005

Auswärtiges Amt (AA)	
Humanitäre Hilfe und Katastrophenvorsorge [1]	265.517.808
Humanitäres Minenräumen (einschließlich Mittel der Stabilitätspakte Südosteuropa und Afghanistan)	64.682.752
Freiwillige nichtzweckgebundene Beiträge [2]	56.406.000
insgesamt	**386.606.560**

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ)	
Nahrungsmittel-, Not- und Flüchtlingshilfe (Kapitel 2302, Titel 687 20)	355.235.879
Ernährungssicherungsprogramme	62.612.285
Freiwillige nichtzweckgebundene Beiträge an das WEP [3]	92.032.000
insgesamt	**509.880.164**

Bundesministerium des Innern (BMI)	
Kosten für die Vorbereitung von Hilfsmaßnahmen außerhalb des Bundesgebietes, Hilfsmaßnahmen im Rahmen von EU-Abkommen und anderen Verträgen	**2.683.801**

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)	
unentgeltliche Materialabgaben der Bundeswehr zur zivilen Nutzung an Hilfsorganisationen, an UN-Organisationen sowie bilaterale Länderhilfen	**9.790.031**

Bund insgesamt	**908.960.556**

Quellen: AA, BMZ, BMI, BMVg

[1] einschließlich Mittel der Katastrophenvorsorge, der Stabilitätspakte Südosteuropa und Afghanistan, Anti-Terror-Mittel und Sondermittel für Darfur, Irak und Tsunami sowie Projektmittel für UNRWA aus Titel 687 35 UT 5
[2] an UNHCR, UNRWA, OCHA, UNICEF, IKRK
[3] Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen

Hinweis: Angaben in Euro, sofern nicht ausdrücklich anders angegeben

Anlage 2

Humanitäre Hilfe der Bundesregierung nach Zielländern und Ressorts 2002 bis 2005

Land	AA			BMZ			BMI	BMVg	insgesamt
	Humanitäre Hilfe (einschließlich StP SOE[1] und StP AFG[2])	Humanitäres Minenräumen (einschließlich StP SOE und StP AFG)	insgesamt	Nahrungsmittel, Not- und Flüchtlingshilfe	Ernährungs-sicherungs-programme	insgesamt	Kosten für die Vorbereitung von Hilfsmaßnahmen außerhalb des Bundesgebietes	Materialabgaben	
Afghanistan	28.171.467	16.048.363	44.219.830	35.403.018	6.647.426	42.050.444		298.804	86.569.077
Ägypten		299.550	299.550						299.550
Albanien	40.600	1.300.711	1.341.311	373.404		373.404		202.724	1.917.439
Algerien	1.276.432		1.276.432					762	1.277.194
Angola	4.181.657	8.239.349	12.421.006	19.265.392	1.742.800	21.008.192		83.500	33.512.698
Antigua und Barbuda									
Argentinien	229.677		229.677					61.570	291.247
Armenien				1.422.000	695.357	2.117.357		70.963	2.188.320
Aserbaidschan	350.000		350.000	1.522.000	2.018.644	3.540.644			3.890.644
Äthiopien	1.944.959	899.897	2.844.856	19.435.279	3.438.438	22.873.717		96.313	25.814.886
Bangladesch	1.043.222		1.043.222						1.043.222
Belarus								677.938	677.938
Belize									
Benin	100.000		100.000					25.014	125.014
Bolivien	230.541		230.541	1.110.000	3.445.167	4.555.167		63.970	4.849.678
Bosnien und Herzegowina	12.168.780	5.812.901	17.981.681	1.500.000		1.500.000		77.887	19.559.567
Botsuana								7.747	7.747
Brasilien	619.406		619.406					11.144	630.550
Bulgarien	20.438		20.438					229.546	249.984
Burkina Faso	61.541		61.541					117.171	178.712
Burundi	1.987.200	132.000	2.119.200	8.644.823	2.371.900	11.016.723			13.135.923
Chile								45.219	45.219
China (Taiwan)									
China, Volksrepublik	545.116		545.116						545.116
Costa Rica								2.342	2.342
Côte d'Ivoire	1.711.911		1.711.911	2.000.000		2.000.000			3.711.911
Dominikanische Republik	135.952		135.952					19.062	155.014

noch Anlage 2

Land	AA			BMZ			BMI	BMVg	insgesamt
	Humanitäre Hilfe (einschließlich StP SOE[1] und StP AFG[2])	Humanitäres Minenräumen (einschließlich StP SOE und StP AFG)	insgesamt	Nahrungsmittel, Not- und Flüchtlingshilfe	Ernährungs-sicherungs-programme	insgesamt	Kosten für die Vorbereitung von Hilfsmaßnahmen außerhalb des Bundesgebietes	Materialabgaben	
Dschibuti	243.000		243.000					76.110	319.110
Ecuador	1.000.307		1.000.307	1.455.080		1.455.080		17.642	2.473.029
El Salvador	291.012		291.012	755.645		755.645			1.046.657
Eritrea	1.487.064	509.748	1.996.812	4.282.000		4.282.000		44.171	6.322.983
Estland								163.953	163.953
Fidschi	26.200		26.200					10.185	36.385
Gabun									
Gambia	103.948		103.948					39.903	143.851
Georgien	2.693.998	160.040	2.854.038	2.145.246		2.145.246		71.681	5.070.965
Ghana								71.579	71.579
Grenada	84.491		84.491						84.491
Griechenland								7.963	7.963
Guatemala	549.931		549.931	1.827.823		1.827.823		515	2.378.269
Guinea	710.809		710.809	4.980.520	1.040.000	6.020.520		8.000	6.739.329
Guinea-Bissau	66.159	611.491	677.650						677.650
Guyana	90.160		90.160						90.160
Haiti	830.116		830.116	2.126.000	2.405.909	4.531.909		35.575	5.397.600
Honduras	140.935		140.935	1.000.000	1.033.455	2.033.455		4.140	2.178.530
Indien	1.226.921		1.226.921					16.864	1.243.785
Indonesien	11.731.001		11.731.001	11.975.240		11.975.240		578.757	24.284.998
Irak	12.895.205	4.018.817	16.914.022	10.040.000		10.040.000		17.281	26.971.303
Iran	2.887.910		2.887.910	1.530.350		1.530.350			4.418.260
Jamaika	87.400		87.400						87.400
Japan	40.000		40.000						40.000
Jemen		2.601.375	2.601.375					39.792	2.641.167
Jordanien		92.486	92.486						92.486
Kambodscha	7.673	2.906.756	2.914.429		1.948.030	1.948.030		23.988	4.886.447
Kamerun								10.245	10.245
Kap Verde								44.187	44.187
Kasachstan								214.049	214.049

noch Anlage 2

Land	AA			BMZ			BMI	BMVg	insgesamt
	Humanitäre Hilfe (einschließlich StP SOE[1] und StP AFG[2])	Humanitäres Minenräumen (einschließlich StP SOE und StP AFG)	insgesamt	Nahrungsmittel, Not- und Flüchtlingshilfe	Ernährungs-sicherungs-programme	insgesamt	Kosten für die Vorbereitung von Hilfsmaßnahmen außerhalb des Bundesgebietes	Materialabgaben	
Kenia	1.870.488		1.870.488	5.033.307	242.864	5.276.171		146.996	7.293.655
Kirgisistan				400.000		400.000		345.320	745.320
St. Kitts-Nevis									
Kolumbien	4.274.214	139.796	4.414.010	4.735.871		4.735.871			9.149.880
Kongo, DR (ehem. Zaire)	11.564.331	350.000	11.914.331	17.143.345	1.100.000	18.243.345		37.086	30.194.762
Kongo, Rep. (Brazzaville)	780.911		780.911	1.000.000		1.000.000		12.300	1.793.211
Korea, DVR	2.558.303		2.558.303	13.124.943		13.124.943		76.306	15.759.552
Kroatien	4.577.630	3.171.375	7.749.005	22.916		22.916		156.109	7.928.030
Kuba	299.166		299.166	1.658.900		1.658.900			1.958.066
Laos		2.123.098	2.123.098	851.937		851.937			2.975.035
Lesotho	142.640		142.640	2.020.245		2.020.245			2.162.885
Lettland								38.632	38.632
Libanon		27.872	27.872						27.872
Liberia	6.339.858		6.339.858	5.300.315		5.300.315		6.206	11.646.379
Litauen								394.859	394.859
Madagaskar	430.086		430.086	2.034	1.101.455	1.103.489		7.057	1.540.632
Malawi	1.164.633		1.164.633	4.141.423	460.163	4.601.586		64.428	5.830.647
Malediven				498.906		498.906			498.906
Mali	102.500		102.500	5.317.300	1.039.655	6.356.955		16.716	6.476.171
Marokko	72.209		72.209						72.209
Mauretanien	52.953		52.953	1.000.000		1.000.000		49.750	1.102.703
Mazedonien	725.570		725.570	1.000.000		1.000.000		99.896	1.825.466
Mexiko								12.360	12.360
Moldau, Rep.								154.312	154.312
Mongolei								17.750	17.750
Mosambik	136.428	1.725.397	1.861.825	1.783.444	4.263.588	6.047.032			7.908.857
Myanmar				3.485.916		3.485.916			3.485.916
Namibia	26.775		26.775					119.087	145.862
Nepal	1.549.600		1.549.600	3.000.000	1.800.000	4.800.000			6.349.600

noch Anlage 2

Land	AA			BMZ			BMI	BMVg	insgesamt
	Humanitäre Hilfe (einschließlich StP SOE[1] und StP AFG[2])	Humanitäres Minenräumen (einschließlich StP SOE und StP AFG)	insgesamt	Nahrungsmittel, Not- und Flüchtlingshilfe	Ernährungs-sicherungs-programme	insgesamt	Kosten für die Vorbereitung von Hilfsmaßnahmen außerhalb des Bundesgebietes	Materialabgaben	
Nicaragua	82.848		82.848	1.127.823		1.127.823		55.678	1.266.349
Niger	1.574.651		1.574.651	3.285.008		3.285.008		13.636	4.873.295
Nigeria	103.076		103.076					54.685	157.761
Niue	9.853		9.853						9.853
Pakistan	8.545.496		8.545.496	4.000.771		4.000.771		62.058	12.608.325
Palästinensische Gebiete	20.485.449		20.485.449	6.042.568		6.042.568			26.528.017
Panama	29.325		29.325						29.325
Papua Neuguinea	50.000		50.000					17.286	67.286
Paraguay	14.815		14.815					5.673	20.488
Peru	718.506		718.506	1.855.598	3.741.806	5.597.404		90.231	6.406.142
Philippinen	321.982		321.982	318.000		318.000			639.982
Polen								392.184	392.184
Ruanda	668.219		668.219	990.707	1.642.000	2.632.707		10.097	3.311.023
Rumänien	242.171		242.171					607.574	849.745
Russische Föderation	6.373.646	390.558	6.764.204					197.267	6.961.471
Salomonen	2.216		2.216						2.216
Sambia	395.256		395.256	10.369.682		10.369.682		23.879	10.788.817
Senegal	175.000		175.000	1.700.000	1.700.000	3.400.000		14.104	3.589.104
Serbien-Montenegro[3]	18.584.229	1.917.815	20.502.044	1.041.727		1.041.727		132.919	21.676.690
Sierra Leone	828.646		828.646	14.787.174	1.900.000	16.687.174		48.570	17.564.389
Simbabwe	4.978.063		4.978.063	12.174.820		12.174.820		10.502	17.163.385
Slowakische Republik								10.955	10.955
Somalia	3.147.663	1.179.702	4.327.365	5.631.761		5.631.761		47.895	10.007.021
Sri Lanka	5.091.398		5.091.398	16.513.512	6.606.134	23.119.646		87.618	28.298.662
Südafrika								106.665	106.665
Sudan	30.106.622	3.337.348	33.443.970	22.618.161	1.330.000	23.948.161		30.712	57.422.843
Suriname									
Swasiland	980.621		980.621						980.621
Tadschikistan	536.603		536.603	7.633.000	4.539.755	12.172.755		36.343	12.745.701

noch Anlage 2

Land	AA			BMZ			BMI	BMVg	insgesamt
	Humanitäre Hilfe (einschließlich StP SOE[1] und StP AFG[2])	Humanitäres Minenräumen (einschließlich StP SOE und StP AFG)	insgesamt	Nahrungsmittel, Not- und Flüchtlingshilfe	Ernährungs-sicherungs-programme	insgesamt	Kosten für die Vorbereitung von Hilfsmaßnahmen außerhalb des Bundesgebietes	Materialabgaben	
Tansania	1.774.856		1.774.856	750.000		750.000		40.723	2.565.579
Thailand									
Timor-Leste				772.484		772.484			772.484
Togo	80.276		80.276					41.440	121.716
Tonga	13.965		13.965						13.965
Tschad	8.986.733	322.272	9.309.005	7.660.000		7.660.000			16.969.005
Tschechische Republik	660.000		660.000					24.660	684.660
Tunesien	1.123	70.915	72.038					4.000	76.038
Türkei	289.414		289.414						289.414
Turkmenistan									
Uganda	4.796.846	220.000	5.016.846	6.004.000	1.930.000	7.934.000		13.965	12.964.811
Ukraine	30.000		30.000					756.562	786.562
Ungarn	10.255		10.255					45.990	56.245
Uruguay	40.981		40.981						40.981
USA	1.024.400		1.024.400					164.106	1.188.506
Usbekistan								509.041	509.041
Venezuela	100.000		100.000						100.000
Vietnam	372.613	4.167.556	4.540.169		499.997	499.997		139.591	5.179.757
Zentralafrikanische Republik	250.000		250.000	500.000		500.000			750.000
länderübergreifend[4]	14.358.563	1.905.565	16.264.128	25.144.462	1.927.742	27.072.204	2.683.801	650.000	46.670.133
Summe	265.517.810	64.682.753	330.200.563	355.235.879	62.612.285	417.848.164	2.683.801	9.790.032	760.522.560

Quellen: AA, BMZ, BMVg, BMI

1 StP SOE: Stabilitätspakt Südosteuropa

2 StP AFG: Stabilitätspakt für Afghanistan

3 bis Februar 2003 Bundesrepublik Jugoslawien

4 bei humanitärer Hilfe des AA Mittel der Katastrophenvorsorge

Anlage 3

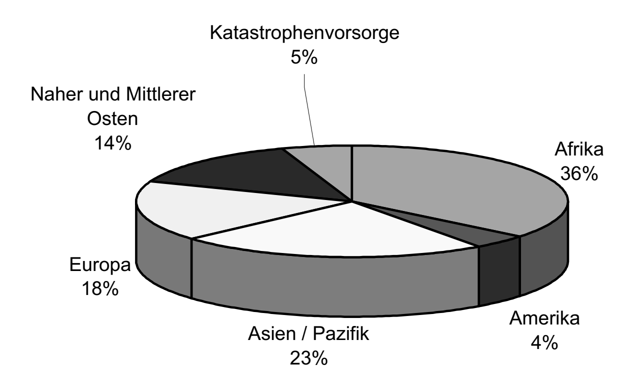
Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amts nach Regionen ohne Angaben für humanitäres Minenräumen (s. dazu Anlage 6)

Region	2002	2003	2004	2005	2002 - 2005
Afrika	17.693.753	16.768.000	30.465.414	30.478.973	95.406.140
Amerika	2.831.191	2.273.206	2.372.791	3.396.994	10.874.182
Asien / Pazifik	16.562.183	7.335.709	7.816.639	30.129.097	61.843.628
Europa	18.151.881	10.683.105	10.089.637	7.842.108	46.766.731
Naher und Mittlerer Osten	7.147.782	18.286.211	7.064.234	3.770.337	36.268.564
Katastrophenvorsorge	4.222.258	2.963.674	3.524.050	3.648.581	14.358.563
Gesamt	**66.609.048**	**58.309.905**	**61.332.765**	**79.266.090**	**265.517.808**

Herkunft der Haushaltsmittel

Humanitäre Hilfe (Titel 687 12)	37.412.172	39.350.571	40.946.862	55.104.413	172.814.019
Anti-Terror-Mittel	15.044.077				15.044.077
Sondermittel Darfur			9.678.000		9.678.000
Sondermittel Irak		9.987.447			9.987.447
Sondermittel Tsunami				16.175.219	16.175.219
Projektmittel UNWRA (Titel 687 35 UT 5)	2.863.000	2.863.000	2.838.000	2.748.000	11.312.000
Stabilitätspakt Südosteuropa	9.221.477	6.108.886	7.369.903	5.071.258	27.771.524
Stabilitätspakt Afghanistan	2.068.322	0	500.000	167.200	2.735.522
zugewiesene Mittel aus dem Bundeshaushalt, gesamt	66.609.048	58.309.905	61.332.765	79.266.090	265.517.808

Quelle: Auswärtiges Amt



Anlage 4

Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amts 2002 - 2005 nach Ländern ohne Katastrophenvorsorge (s. dazu Anlage 5) und humanitäres Minenräumen (s. dazu Anlage 6)

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
2002				
Algerien	Überschwemmung, Flüchtlingsversorgung	Wasser- und Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen; Matratzen, Decken, Schuhe und Heizgeräte für Flutkatastrophenopfer	3	361.053
Afghanistan	Nothilfe für Flüchtlinge und Binnenvertriebene, Winternothilfe, schlechte medizinische Versorgung	Nahrungsmittelnothilfe, Bereitstellung von Zelten, Decken, Öfen und Heizmaterial als Winternothilfe, Bereitstellung einer medizinischen Basisversorgung und Hilfe beim Rettungsdienstwesen, Schulspeisung und Hygienematerial, Notinstandsetzung von Schulen und Häusern, Brunnenbau, Unterstützung von Impfkampagnen, Entsendung eines Koordinators für humanitäre Hilfe nach Kabul, Bereitstellung von Flugdiensten	68	14.487.439
Albanien	Hochwasser	Lebensmittel, Hygieneartikel	1	40.600
Angola	Bürgerkrieg	Medizinische Notversorgung, dringend benötigte Verbrauchsgüter und Zusatznahrung für Binnenvertriebene, Unterstützung des Passagierflugdienstes, Bau von Latrinen, Notinstandsetzung von Wohnhütten	14	3.037.570
Argentinien	Notstand öffentl. Gesundheitswesen in Catamarca	Medikamente	1	146.529
Äthiopien	Dürre, Flüchtlinge aus Sudan	Medizinische und Nahrungsmittelnotversorgung	4	768.696
Bangladesch	Überschwemmungen	Lebensmittel, Medikamente, Kochgeschirr u.a.	3	275.327
Bolivien	Überschwemmungen	Notunterkünfte, Lebensmittel, Hausrat, Werkzeuge, Hygiene-Kits	1	78.541
Bosnien und Herzegowina	Folgen der Balkankriege	Häusernotinstandsetzungen und Instandsetzungen sozialer Einrichtungen, Lebensmittel, Hygieneartikel, Ausstattungshilfe und Winterhilfe	24	3.682.446
Brasilien	Hochwasserkatastrophe	Notunterkünfte, Matratzen, Bettwäsche, Hygiene-Kits, Hausrat	1	150.000
Bulgarien	Nothilfe für bedürftige Waisenkinder	Winterbekleidung	1	20.438
Burkina Faso	Meningitisepidemie	Medizinische Notversorgung, Impfkampagne	1	29.572
Burundi	Bürgerkrieg	Nothilfemaßnahmen für Vertriebene, insbesondere Kinder	1	87.200
China	Überschwemmungen	leere Sandsäcke	1	334.516
Côte d'Ivoire	Flüchtlinge aus Liberia, interne Unruhen	medizinische Nothilfe und Schutztätigkeiten	1	300.000
Ecuador	kolumbianische Flüchtlinge	Hilfs- und Schutzmaßnahmen	1	250.000
El Salvador	Erdbeben	Lebensmittel, Notunerkünfte, Matratzen	1	23.005
Eritrea	Grenzkonflikt, Dürre	Medizinische Versorgung, Zusatznahrung	2	86.254
Georgien	Tschetschenische Flüchtlinge, Binnenvertriebene	Schutz- und Hilfsmaßnahmen	2	945.770
Guinea	Gelbfieberepidemie	Medizinische Notversorgung	1	39.420
Honduras	Dengue-Epidemie	Medikamente	1	24.120
Indien	Erdbeben	Lebensmittelpakete	1	2.071
Indonesien	Überschwemmungen, Terroranschlag	Haushaltsgüter, Hygieneartikel, Plastikplanen, Medikamente	3	184.505

noch Anlage 4

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
Iran	Erdbeben, Afghanische und irakische Flüchtlinge	Trinkwassernotversorgung für Erdbebenopfer, medizinische Verbrauchsmaterialien, Medikamente und Prothesen für afghanische und irakische Flüchtlinge	2	506.470
Irak	Begleitmaßnahmen zum VN-Sanktionsregime	Beitrag zu VN-Wachmannschaften, medizinische Nothilfe, Kriegsopferversorgung, Schutztätigkeiten	2	750.000
Jamaika	Überschwemmungen	Lebensmittel, Hygiene-Sets, Decken, Kleidung	1	37.400
Jugoslawien, BR	Folgen der Balkankriege	Häusernotinstandsetzungen und Instandsetzungen sozialer Einrichtungen u. Gesundheitseinrichtungen, Lebensmittel, Hygieneartikel, Ausstattungshilfe und Winterhilfe, Schutztätigkeiten, Notinstandsetzung von Strom- und Wasserversorgungssystemen u.a.	30	7.855.313
Kambodscha	Brand	Werkzeugsets	1	7.673
Kenia	Flüchtlinge aus Somalia und Sudan	Verbrauchsgüter	1	500.000
Kolumbien	Binnenvertriebene	Nahrungsmittel, medizinische Versorgung, Hilfs- und Schutzmaßnahmen, Hygieneartikel, Hausrat	6	1.389.570
Kongo, Demokratische Republik	Bürgerkrieg, Vulkanausbruch	Decken, Notunterkünfte, Trinkwasserversorgung, Grundnahrungsmittel, medizinische Notversorgung, Unterstützung des Passagierflugdienstes	16	2.777.550
Kongo, Republik	Flüchtlinge aus der DR Kongo	Notversorgung	1	500.000
Korea, DVR	Notversorgung	Medikamente, Basisausrüstung für Hausärzte	2	223.041
Kroatien	Folgen der Balkankriege	Häusernotinstandsetzungen und Instandsetzungen sozialer Einrichtungen u. Gesundheitseinrichtungen, Lebensmittel, Hygieneartikel, Ausstattungshilfe und Winterhilfe, Schutztätigkeiten, Notinstandsetzung von Strom- und Wasserversorgungssystemen u.a.	10	1.983.772
Kuba	Wirbelsturm	Notbedachung für Wohnhäuser, Medikamente	2	299.166
Lesotho	Dürre	Notversorgung von Waisen, Alten und Kranken mit Grundnahrungsmitteln	1	142.640
Liberia	Bürgerkrieg	Nothilfe und Schutztätigkeiten	4	1.247.500
Madagaskar	Dürre	Medizinische Notversorgung und Zusatznahrung	3	219.941
Malawi	Überschwemmung, Dürre	Medizinische Notversorgung, Nahrungsmittelhilfe	8	737.060
Mali	Überschwemmung	Soforthilfe für Opfer der heftigen Regenfälle	1	20.000
Mauretanien	Überschwemmung	Trinkwassernotversorgung	1	34.453
Mazedonien	Rückkehrerhilfe	Häusernotinstandsetzungen, Lebensmittel, Hörgeräte	4	516.250
Mosambik	Zugunglück, Überschwemmung	Medizinische Notversorgung, Wasseraufbereitung	3	55.325
Nepal	Monsunflut	Decken, Kochgeschirr, Plastikplanen u.a.	1	149.600
Nicaragua	Wirbelsturm	Werkzeug, Lebensmittel	1	22.848
Niger	Malariaepidemie	medizinische Notversorgung	1	22.880
Nigeria	Choleraepidemie	medizinisches Verbrauchsmaterial	1	23.623
Pakistan	afgh. Flüchtlinge	Winterkleidung, Matratzen, Gesundheitsversorgung	2	154.549
Palästinensische Gebiete	Palästinensisch-israelischer Konflikt	Schutz- und Hilfsmaßnahmen	20	5.891.312
Panama	Hochwasser	Wasserfilter, -kanister, Bettwäsche	1	25.000
Papua Neuguinea	Erdbeben	Unterkunftsnothilfemaßnahmen	1	50.000
Peru	Brandkatastrophe, Schlammlawinen, Kältewelle	Medikamente, med. Versorgung, Lebensmittel, Hygieneartikel, Plastikplanen, Decken, warme Kleidung, Wellblechdächer	4	385.012
Ruanda	Flüchtlinge aus Burundi und DR Kongo, Rückkehrer, Meningitis	Medizinische Notversorgung, Nothilfe und Schutzmaßnahmen	4	668.219

noch Anlage 4

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
Russische Föderation	Binnenvertriebene, Tschetschenienkonflikt	Schutz- und Hilfsmaßnahmen, Schulspeisung, Lebensmittel- und Hygienepakete, Maßnahmen im Gesundheitswesen	9	2.245.898
Sambia	Dürre	Nahrungsmittelnotversorgung	2	207.256
Senegal	Überschwemmung	Nahrungsmittelhilfe	1	25.000
Sierra Leone	Flüchtlinge, Binnenvertriebene und Rückkehrer	Versorgung mit Haushaltsgegenständen und Plastikplanen sowie medizinische Grundausstattung eines Krankenhauses	3	828.646
Simbabwe	Dürre	Basismedizinische Grundversorgung, medizinische Verbrauchsgüter für Krankenhäuser, Zusatznahrung für Kinder, Nahrungsmittelnotversorgung	10	1.563.264
Somalia	Bürgerkrieg	Medizinische Nothilfe und Schutzmaßnahmen	3	913.764
Sri Lanka	Überschwemmungen, Binnenvertriebene	Lebensmittel, Palmdächer, Haushaltsets	2	290.000
Sudan	Bürgerkrieg, Binnenvertriebene, Überschwemmung	Nothilfe und Schutzmaßnahmen für Binnenvertriebene, Trinkwasserversorgung, medizinische Grundversorgung	6	959.505
Swasiland	Dürre	Nahrungsmittelnotversorgung	2	333.477
Tadschikistan	Zugangsverbesserung nach AFG, Erdbeben	Fähreinrichtung, Hygiene- und Haushaltsets	6	389.499
Tansania	Flüchtlinge aus Burundi und DR Kongo, Zugunglück	medizinische Nothilfe	2	524.856
Togo	Cholera- und Meningitisepidemie	medizinische Versorgung	2	24.290
Tonga	Wirbelsturm	Nahrungsmittel	1	13.965
Tschechische Republik	Überschwemmungen	Raum- und Wandtrocknungsgeräte, Gummistiefel, Decken u.a.	4	660.000
Türkei	(Binnen-)Flüchtlinge	Winterhilfe, Nahrungsmittel , Hygieneartikel	1	161.139
Uganda	sudanesische Flüchtlinge, Interne Unruhen	medizinische und materielle Notversorgung	5	654.740
Ukraine	Flugschaukatastrophe	Medikamente	1	30.000
Ungarn	Hochwasser	Matratzen, Lebensmittel, Hygieneartikel, Decken, Reinigungsmittel	1	10.255

2003

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
Algerien	Erdbeben, Flüchtlinge	medizinische und materielle Nothilfe, Versorgung von Westsahara-Flüchtlingen mit Zelten, Hygienesets, Trinkwasser, Nahrungsmitteln; Hilfsgütertransport für Erdbebenopfer, Hundestaffel zur Bergung der Erdbebenopfer	8	915.378
Afghanistan	Nothilfe für Flüchtlinge und Binnenvertriebene, Winternothilfe, schlechte medizinische Versorgung	Nahrungsmittelnothilfe, Bereitstellung von Notunterkünften, medizinische Basisversorgung, Verbesserung der Hygienebedingungen, Winternothilfe durch die Bereitstellung von Ausrüstungsgegenständen, Entsendung eines Koordinators für humanitäre Hilfe nach Kabul	22	4.546.955
Angola	Binnenvertriebene und Rückkehrer	Hygieneartikel, Zusatznahrung, medizinische Basisversorgung	4	617.200
Argentinien	Überschwemmungen	Hygiene-Kits, Decken, Matratzen, Hausrat	1	61.603
Äthiopien	eritreische Flüchtlinge, Überschwemmung, Erdrutsch	Umsiedlung eritreischer Flüchtlinge, medizinische Notversorgung und Zusatznahrung für Opfer der Überschwemmung und des Erdrutsches	5	976.263
Bolivien	schwere Schneefälle	Nahrungsmittel, Werkzeug, Baumaterial	1	87.000

noch Anlage 4

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
Bosnien und Herzegowina	Folgen der Balkankriege	Häusernotinstandsetzungen und Wohnungsneubau, Lebensmittel, Hygieneartikel, Ausstattungshilfe und Winterhilfe, Schutztätigkeiten, Notinstandsetzung von Strom- und Wasserversorgungssystemen u.a.	22	2.545.253
Brasilien	Dürre, Erdrutsche	Baumaterial, Lebensmittel, Wassereimer und -filter	2	244.688
Burundi	Bürgerkrieg	Nothilfemaßnahmen auf dem Ernährungs- und Gesundheitssektor	1	300.000
China	Flutkatastrophe	Decken	1	210.600
Côte d'Ivoire	Flüchtlinge, interne Unruhen	Nothilfe- und Schutzmaßnahmen	2	750.000
Dschibuti	Flüchtlinge aus Somalia	Plastikplanen, Eimer und Decken	1	12.000
Ecuador	kolumbianische Flüchtlinge	Lebensmittel, Hausrat, Decken, Zelte	1	250.000
Eritrea	Dürre	Zusatznahrung und Wassernotversorgung	5	877.776
Fidschi	Wirbelsturm	Trinkwasserversorgung	1	26.200
Gambia	Ernteverlust nach Überschwemmung	Nahrungsmittelhilfe	1	95.000
Georgien	Binnenvertriebene, Flüchtlinge	Schutz- und Hilfsmaßnahmen	2	750.000
Guinea	Flüchtlinge	Basismedizinische Gesundheitsversorgung	2	350.000
Haiti	Überschwemmungen	Lebensmittel, Medikamente	1	3.886
Indien	Überschwemmungen	Plastikplanen, Kochutensilien, Hygiene-Kits	2	376.320
Indonesien	Binnenvertriebene	Schutz- und Hilfsmaßnahmen	1	150.000
Irak	Folgen des Irak-Krieges	Trinkwasser- und Hygieneversorgung, medizinische Nothilfe und Basisausstattung für Gesundheitszentren, Spezialmedikamente, Kriegsopferversorgung, Flüchtlingsnotversorgung, Zusatzernährung für sozial Benachteiligte, Unterstützung von VN-Hilfsflügen	22	11.194.973
Iran	Flüchtlinge, Erdbeben	Medikamente, Bekleidung, Decken, Rettungshunde, Charterflug, Feldbetten	5	1.239.628
Kenia	Flüchtlinge aus Somalia und Sudan; Hochwasser	Decken, Plastikplanen, Moskitonetze, Haushaltsgegenstände, med. Basisversorgung, Wasserversorgung	2	594.940
Kolumbien	Binnenvertriebene	Medizinische Versorgung, Schutzmaßnahmen	2	1.300.000
Kongo, Demokratische Republik	Binnenvertriebene, interne Unruhen	Lebensmittel, Hausrat, Saatgut, medizinische Versorgung	11	1.967.041
Kongo, Republik	Flüchtlinge aus der DR Kongo, Ebola	Nahrungsmittel- und medizinische Notversorgung	2	280.911
Korea, DVR	Notversorgung	Medikamente, med. Basisausrüstungen	2	172.045
Kroatien	Folgen der Balkankriege	Häusernotinstandsetzung, Ausstattungshilfe und Winterhilfe	4	906.023
Liberia	Bürgerkrieg, ivorische Flüchtlinge und Rückkehrer	Basismedikamente, Hausrat, Decken, Liegematten, Errichtung von Brunnen und Latrinen, Schulspeisung	9	2.117.332
Madagaskar	Überschwemmung	Nahrungsmittelnothilfe, Verbrauchsgegenstände	2	59.426
Malawi	Überschwemmung, Flüchtlinge aus DR Kongo	Nahrungsmittelnothilfe, Saatgut, Basisgesundheitsversorgung	2	42.618
Mali	Überschwemmung	medizinische Nothilfe, Baumaterial für Notunterkünfte	2	82.500
Mosambik	Choleraepidemie	medizinische Versorgung	1	11.500
Namibia	Überschwemmung	Decken und Moskitonetze	1	26.775
Nepal	Flüchtlinge	Internat. Schutzmaßnahmen, Hilfsmaßnahmen	1	250.000

noch Anlage 4

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
Nigeria	Interne Unruhen, Flüchtlinge	medizinische Notvrsorgung, Baumaterial für die Erweiterung eines Flüchtlingslagers	2	79.453
Pakistan	Erdbeben, Überflutung, Flüchtlinge	Moskitonetze, Zelte, Winterbekleidung, Haushaltsgegenstände, Basisgesundheitsversorgung	3	594.401
Palästinensische Gebiete	palästinensisch-israelischer Konflikt	Schutz- und Hilfsmaßnahmen	10	5.851.610
Panama	Überschwemmungen	Medikamente	1	4.325
Peru	Kälteeinbruch, Leishmaniose-Erkrankungen	Medikamente, med. Verbrauchsmaterial, Decken, Hygiene-Kits, Lebensmittel	2	321.704
Philippinen	Binnenvertriebene	Nahrungsmittel, Medikamente	1	95.000
Russische Föderation	Binnenvertriebene, Tschetschenienkonflikt	Schutz- und Koordinierungsmaßnahmen, Winterkleidung, Unterkunftsmaßnahmen, Gesundheitsbereich	6	1.813.200
Salomonen	Zyklon	Treibstoff für Versorgungsschiff	1	2.216
Sambia	Dürre	Nahrungsmittelnotversorgung	1	88.000
Senegal	Überschwemmung	Notversorgung	1	150.000
Serbien und Montenegro	Folgen der Balkankriege	Häusernotinstandsetzungen und Instandsetzungen sozialer Einrichtungen u. Gesundheitseinrichtungen, Lebensmittel, Hygieneartikel, Ausstattungshilfe und Winterhilfe, Schutztätigkeiten, Notinstandsetzung von Strom- und Wasserversorgungssystemen u.a.	20	4.540.353
Simbabwe	Unterernährung, medizinische Versorgungsengpässe	Basismedizinische Gesundheitsversorgung, Decken, Nahrungsmittelnotversorgung, Hygieneartikel, Medikamente und Spezialnahrung für AIDS-Patienten	9	1.787.775
Somalia	Bürgerkrieg	Basismedizinische Gesundheitsversorgung	2	750.000
Sri Lanka	Binnenvertriebene, Flutkatastrophe	Schutzmaßnahmen, Gesundheitsmaßnahmen, Haushaltsgegenstände, Trinkwasserversorgung, Brunnenreinigung	2	774.111
Sudan	Bürgerkrieg, Überschwemmung	Nahrungsmittelnothilfe, Schutzmaßnahmen, Trinkwasserversorgung, Zelte, medizinische Notversorgung	9	1.257.690
Swasiland	Dürre	Schulspeisung, Nahrungsmittelnothilfe	3	407.764
Tadschikistan	Typhusausbruch	Bettzeug, Desinfektions- und Hygienemittel	1	11.361
Tansania	Flüchtlinge aus Burundi und DR Kongo	Haushaltsgegenstände, Gesundheitsversorgung	1	500.000
Tschad	Flüchtlinge aus Sudan	Zelte, Decken, Planen, Küchen- und Hygienesets	2	450.000
Türkei	(Binnen-)Flüchtlinge	Winterhilfe, Nahrungsmittel , Hygieneartikel	1	128.275
Uganda	Binnenvertriebene und Flüchtlinge, interne Unruhen	Decken, Hausrat, Nahrungsmittel, Hygiene	5	970.658
Vietnam	Überschwemmungen	Trinkwasser, Lebensmittel, Sanitär- und Hygienemaßnahen	2	126.500
Zentralafrikanische Republik	Bürgerkrieg	med. Basisversorgung, Trinkwasserversorgung, Nahrungsmittel, Hausrat	1	250.000

2004

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
Angola	Binnenflüchtlinge	Schulspeisungen	1	58.917
Afghanistan	Nothilfe für Flüchtlinge und Binnenvertriebene, Winternothilfe, schlechte medizinische Versorgung	Nahrungsmittelnothilfe, Bereitstellung von Notunterkünften, medizinische Basisversorgung, Verbesserung der Hygienebedingungen, Winternothilfe durch die Bereitstellung von Ausrüstungsgegenständen	24	4.086.410
Aserbaidschan	Flüchtlinge, Binnenvertriebene	medizinische Basisversorgung, Impfkampagne, Verteilung von Non-food-items, Schutzmaßnahmen, Wasser und sanitäre Einrichtungen	1	350.000

noch Anlage 4

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
Bangladesch	Überschwemmungen	Verteilung von Nahrungsmitteln, Medikamenten, Non-food-items	8	767.896
Bolivien	Überschwemmungen	Medikamente, Lebensmittel, Trinkwasser, Notinstandsetzung Häuser	1	65.000
Bosnien und Herzegowina	Folgen der Balkankriege	Häusernotinstandsetzung, Nahrungsmittel, Hygieneartikel, Winterhilfe, Ausstattungshilfe (Öfen, Betten u.ä.), Medikamente und Sanitätsmaterial	20	3.421.989
Brasilien	Überschwemmungen	Lebensmittel, Hängematten, Bettlaken, Küchensets, Wassereimer	2	224.718
Burkina Faso	Vermeidung einer Gelbfieberepidemie	Impfkampagne	1	31.969
Burundi	Folgen des Bürgerkriegs, Rückkehrer	Nothilfe-, Schutz- und Repatrierungsmaßnahmen	3	600.000
Côte d'Ivoire	Flüchtlinge, interne Unruhen	Nothilfe- und Schutzmaßnahmen	1	100.000
Dominikanische Republik	Überschwemmungen	Lebensmittel, Medikamente, Trinkwasser, Gasflaschen, Wassefilter, Wassereimer, Notunterkünfte	3	135.952
Ecuador	kolumbianische Flüchtlinge	Schutz- und Hilfsmaßnahmen	1	250.307
Eritrea	Unterernährung, Dürre, Binnenvertriebene	Verteilung von Nahrungsmitteln und Zelten, Nothilfemaßnahmen	2	263.480
Gambia	Flüchtlinge, Unterernährung	Nothilfemaßnahmen, Sicherung der Ernte	1	8.948
Georgien	Überschwemmungen, politische Konflikte	Verteilung von Nahrungsmitteln, Medikamenten, Non-food-items, Notunterkünfte, medizinische Basisversorgung, Wasser	3	496.849
Grenada	Wirbelsturm	Medikamente, Nahrungsmittel, Notunterkünfte	1	17.311
Guatemala	Mangelernährung	Lebensmittel, med. Material	2	9.652
Guinea	Flüchtlinge	Nothilfemaßnahmen, medizinische Basisversorgung	1	201.788
Haiti	innenpol. Unruhen, Überschwemmungen, Wirbelstürme	Not- und Schutzmaßnahmen, Lebensmittel, Medikamente, Kleidung, Trinkwasser, Küchensets, Notunterkünfte, Schlammbeseitigung	9	783.917
Indien	Überschwemmungen	Notversorgung mit Nahrungsmitteln, Trinkwasser, Medikamenten, Desinfektionsmitteln	2	232.150
Irak	Bekämpfung von Kriegsfolgen	Schutz- und Hilfsmaßnahmen, Basisgesundheitsversorgung, Wasserversorgung, Wiederaufbau von Gesundheitszentren	6	858.895
Iran	afghanische und irakische Flüchtlinge, Erdbeben	Basisgesundheitsversorgung, Bereitstellung von Toiletten- und Duschcontainern, Verteilung von Hygienepaketen	4	641.813
Jamaika	Wirbelsturm	Notinstandsetzung von Häusern	1	50.000
Japan	Erdbeben	Notunterkünfte	1	40.000
Kenia	somalische Flüchtlinge, Dürre, Unterernährung	Nothilfe- und Schutzmaßnahmen, Zusatznahrung, Wasserstrukturen, Verteilung von NFIs, medizinische Basisversorgung	3	765.548
Kolumbien	Binnenvertriebene	Lebensmittel, Hygiene-Kits, Haushaltsartikel, med. Betreuung, Notunterkünfte, med. Notversorgung und Schutzmaßnahmen	2	784.329
Kongo, Demokratische Republik	Folgen des Bürgerkriegs, Flüchtlinge, Binnenvertriebene, Rückkehrer	Nothilfe- und Schutzmaßnahmen, Verteilung von Nahrungsmitteln, NFIs, Medikamenten, Trinkwasser	9	1.713.110
Korea, DVR	Mangelernährung, medizinische Unterversorgung	Nahrungsmittelnotversorgung, Verbesserung der Gesundheitsversorgung durch Bereitstellung medizinischer Ausrüstung	5	1.223.548
Kroatien	Folgen der Balkankriege	Häusernotinstandsetzung, Ausstattungshilfe und Winterhilfe	4	1.125.183

noch Anlage 4

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
Liberia	Binnenvertriebene, Rückkehrer, Unterernährung	Schulspeisung, Nothilfe- und Schutzmaßnahmen, Verteilung von NFIs, medizinische Basisversorgung	7	1.758.076
Madagaskar	Wirbelsturm	Verteilung von NFIs, Wasser und Medikamenten an Sturmopfer	4	123.321
Marokko	Erdbeben	Verteilung von NFIs	2	72.209
Mauretanien	medizinische Versorgungsengpässe	zahnärztliche Notversorgung	1	8.700
Mazedonien	Folgen der Balkankriege	Häusernotinstandsetzung	1	209.320
Mosambik	Cholera-Epidemie	medizinische Nothilfe für Betroffene	1	69.603
Nepal	Bürgerkrieg, bhutanesische Flüchtlinge, Überschwemmung	Verteilung von Nahrungsmitteln, Non-food-items, Trinkwasser, medizinsche Versorgung, Wasser- und Sanitäranlagen	3	600.000
Nicaragua	Mangelernährung	Lebensmittel	1	25.000
Niue	Wirbelsturm	Bereitstellung von Non-food-items	1	9.853
Pakistan	afghanische Flüchtlinge	Basisgesundheitsversorgung, Bau von sanitären Einrichtungen	1	500.000
Palästinensische Gebiete	Konflikt zwischen Israel und Palästinenser	Hilfs- und Schutzmaßnahmen für die notleidende Bevölkerung der palästinensischen Gebiete	10	5.563.526
Paraguay	Brandkatastrophe	med. Notversorgung	1	14.815
Peru	Kältewelle	Decken, Medikamente, Kleidung, Werkzeug	2	11.790
Philippinen	Tropenstürme, Taifun	Verteilung von Non-food-items, Medikamenten, Ausrüstung von Gesundheitszentren, Trinkwasser	3	91.982
Russische Födera	Binnenvertriebene, Tschetschenienkonflikt; Opfer der Gesiselnahme in Beslan	Schutz- und Koordinierungsmaßnahmen, Winterkleidung, Unterkunftsmaßnahmen, Gesundheitsbereich, Nahrugsmittelhilfe, Transportkostenhilfe	6	1.295.610
Serbien und Montenegro	Folgen der Balkankriege	Notinstandsetzung von Häusern, einem Gesundheitszentrum, z.T. Strom- und Wasserversorgungssystemen, Nahrungsmittel, Hygieneartikel, Winterhilfe, Ausstattungshilfe (Öfen, Betten u.ä.), einkommensschaffende Maßnahmen, Unterstützung Flüchtlingslager, Zahnarztstühle	19	3.190.686
Simbabwe	Unterernährung, medizinische Versorgungsengpässe	Schulspeisung, Nahrungsmittelsicherung, medizinische Basisversorgung	4	796.349
Somalia	Dürre, Folgen des Bürgerkriegs	Trinkwassernotversorgung, Nothilfe- und Schutzmaßnahmen, Verteilung von NFIs, Medikamenten und therapeutischer Zusatznahrung	3	644.503
Sri Lanka	Tsunami	Trinkwasser	1	200.000
Sudan	Binnenvertriebene (insbes. Darfur-Krise)	Nothife- und Schutzmaßnahmen, Verteilung von Nahrungsmitteln und NFIs, medizinische Basisversorgung, Wasser- und Sanitärmaßnahmen, Errichtung und Ausstattung von Flüchtlingslagern	43	15.828.965
Swasiland	Nahrungsmittelknappheit	Schulspeisung	1	149.380
Tadschikistan	Überschwemmungen	Bekämpfung von Typhus, Trinkwasser	2	64.800
Tansania	Flüchtlinge	Nothilfe- und Schutzmaßnahmen, Verteilung von NFIs, medizinische Versorgung, Wasser- und Sanitärmaßnahmen	1	500.000
Tschad	Flüchtlinge aus der sudanesischen Darfur-Region	Nothife- und Schutzmaßnahmen, Verteilung von Nahrungsmitteln und NFIs, medizinische Basisversorgung, Wasser- und Sanitärmaßnahmen, Errichtung und Ausstattung von Flüchtlingslagern	12	4.757.414
Tunesien	Dienstreise	Dienstreise Arbeitsstab Humanitäre Hilfe	1	1.123

noch Anlage 4

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
Uganda	Binnenvertriebene, Flüchtlinge aus Sudan	Nothilfe- und Schutzmaßnahmen, Verteilung von Nahrungsmitteln, NFIs, Medikamenten, Trinkwasser	11	2.012.011
2005				
Angola	Epidemie des Marburg-Virus	medizinische Nothilfe für Betroffene	4	467.970
Afghanistan	Flüchtlinge und Binnenvertriebene, Winternothilfe, schlechte medizinische Versorgung	Nahrungsmittelnothilfe, Bereitstellung von Decken, Öfen und Heizmaterial als Winternothilfe, Bereitstellung einer medizinischen Basisversorgung und Medikamenten, Verbesserung der Wasserversorgung, Hilfe für zurückkehrende Flüchtlinge,	25	5.050.663
Argentinien	Überschwemmung	Lebensmittel, Trinkwasser, Bekleidung, Notinstandsetzung Häuser	1	21.545
Äthiopien	Flüchtlinge	Nothilfe- und Schutzmaßnahmen	1	200.000
Benin	Togoische Flüchtlinge	Nothilfe- und Schutzmaßnahmen	1	100.000
Bosnien und Herzegowina	Folgen der Balkankriege / Überschwemmung	Notinstandsetzungen, Teilwiederaufbau eines Sozialzentrums, einkommensschaffende Kleinmaßnahmen, Erstausstattungen (Betten, Geschirr, Öfen u.ä.), Winterhilfe (Lebensmittel, Brennholz, Hygieneartikel)	18	2.519.091
Burundi	Folgen des Bürgerkriegs, Rückkehrer	Nothilfe-, Schutz- und Repatrierungsmaßnahmen	1	1.000.000
Côte d'Ivoire	Flüchtlinge, interne Unruhen	Nothilfe- und Schutzmaßnahmen, Wasser- und Sanitärmaßnahmen für Binnenvertriebene	2	561.911
Dschibuti	Maßnahmen zur Dürrebekämpfung	Wassermaßnahmen	2	231.000
Ecuador	kolumbianische Flüchtlinge	Schutz- und Hilfsmaßnahmen	1	250.000
El Salvador	Erdrutsch, Wirbelsturm	Nothilfemaßnahmen, Lebensmittel, Küchensets und Hygiene-Kits	5	268.007
Eritrea	Unterernährung, Dürre	therapeutische Nahrungsmittelhilfe	2	259.554
Georgien	Überschwemmung, Maßnahmen für Flüchtlinge	Lebensmittel	3	501.379
Grenada	Wirbelsturm	Lebensmittel, Medikamente, Notunterkünfte	1	67.180
Guatemala	Mangelernährung	Lebensmittel	1	20.737
Guatemala	Wirbelsturm	Lebensmittel, Medikamente, Wasserfilter, Kleidung und Decken	7	519.541
Guinea	Wiederaufbau von Basisgesundheitsstrukturen nach Flüchtlingsmigrationen	medizinische Basisversorgung	1	119.601
Guinea-Bissau	Unterernährung	Schulspeisung und Medikamentenversorgung	2	66.159
Guyana	Überschwemmung	Wasserfilter, Moskitonetze, Küchensets	1	90.160
Haiti	Wirbelsturm	Lebensmittel, Trinkwasser, Notinstandsetzung Häuser	1	42.313
Honduras	Überschwemmung, Mangelernährung	Nothilfemaßnahmen, Transport von Saatgut	2	116.815
Indien	Tsunami	Nahrungsmittel, Haushaltsgegenstände, Notunterkünfte	3	616.380
Indonesien	Tsunami	Gesundheitsstation, Wasserversorgung, Sanitäre Anlagen, medizinische Versorgung, Nahrungsmittel, Haushaltsgegenstände, Notunterkünfte,	12	11.396.496
Irak	Nachkriegssituation	Medikamente und medizinisches Verbrauchsmaterial	1	91.337
Iran	Afghanische Flüchtlingslager	medizinische Versorgung	1	500.000
Kenia	interne Unruhen	medizinische Basisversorgung	1	10.000
Kolumbien	Binnenflüchtlinge	Schutz- und Hilfsmaßnahmen	2	800.315

noch Anlage 4

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
Kongo, Demokratische Republik	Folgen des Bürgerkriegs, Flüchtlinge, Binnenvertriebene, Rückkehrer	Nothilfe- und Schutzmaßnahmen, Verteilung von Nahrungsmitteln, NFIs, Medikamenten, Trinkwasser	17	5.106.630
Korea, DVR	medizinische Unterversorgung, kalter Winter	Medizinische Geräte, Winterkleidung,	2	939.670
Kroatien	Folgen der Balkankriege	Notinstandsetzungen, Erstausstattungen (Betten, Geschirr u.ä.), Winterhilfe (Lebensmittel, Brennholz, Hygieneartikel)	3	562.652
Liberia	Binnenvertriebene, Rückkehrer, Unterernährung	Schulspeisung, Nothilfe- und Schutzmaßnahmen, Verteilung von NFIs	4	1.216.950
Madagaskar	Überschwemmung	Hilfsgüterverteilung	1	27.398
Malawi	Unterernährung	Nahrungsmittelergänzung für besonders Bedürftige	2	384.955
Mauretanien	medizinische Versorgungsengpässe	zahnärztliche Notversorgung	1	9.800
Nepal	afg. +bhut. Flüchtlingslager	medizinische Versorgung, Wasserversorgung	2	550.000
Nicaragua	Mangelernährung	Lebensmittel	1	35.000
Niger	Unterernährung	Nahrungsmittelergänzung für besonders Bedürftige, therapeutische Nahrungsmittelhilfe, Basisgesundheitshilfe, Transporthilfe	9	1.551.771
Pakistan	Erdbeben, starke Schneefälle, afghanische Flüchtlinge	Feldlazarett, Notunterkünfte, Decken, Öfen, Winterkleidung, medizinische Versorgung, Verbesserung der Wasserversorgung, sanitäre Anlagen, Haushaltsgegenstände, Lebensmittel, Medikamente, Winterhilfe, Zelte,	29	7.296.546
Palästinensische Gebiete	Konflikt zwischen Israel und Palästinenser	Hilfs- und Schutzmaßnahmen für die notleidende Bevölkerung der palästinensischen Gebiete	3	3.179.000
Philippinen	Tsunami	Med. Versorgung, Trinkwasserversorgung	1	135.000
Rumänien	Überschwemmungen	Lebensmittel, Hygiene-, Desinfektionsartikel, Schlafsäcke, Matten, Abpump- und Brunnenreinigungsmaßnahmen	6	242.171
Russische Föderation	Flüchtlingslager, starke Schneefälle	Nothilfe und Schutzttätigkeiten in Nordkaukasus, Winterhilfe in Form von Lebensmittelhilfe	3	1.018.938
Sambia	Unterernährung	Schulspeisung	1	100.000
Serbien und Montenegro	Folgen der Balkankriege / Überschwemmung	Notinstandsetzungen. Lebensmittel, Hygienartikel, Brennholz, Ausstattungshilfen (Betten, Geschirr u.ä.)	20	2.997.877
Simbabwe	Unterernährung, medizinische Versorgungsengpässe	Nahrungsmittelergänzung für besonders Bedürftige, Basisgesundheitshilfe, NFI-Verteilung an Obdachlose	6	830.675
Somalia	Bürgerkriegsfolgen	Nothilfe- und Schutzmaßnahmen	2	839.396
Sri Lanka	Tsunami	Gesundheitsstation, Wasserversorgung, Sanitäre Anlagen, medizinische Versorgung, Nahrungsmittel, Haushaltsgegenstände, Notunterkünfte,	12	3.827.287
Sudan	Binnenvertriebene, Rückkehrer und einheimische bedürftige Bevölkerung (insbes. Darfur-Krise und Südsudan)	Nothife- und Schutzmaßnahmen, Verteilung von NFIs, medizinische Basisversorgung, Wasser- und Sanitärmaßnahmen, logistische Unterstützung durch Betrieb von Kfz-Werkstätten, therapeutische Nahrungsmittelhilfe	35	12.060.462
Swasiland	Nahrungsmittelknappheit	Nahrungsmittelergänzung für besonders Bedürftige	1	90.000
Tadschikistan	Schneefall/ Überschwemmung	Winterkleidung, Zelte	3	70.942
Tansania	Flüchtlinge	Nothilfe- und Schutzmaßnahmen	1	250.000
Togo	interne Unruhen	medizinische Basisversorgung	1	55.986

noch Anlage 4

Länder	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme	Zahl der Projekte	Betrag
Tschad	Flüchtlinge aus der sudanesischen Darfur-Region und aus der zentralafrikanischen Republik	Nothife- und Schutzmaßnahmen, Verteilung von NFIs, medizinische Basisversorgung, Wasser- und Sanitärmaßnahmen	8	3.779.319
Uganda	Binnenvertriebene	Nothilfe- und Schutzmaßnahmen, Verteilung von NFIs	4	1.159.437
Uruguay	Orkan	Notinstandsetzung von Häusern	1	40.981
USA	Wirbelsturm	Nothilfemaßnahmen	2	1.024.400
Venezuela	Überschwemmung	Wasserfilter mit Eimern, Hygiene-Kits und Küchensets	1	100.000
Vietnam	Taifun	Lebensmittel, Medikamente, Wasserversorgung	2	246.113

Quelle: Auswärtiges Amt

Anlage 5

Maßnahmen der Katastrophenvorsorge des Auswärtigen Amts 2002 - 2005

Institutionen	2002	2003	2004	2005	2002 - 2005
ISDR[1]-Sekretariat	621.424	729.436	809.311	1.182.675	**3.342.846**
DKKV[2]	396.141	638.000	474.300	381.300	**1.889.741**
Sonstiges[3]	331.554	142.827	204.226	624.298	**1.302.906**
Zwischensumme	1.349.119	1.510.263	1.487.837	2.188.273	**6.535.492**

Länderprojekte	2002	2003	2004	2005	2002 - 2005
Afghanistan	299.957	345.847	648.144	277.799	**1.571.747**
Bolivien	271.000				**271.000**
Bosnien u. Herzegowina	16.000				**16.000**
Brasilien	164.150				**164.150**
China	168.000				**168.000**
Ecuador		2.475			**2.475**
El Salvador		43.753			**43.753**
Guatemala	460.000	85.000			**545.000**
Honduras			96.668		**96.668**
IGAD-Region	191.000				**191.000**
Indien			180.000	65.000	**245.000**
Irak		123.052			**123.052**
Kambodscha	95.132				**95.132**
Kolumbien			182.000		**182.000**
Laos				21.800	**21.800**
Lateinamerika	50.300	50.300			**100.600**
Madagaskar	350.000	43.034			**393.034**
Mosambik	499.000	581.373			**1.080.373**
Nicaragua	138.600		197.356	275.000	**610.956**
Peru				241.912	**241.912**
Philippinen		75.000			**75.000**
SADC-Staaten			480.127		**480.127**
Sri Lanka				298.797	**298.797**
Sudan				100.000	**100.000**
Südafrika			48.670		**48.670**
Tadschikistan			176.615	180.000	**356.615**
Tunesien			26.633		**26.633**
Uganda	170.000				**170.000**
Vietnam		103.576			**103.576**
	2.873.139	1.453.410	2.036.213	1.460.308	**7.823.071**
Gesamt	**4.222.258**	**2.963.674**	**3.524.050**	**3.648.581**	**14.358.563**

Quelle: AA

1. International Strategy for Disaster Reduction: enthält auch Kosten Vorbereitung EWC III (27.-29.03.2006 in Bonn)

2 Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge

3 Konferenzen, Workshops, Training, Studien, Evaluierungen etc.; in de . .

Anlage 6

Projekte des humanitären Minenräumens des Auswärtigen Amts 2002 - 2005 nach Ländern

Land	2002	2003	2004	2005	2002 - 2005
Afghanistan	6.444.530	3.324.683	2.898.084	3.381.066	16.048.363
Ägypten			299.550		299.550
Albanien	300.000	300.000	300.000	400.711	1.300.711
Angola	1.628.969	2.217.329	2.308.807	2.084.243	8.239.348
Äthiopien	200.000	339.897	110.000	250.000	899.897
Bosnien u. Herzegowina	1.692.937	1.104.188	1.315.776	1.700.000	5.812.901
Burundi			132.000		132.000
DR Kongo				350.000	350.000
Eritrea	99.989		215.899	193.860	509.748
Georgien	160.040				160.040
Guinea-Bissau			521.709	89.782	611.491
Irak		2.773.521	632.742	612.554	4.018.817
Jemen	791.622	1.005.075	520.482	284.196	2.601.375
Jordanien				92.486	92.486
Kambodscha	1.018.489	555.267	670.000	663.000	2.906.756
Kolumbien				139.796	139.796
Kroatien	794.975	794.400	782.000	800.000	3.171.375
Laos	745.212	562.025	455.113	360.748	2.123.098
Libanon	27.872				27.872
Mosambik	912.007	800.000		13.390	1.725.397
Russische Föderation			130.000	260.558	390.558
Serbien u. Montenegro		426.943	890.872	600.000	1.917.815
Somalia	714.086			465.616	1.179.702
Sudan	502.151	400.000	450.000	1.985.197	3.337.348
Tschad	322.272				322.272
Tunesien	70.835	80			70.915
Uganda				220.000	220.000
Vietnam	1.162.217	966.538	974.678	1.064.123	4.167.556
Sonstiges[1]	373.434	458.621	435.531	637.979	1.905.565
Gesamt	**17.961.637**	**16.028.567**	**14.043.243**	**16.649.305**	**64.682.752**

Quelle: Auswärtiges Amt

Finanzierung aus Kapitel 0502 Titel 68723 sowie Kapitel 2302 Titel 89603 (Stabilitätspakte Südosteuropa und Afghanistan)

[1] Maßnahmen zur Unterstützung des Geneva International Center for Humanitarian Demining, des Survey Action Center, der International Campaign to Ban Landmines, Projektevaluierung

Anlage 7

Freiwillige nicht zweckgebundene Beiträge der Bundesrepublik Deutschland zu internationalen Organisationen 2002 - 2005 (in Mio. €)

Internationale Organisation	federführendes Ressort	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2002 - 2005**
UNHCR[1]	AA	5,113	5,113	4,850	4,800	19,876
UNRWA[2]	AA	3,206	3,120	2,520	2,500	11,346
OCHA[3]	AA				0,400	0,400
UNICEF[4]	AA	5,113	5,113	4,900	4,800	19,926
IKRK[5]	AA	1,279	1,279	1,200	1,100	4,858
WEP[6]	BMZ	23,008	23,008	23,008	23,008	92,032
Gesamt		37,719	37,633	36,478	36,608	148,438

Quelle: Bundeshaushalt

1 Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen

2 Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten

3 Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten

4 Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen

5 Internationales Komitee vom Roten Kreuz

6 Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen

Anlage 8

Leistungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für Nahrungsmittel-, Not- und Flüchtlingshilfe 2002 - 2005

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	Jahr	Kosten
Afghanistan	Nahrungsmittel- und Nothilfe in Sharistan	DCV[1]	2002	327.000
Afghanistan	Nahrungsmittelhilfe für Hazarajat	DCV	2002	200.000
Afghanistan	Winternothilfe für IDP's und zurückgekehrte Flüchtlinge in Kabul	DCV	2002	732.000
Afghanistan	Nahrungsmittelnothilfe zur Versorgung notleidender Bevölkerung (IKRK)	DRK[2]	2002	570.150
Afghanistan	Beistellung zum IESP[16]	DWHH[3]	2002	297.000
Afghanistan	Entwicklungsorientierte Nothilfe und Wiederaufbau in Afghanistan	GTZ[4]	2002	9.050.000
Afghanistan	Herstellung einer Basisinfrastruktur im ländlichen Schulwesen	HELP[5]	2002	499.825
Afghanistan	Repartiierung und Reintegration afghanischer Flüchtlinge	UNHCR[6]	2002	2.000.000
Afghanistan	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 5246 t Weizen	WEP[7]	2002	2.200.000
Afghanistan	Einsatz Entwicklungsbeauftragter für die Region Kunduz	BMZ[8]	2003	37.653
Afghanistan	Hilfsmaßnahme (Cash-for-work) zum Brücken- und Straßenbau in Torganak	DCV	2003	290.000
Afghanistan	Infrastrukturmassnahmen für Dürreopfer im Sharistan-Distrikt	DCV	2003	210.000
Afghanistan	Wiederaufbau von Schulen und Ambulanzen in Kandahar	Diakonie[9]	2003	500.000
Afghanistan	Bereitstellung von Unterkünften und Latrinen für Kriegsgeschädigte und Rückkehrer in der Provinz Nangarhar	DWHH	2003	600.000
Afghanistan	Rehabilitation und Aufbau kommunaler Infrastruktur	DWHH	2003	567.000
Afghanistan	Nothilfe in Kundus	GTZ	2003	1.400.000
Afghanistan	Unterstützung des Wiederaufbaus Afghanistan	GTZ	2003	1.250.000
Afghanistan	Beistellung zum ESP[16]	GTZ	2003	250.000
Afghanistan	8 Schulbauten in den Distrikten Quadis, Ab-Kamari und Quala-e-now	HELP	2003	500.000
Afghanistan	Verteilung von Saatgut und Dünger im Distrikt Shib Koh, Provinz Farah nach Sandsturmkatastrophe	HELP	2003	59.939
Afghanistan	Reintegrationsmaßnahmen für afghanische Rückkehrer	UNHCR	2003	1.500.000
Afghanistan	Nothilfe und Infrastrukturverbesserung (Cash- for Asset Creation: Straßen- und Klinikbau)	DCV	2004	270.000
Afghanistan	Rehabilitation, Bau und Ausstattung von 6 Grundschulen und Ausstattung des Lehrerseminars	DWHH	2004	500.000
Afghanistan	Rehabilitierung von Bewässerungskanälen	DWHH	2004	1.028.000
Afghanistan	Unterstützung des Wiederaufbaus in der Region Kundus	GTZ	2004	2.560.000
Afghanistan	Überregionaler Kleinprojektefonds	GTZ	2004	1.000.000
Afghanistan	Entsendung von Entwicklungsbeauftragten nach Afghanistan	GTZ	2004	752.851
Afghanistan	Verbesserung der Basisinfrastruktur im ländlichen Schulwesen	HELP	2004	620.000
Afghanistan	Gemeinschaftsforen als Friedenskapazitäten	Mediothek[10]	2005	100.000
Afghanistan	Ernährungssicherung, Trinkwasser und Infrastrukturverbesserung in Day Kundi / Zentralafghanistan	DCV	2005	400.000
Afghanistan	Gemeindeentwicklung in Ostafghanistan	DWHH	2005	570.000
Afghanistan	Wiederaufbau und Ausbau der Trinkwasserversorgung und sekundärer Bewässerungsstrukturen in ausgewählten ländlichen Regionen	DWHH	2005	500.000
Afghanistan	Bau und Ausstattung von fünf Grundschulen in Mazar-e-Sharif und der Provinz Balkh	DWHH	2005	460.000
Afghanistan	Unterstützung des Wiederaufbaus in ausgewählten Regionen Nordostafghanistans	GTZ	2005	1.700.000
Afghanistan	Überregionaler Kleinprojektefonds	GTZ	2005	1.000.000
Afghanistan	Unterstützung des Rückkehr- und Reintegrationsprozesses von Flüchtlingen und intern Vertriebenen in Afghanistan (Kombi-Finanzierung)	GTZ	2005	501.600
Afghanistan	Reintegration von demobilisierten Kindersoldaten	HELP	2005	400.000
Afrika na[17] (nur EL)[18]	Programm zur Unterstützung von Flüchtlingen und freiwilligen Rückkehrern aus den Regionen der großen Seen, des Horns von Afrika und Sudan (Kombi-Finanzierung)	GTZ	2005	2.365.000
Afrika na (nur EL)	Überregionale Nahrungsmittelnothilfe: Stärkung der Aufnahmekapazität ausgewählter Gemeinden für Flüchtlinge und Vertriebene	GTZ	2005	1.800.000
Afrika na (nur EL)	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 712 t Bohnen (Tansania) 1052 t Bohnen (Burundi), 994 t Mais (Ruanda) 665 t Bohnen (Ruanda)	WEP	2005	2.250.000
Afrika na (nur EL)	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung 1922 t Mais (Sambia), 579 t Mais (Mosambik - Norden), 641 t Mais (Mosambik - Süden)	WEP	2005	1.000.000
Afrika südlich der Sahara na (nur EL)	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 14532 t Corn-Soja-Blend und 8912 t Mais	WEP	2002	12.300.000
Albanien	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 500 t Weizenmehl, 150 t Öl und 100 t Salz	WEP	2002	373.404
Angola	Nahrungsmittel- und Nothilfe, Saatgut und landwirtschaftliches Gerät für Inlandsvertriebene und Kriegsopfer in sechs Provinzen	DCV	2002	672.585

noch Anlage 8

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	Jahr	Kosten
Angola	Nahrungsmittel- und Nothilfe, Saatgut und Werkzeug für Inlandsvertriebene und Kriegsflüchtlinge im Zentrum Angolas	DCV	2002	148.684
Angola	Nahrungsmittelnothilfe für vertriebene Familien in der Provinz Kwanza Sul	Diakonie	2002	245.000
Angola	Nothilfe für 3000 vertriebene Familien in der Provinz Kwanza Sul	Diakonie	2002	207.000
Angola	Nahrungsmittel- und Nothilfemaßnahme für intern Vertriebene in der Provinz Benguela	DWHH	2002	1.399.464
Angola	Nahrungsmittel- und Nothilfemaßnahmen für intern Vertriebene in der Provinz Bengo	DWHH	2002	1.362.744
Angola	Nahrungsmittel- und Nothilfemaßnahmen für intern Vertriebene in der Provinz Kwanza Sul	DWHH	2002	1.334.375
Angola	Nothilfemaßnahmen in der Provinz Moxico	DWHH	2002	334.990
Angola	Hilfsmaßnahmen des IKRK in Angola	IKRK[11]	2002	2.000.000
Angola	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 400 t Zucker und 608 t Pflanzenöl	WEP	2002	1.000.000
Angola	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 320 t Salz und 405 t Mais	WEP	2002	460.550
Angola	Saatgut und landwirtschaftliche Geräte in 6 Provinzen, "Nova Esperanca II"	DCV	2003	500.000
Angola	Nahrungsmittel und Rehabilitation von 3 Grundschulen in Pambangala	Diakonie	2003	500.000
Angola	Not- und Rehabilitationshilfe in der Provinz Bengo	DWHH	2003	500.000
Angola	Nothilfemaßnahmen in der Provinz Moxico	DWHH	2003	500.000
Angola	Nothilfemaßnahmen in der Provinz Benguela	DWHH	2003	479.000
Angola	Reintegrationsmaßnahmen für angolanische Rückkehrer	UNHCR	2003	1.500.000
Angola	Nothilfeprogramm "Nova Esperanca III" mit Saatgut und landwirtschaftlichem Gerät	DCV	2004	600.000
Angola	Nahrungsmittelhilfe und Rehabilitationsmaßnahmen in der Provinz Benguela	DWHH	2004	521.000
Angola	Nahrungsmittelhilfe in der Provinz Bengo	DWHH	2004	400.000
Angola	Rückkehr und Integration von angolanischen Flüchtlingen	UNHCR	2004	1.000.000
Angola	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 885 t Bohnen und 344 t Öl	WEP	2004	1.000.000
Angola	Rehabilitierung und Wiederaufbau	DWHH	2005	450.000
Angola	Nahrungsmittel- und Nothilfe, Reintegration und Wiederaufbau	GTZ	2005	400.000
Angola	Repatriation and Reintegration of Angolan Refugees in Angola	UNHCR	2005	1.000.000
Angola	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 200 t Zucker und 1423 t Mais	WEP	2005	750.000
Armenien	Beistellung zum IESP Kaukasus	GTZ	2002	522.000
Armenien	Beistellung zum IESP Kaukasus	GTZ	2003	400.000
Armenien	Beistellung zum IESP Kaukasus	GTZ	2004	300.000
Armenien	Beistellung zum IESP Kaukasus	GTZ	2005	200.000
Aserbaidschan	Beistellung zum IESP Kaukasus	GTZ	2002	522.000
Aserbaidschan	Beistellung zum IESP Kaukasus	GTZ	2003	500.000
Aserbaidschan	Beistellung zum IESP Kaukasus	GTZ	2004	300.000
Aserbaidschan	Beistellung zum IESP Kaukasus	GTZ	2005	200.000
Äthiopien	Nahrungsmittelnothilfe zur Linderung der Folgen einer Hungerkatastrophe (IFRC)	DRK	2002	580.000
Äthiopien	Beistellung zum IESP Ibnat und Belessa	DWHH	2002	1.129.300
Äthiopien	Nahrungsmittelhilfe und Food for work in Oromiya	DWHH	2002	515.000
Äthiopien	Nothilfe im Bereich Tiergesundheit und Wasserversorgung in der Afar Region	DWHH	2002	248.550
Äthiopien	Nahrungsmittelhilfe für das IESP Ibnat und Belessa	DWHH	2002	79.429
Äthiopien	Nahrungsmittelnothilfe für Hilfsmassnahmen des IKRK	IKRK	2002	1.000.000
Äthiopien	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 3858 t Weizen	WEP	2002	1.300.000
Äthiopien	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 2683 t Weizen	WEP	2002	1.000.000
Äthiopien	Nahrungsmittelhilfe für bäuerliche Familien in der Afar-Region	Diakonie	2003	500.000
Äthiopien	Nothilfe in Zuway Dugda	DWHH	2003	1.330.000
Äthiopien	Beistellung zum IESP Ibnat und Belessa	DWHH	2003	800.000
Äthiopien	Wasserversorgung Dubti und Eli Da'ar Woredas in Afar Region	DWHH	2003	390.000
Äthiopien	Food-for-Develpoment für Dürreopfer in Fentale, North Shoa Zone	DWHH	2003	260.000
Äthiopien	Food-for-work Adaba-Dodola	GTZ	2003	821.000
Äthiopien	Cash-for-work im Rahmen des IESP	GTZ	2003	677.000
Äthiopien	Nahrungsmittelnothilfe für Ost-Hararghe	MfM[12]	2003	1.300.000
Äthiopien	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 5315 t Weizen	WEP	2003	1.750.000
Äthiopien	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 490 t Corn-Soja-Blend	WEP	2003	250.000
Äthiopien	Nahrungsmittelnothilfe für ländliche Bevölkerung in Fedis Woreda	DRK	2004	300.000
Äthiopien	Beistellung für IESP Ibnat und Belessa	DWHH	2004	700.000
Äthiopien	Entwicklungsorientierte Nothilfe Ziway-Dugda	DWHH	2004	600.000
Äthiopien	Nothilfe für Dürreopfer im Kreis Fentale	DWHH	2004	300.000
Äthiopien	Nothilfe - Wasser und Tiergesundheit für Dürreopfer in der Afar Region	DWHH	2004	200.000
Äthiopien	Cash-for-work, Süd-Gondar	GTZ	2004	245.000

noch Anlage 8

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	Jahr	Kosten
Äthiopien	Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe in Ziway Dugba	DWHH	2005	800.000
Äthiopien	Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe in Ibnat & Belessa	DWHH	2005	600.000
Äthiopien	Übergangshilfe für Dürreopfer	DWHH	2005	260.000
Äthiopien	Unterstützung sudanesischer Flüchtlinge bei der Rückführung	UNHCR	2005	1.000.000
Äthiopien	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 1142 t Corn-Soja-Blend (CSB) / (FAMIX)	WEP	2005	500.000
Bolivien	Nothilfe zur Linderung der Folgen des Unwetters in La Paz und negativer Klimaentwicklung in der Provinz Belisario Boeto (nationales RK)	DRK	2002	703.000
Bolivien	Nothilfe-Programm Kältewelle Bolivien	GTZ	2002	227.000
Bolivien	Beistellung zum IESP "Rio San Pedro"	GTZ	2005	180.000
Bosnien-Herzegowina	Wiederaufbau von kriegszerstörten Wohneinheiten (StP SOE)	DCV	2002	500.000
Bosnien-Herzegowina	Reparatur von Wohnraum in der Region Foca	HELP	2002	500.000
Bosnien-Herzegowina	Reparatur von Wohnraum für rückkehrende Vertriebene	HELP	2003	500.000
Burundi	Nahrungsmittelhilfe zur Verbesserung der Ernährungssituation von Kriegs- und Dürreopfern im Norden	DWHH	2002	1.826.694
Burundi	Verbesserung der Ernährungssituation von Kriegs- und Dürreopfern im Norden Burundis	DWHH	2002	51.129
Burundi	Nahrungsmittelsoforthilfe für Kriegs- und Dürreopfer	DWHH	2003	807.000
Burundi	Wiederaufbau und Reintegration von Flüchtlingen	GTZ	2003	500.000
Burundi	Nahrungsmittelhilfe -Lieferung von 981 t Bohnen und 590 t Speiseöl (Programm Great Lakes)	WEP	2003	1.000.000
Burundi	Verbesserung der Ernährungslage von besonders bedürftigen Personen durch food for work	DWHH	2004	810.000
Burundi	Nahrungsmittelnothilfe Burundi	GTZ	2004	750.000
Burundi	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von jeweils 940 t Hülsenfrüchte, Mais und Corn-Soja-Blend, 550 t Öl und 125 t Salz	WEP	2004	2.000.000
Burundi	Verbesserung der Ernährungslage von besonders bedürftigen Personen durch Food for Work (Beistellung zum IESP)	DWHH	2005	600.000
Burundi	Beistellung zum IESP Burundi	GTZ	2005	300.000
Cote d'Ivoire	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 1359 t Reis	WEP	2002	1.000.000
Cote d'Ivoire	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 937 t Hirse, 638 t Mais, 120 t Bohnen, 122 t Öl, zusätzlich noch Hülsenfrüchte, Salz und Zucker	WEP	2004	1.000.000
Ecuador	Unterstützung von kolumbianischen Flüchtlingen und intern Vertriebenen	GTZ	2002	800.000
Ecuador	Nothilfe nach Vulkanausbruch	GTZ	2002	150.000
Ecuador	Unterstützung von kolumbianischen Flüchtlingen und intern Vertriebenen in Ecuador	GTZ	2002	5.080
Ecuador	Unterstützung von kolumbianischen Flüchtlingen und intern Vertriebenen	GTZ	2003	500.000
El Salvador	Wiederaufbau von Häusern nach Erdbeben in El Salvador	GTZ	2002	555.645
El Salvador	Nothilfe Hurrican "Stan"	GTZ	2005	200.000
Entwicklungsländer (regional na)	Studien- und Fachkräftefonds Nahrungsmittel-, Not- und Flüchtlingshilfe 2002	GTZ	2002	125.000
Entwicklungsländer (regional na)	Studien- und Fachkräftefonds Nahrungsmittel-, Not- und Flüchtlingshilfe 2001	GTZ	2002	79.473
Entwicklungsländer (regional na)	Studien- und Fachkräftefonds 'Nothilfe' 2003	GTZ	2003	200.000
Entwicklungsländer (regional na)	Studien- und Fachkräftefonds 'Nothilfe' 2004	GTZ	2004	160.000
Entwicklungsländer (regional na)	Verstärkung der WFP-Kapazität zur Verbesserung der Bedarfsanalysen	WEP	2004	130.000
Entwicklungsländer (regional na)	Überregionaler Kleinprojektefonds	GTZ	2005	1.600.000
Entwicklungsländer (regional na)	Studien- und Fachkräftefonds "Not- und Übergangshilfe"	GTZ	2005	610.189
Eritrea	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 3368 t Weizen	WEP	2002	1.000.000
Eritrea	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 3494 t Weizen	WEP	2002	1.000.000
Eritrea	Trinkwasser für 10.000 Menschen in der Anseba-Region	Diakonie	2003	332.000
Eritrea	Nahrungsmittelhilfe in der Region Maekel	Diakonie	2003	126.000
Eritrea	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 400 t Speiseöl und 1512 t Erbsen	WEP	2003	1.000.000
Eritrea	Verbesserung der Trinkwasserversorgung in der Region Südliches Rotes Meer	Diakonie	2004	324.000
Eritrea	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 1388 t Weizen	WEP	2004	500.000
Fragile Staaten Westafrika	Unterstützung der Rückführung und Reintegration von Flüchtlingen und intern Vertriebenen (Kombi-Finanzierung)	GTZ	2005	2.274.800
Georgien	Beistellung zum IESP Kaukasus	GTZ	2002	672.000

noch Anlage 8

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	Jahr	Kosten
Georgien	Nothilfe-Maßnahme in Georgien - Bereitstellung von Dünger für dürregeschädigte Kleinbauern	GTZ	2002	300.000
Georgien	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 70 t Hülsenfrüchten und 170 t Zucker	WEP	2002	123.246
Georgien	Beistellung zum IESP Kaukasus	GTZ	2003	400.000
Georgien	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 418 t Weizenmehl	WEP	2003	150.000
Georgien	Beistellung zum IESP Kaukasus	GTZ	2004	300.000
Georgien	Beistellung zum IESP Kaukasus	GTZ	2005	200.000
Guatemala	Nahrungsmittelhilfe für Dürreopfer	DWHH	2002	127.823
Guatemala	Rehabilitierung und Vorsorge - Dürreschäden in Guatemala	GTZ	2002	1.000.000
Guatemala	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 910 t Mais und 300 t Corn-Soja-Blend	WEP	2002	500.000
Guatemala	Nothilfe nach Wirbelsturm	GTZ	2005	200.000
Guinea	Unterstützung von sierraleonischen Flüchtlingen	GTZ	2002	1.260.000
Guinea	Unterstützung von sierraleonischen Flüchtlingen	GTZ	2002	169.391
Guinea	Beistellung zum IESP Guinea	GTZ	2002	51.129
Guinea	Beistellung zum IESP Guinea	GTZ	2003	500.000
Guinea	Unterstützung von sierraleonischen Flüchtlingen	GTZ	2003	500.000
Guinea	Beistellung zum IESP Guinea	GTZ	2004	750.000
Guinea	Beistellung zum IESP Guinea	GTZ	2005	750.000
Guinea	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 420 t Reis und 1129 t Hülsenfrüchten	WEP	2005	1.000.000
Haiti	Beistellung zum IESP "Anosa", 250 t Reis, 100 t Bohnen, 36,4 t Sojaöl	GTZ	2002	416.000
Haiti	Überwindung der anhaltenden Hungerkrise von Kleinbauernfamilien durch intensive Eigenproduktion von Grundnahrungsmitteln	Diakonie	2004	610.000
Haiti	Nothilfe und Wiederaufbau in den Katastrophengebieten Haitis	GTZ	2004	400.000
Haiti	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 835 t Reis, 100 t Corn-Soja-Blend, 50 t Bohnen, 48 t Öl, 10 t Salz	WEP	2004	500.000
Haiti	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 229 t Reis, 15 t Bohnen, 15 t Öl	WEP	2004	200.000
Honduras	Wiederaufbau und Katastrophenvorsoge im Departement Atlantida	GTZ	2002	1.000.000
Indonesien	Nahrungsmittelnothilfe für ärmste Bevölkerungsgruppen in 2 Provinzen	GTZ	2002	4.163
Indonesien	Not- und Übergangshilfe nach Tsunami	GTZ	2005	6.000.000
Indonesien	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 6000 t Reis, 1000 t stärkende Nudeln und 1000 t Biskuits	WEP	2005	5.971.077
Irak	Bereitstellung von Inkubatoren	GTZ	2003	40.000
Irak	Wasser- und Sanitärmassnahmen	IKRK	2003	2.000.000
Irak	Flüchtlingstransport und Versorgung	UNHCR	2003	2.000.000
Irak	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 14570 t Weizenmehl (Lieferung über türkischen Korridor)	WEP	2003	6.000.000
Iran	Wiederaufbau von Schulen nach dem Erdbeben	GTZ	2002	637.000
Iran	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 2663 t Weizen	WEP	2002	503.350
Iran	Wiederaufbau von Schulen	GTZ	2003	390.000
Kaukasus na (nur EL)	Nahrungsmittelnothilfe Südkaukasus	GTZ	2004	250.000
Kenia	Nahrungsmittelsicherheit und Konfliktbearbeitung in der Region Tana River (IKRK)	DRK	2002	249.322
Kenia	Flüchtlingshilfe Kenia	UNHCR	2002	1.733.985
Kenia	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 2930 t Mais	WEP	2003	1.000.000
Kenia	Nahrungsmittelnothilfe im Umfeld der Flüchtlingslager	GTZ	2004	750.000
Kenia	RESCUE IV (Rational Energy Supply Conservation, Utilization and Education in Kenya)	UNHCR	2004	800.000
Kenia	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 836 t Hülsenfrüchten, 270 t Unimix	WEP	2004	500.000
Kirgisistan	Beistellung zum IESP Kaukasus	GTZ	2003	400.000
Kolumbien	Unterstützung von intern Vertiebenen in Kolumbien	GTZ	2002	529.083
Kolumbien	Nahrungsmittelnothilfe	GTZ	2002	520.000
Kolumbien	Nothilfe für Erdbebenopfer in Kolumbien	GTZ	2002	19.787
Kolumbien	EON zur Ernährungssicherung	Diakonie	2003	250.000
Kolumbien	Unterstützung rückkehrender Flüchtlinge und Vertriebener	GTZ	2003	500.000
Kolumbien	Nahrungssicherung für Inlandsvertriebene und / oder von Vertreibung gefährdete ländliche und städtische Gemeinden und Familien	DCV	2004	300.000
Kolumbien	Nahrungsmittelnothilfe Kolumbien	GTZ	2004	250.000
Kolumbien	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 345 t Reis, 225 t Öl, 85 t Wheat Floor, 40 t Zucker und 36 t Erbsen	WEP	2004	537.000
Kolumbien	Ernährungssicherungsprogramm für Gewaltvertriebene, Rückkehrer und Risikogruppen in der Region Nororiente	DCV	2005	300.000
Kolumbien	Wiederherstellung der Lebensgrundlagen von kriegsvertriebenen Bauern in marginalen städtischen Gebieten durch Eigenproduktion von Nahrungsmitteln psychosoziale Maßnahmen zur Wiederherstellung sozialer Netze	Diakonie	2005	330.000

noch Anlage 8

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	Jahr	Kosten
Kolumbien	Reintegration von intern vertriebenen Kindern und Jugendlichen in der Eje Cafetero	GTZ	2005	700.000
Kolumbien	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 470 t Reis; 33,3 t Pflanzenöl, 97 t Zucker, 203 t Bohnen und 14 t Salz	WEP	2005	500.000
Kongo, Demokratische Republik	Nahrungsmittelnothilfe - Saatgut und Material für zwei Provinzen	DCV	2002	603.200
Kongo, Demokratische Republik	Nahrungsmittelnothilfe für die besonders bedürftige Bevölkerung im Nord-Kivu / 446 t Maniok, 167 t Mais, 56 t Reis, 223 t Bohnen, 81 t Öl, 50 t Zucker und 9 t Salz	DWHH	2002	293.345
Kongo, Demokratische Republik	Nahrungsmittelnothilfe zur ländlichen Rehabilitation Nord-Kivu / Butembo	DWHH	2002	279.558
Kongo, Demokratische Republik	Nahrungsmittelnothilfe für Flüchtlinge der Vulkankatastrophe	DWHH	2002	200.000
Kongo, Demokratische Republik	Nahrungsmittel- und Materialhilfe Nord-Kivu, Goma	DWHH	2002	52.400
Kongo, Demokratische Republik	Nahrungsmittelnothilfe zur kurzfristigen Ernährungssicherung notleidender Gruppen	GTZ	2002	523.000
Kongo, Demokratische Republik	Nahrungsmittelnothilfe für die notleidende Bevölkerung in Kinshasa und den Provinzen Bas-Congo und Bandandu	GTZ	2002	238.533
Kongo, Demokratische Republik	Flüchtlingshilfe für angolanische Flüchtlinge in COD	UNHCR	2002	1.723.815
Kongo, Demokratische Republik	Nahrungsmittelnothilfe für Vulkanopfer (NM-Pakete)	WEP	2002	500.000
Kongo, Demokratische Republik	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 493 t Maismehl und 148 t Zucker	WEP	2002	500.000
Kongo, Demokratische Republik	Saatgut, landwirtschaftliches Gerät und Fischereiausrüstung, Kindu u.a.	DCV	2003	500.000
Kongo, Demokratische Republik	Finanzierung von Nahrungsmitteln, Saatgut und landwirtschaftlichem Gerät für Bürgerkriegsopfer in der Provinz Süd-Kivu	DCV	2003	356.494
Kongo, Demokratische Republik	Wiederansiedlung von Flüchtlingen in der Equateur-Provinz	GTZ	2003	500.000
Kongo, Demokratische Republik	Wiederansiedlung von Flüchtlingen	GTZ	2003	400.000
Kongo, Demokratische Republik	Reintegration von Vertriebenen in den Regionen Basankusu und Budjala	DCV	2004	500.000
Kongo, Demokratische Republik	Nahrungsmittel, Saatgut + landwirtschaftl. Gerät für Bürgerkriegsopfer	DCV	2004	300.000
Kongo, Demokratische Republik	Entwicklungsorientierte Nothilfe für kriegsgeschädigte Bevölkerung im Osten der DR Kongo	Diakonie	2004	400.000
Kongo, Demokratische Republik	Rehabilitierung sozialer Infrastruktur Nordkivu	DWHH	2004	373.000
Kongo, Demokratische Republik	NM und Materialhilfe für Demokratische Republik Kongo	DWHH	2004	100.000
Kongo, Demokratische Republik	Nahrungsmittelnothilfe Kinshaa, Bas-Congo und Bandundu	GTZ	2004	500.000
Kongo, Demokratische Republik	Nahrungsmittelhilfe Bukavu / Ost-Kongo	GTZ	2004	500.000

noch Anlage 8

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	Jahr	Kosten
Kongo, Demokratische Republik	Rehabilitierung in ausgewählten Gemeinden und Reintegration von Rückkehrern	GTZ	2004	500.000
Kongo, Demokratische Republik	Wasser und Unterkünfte für Kriegsbetroffene	IKRK	2004	400.000
Kongo, Demokratische Republik	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 1000 t Getreide, 467 t Corn-Soja-Blend, Salz und Zucker	WEP	2004	1.000.000
Kongo, Demokratische Republik	Finanzierung von Nahrungsmitteln, Saatgut und landwirtschaftlichem Gerät zur Reintegration von Kriegsopfern	DCV	2005	600.000
Kongo, Demokratische Republik	Finanzierung von Nahrungsmitteln, Saatgut und landwirtschaftlichem Gerät für Rückkehrer aus Tansania und Vertriebene in der Region Uvira, Provinz Süd-Kivu	DCV	2005	400.000
Kongo, Demokratische Republik	Entwicklungsorientierte Nothilfe für von Krieg und Gewalt betroffene Menschen im Osten der Republik	Diakonie	2005	400.000
Kongo, Demokratische Republik	Förderung der sozioökonomischen Entwicklung und Konfliktminderung	DWHH	2005	750.000
Kongo, Demokratische Republik	Rehabilitierung und Reintegration von Rückkehrern	GTZ	2005	400.000
Kongo, Demokratische Republik	Nahrungsmittelnothilfe Kinshasa	GTZ	2005	350.000
Kongo, Demokratische Republik	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 2000 t Getreide (MML), 850 t Bohnen (Eastern Corridor), 1110 t Getreide (MML), 600 t Bohnen, 350 t Corn-Soja-Blend (Matadi Corridor)	WEP	2005	3.000.000
Kongo, Republik	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 1495 t Reis und 100 t Salz	WEP	2002	1.000.000
Korea (DVR)	Nahrungsmittelnothilfe und Ernährungsverbesserung in der Provinz Nord-Pyong'an	DWHH	2002	1.674.200
Korea (DVR)	Nahrungsmittelnothilfe durch Schulspeisung für Grundschüler in der Provinz Nord Pyong'an	DWHH	2002	1.051.000
Korea (DVR)	Schulspeisung für die von Dürre betroffenen Grund- und Mittelschüler in der Provinz Hwanghae Süd	DWHH	2002	336.379
Korea (DVR)	Förderung des Süßkartoffelanbaus und Rehabilitation landwirtschaftlicher Werkstätten in der Provinz Hwanghae Süd	DWHH	2002	102.184
Korea (DVR)	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 2792 t Zucker und Transportkosten für weitere 1000 t Zucker aus Kuba	WEP	2002	1.500.000
Korea (DVR)	Nahrungsmittelnothilfe durch Speisung von Kindergartenkindern in der Provinz Nord-Pyong'an	DWHH	2003	1.478.000
Korea (DVR)	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 14912 t Weizen	WEP	2003	3.000.000
Korea (DVR)	Nahrungsmittelnothilfe durch Speisung für Kindergarten- und Schulkinder in der Provinz Nord Pyong'an	DWHH	2004	1.061.000
Korea (DVR)	Nothilfe für die Opfer des Zugunglückes	DWHH	2004	100.000
Korea (DVR)	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 5884 t Weizen	WEP	2004	1.500.000
Korea (DVR)	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 2899 t Weizen	WEP	2004	750.000
Korea (DVR)	Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung der städtischen Bevölkerung durch Steigerung des Gemüseanbaues in Gewächshäusern und ausgewählter Lebensmittelverteilung	DWHH	2005	72.180
Korea (DVR)	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 891 t Pflanzenöl	WEP	2005	500.000
Kroatien	Rehabilitierung von Wohnraum (StP SOE)	GTZ	2000	22.916
Kuba	Nahrungsmittelhilfe und Verbesserung der Grundnahrungsmittelproduktion für Opfer des Hurricane "Michelle"	DWHH	2002	998.900
Kuba	Verbesserung der Grundnahrungsmittelsituation nach Naturkatastrophen	DWHH	2003	310.000
Kuba	Wiederherstellung von sozialer und produktiver Infrastruktur nach Wirbelsturm "Dennis"	DWHH	2005	350.000
Laos	Nahrungsmittelnothilfe in Überschwemmungsgebieten	GTZ	2002	658.000
Laos	Nahrungsmittelnothilfe für die von den Auswirkungen der Überschwemmung betroffene Bevölkerung im Süden	GTZ	2002	73.937
Laos	Nothilfe zur Minderung von negativen Auswirkungen der Umsiedlungsprozesse	GTZ	2004	120.000
Lesotho	Nahrungsmittelnothilfe Dürre-Katastrophe 2002 (IFRC)	DRK	2002	920.245
Lesotho	Nahrungsmittelnothilfe zur Linderung der Folgen der Dürrekatastrophe	DRK	2003	330.000
Lesotho	Nahrungsmittelnothilfe für besonders bedürftige Menschen	DRK	2003	170.000

noch Anlage 8

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	Jahr	Kosten
Lesotho	Dürre Lesotho 2004 - Nahrungsmittel- und Saatguthilfe für Waisen und bedürftige Kinder	DRK	2004	250.000
Lesotho	Nothilfe für Waisen und bedürftige Kinder	DRK	2005	350.000
Liberia	Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Transportkosten von 25 LKWs	BMVg[13]	2003	122.315
Liberia	Nothilfe- und Wiederaufbaumaßnahmen in Liberia	GTZ	2003	1.800.000
Liberia	Nahrungsmittel, Saatgut und landwirtschaftliche Geräte zur Wiederansiedlung liberianischer Bürgerkriegsflüchtlinge	DCV	2004	300.000
Liberia	Wiederansiedlung von Bürgerkriegsflüchtlingen	DWHH	2004	723.000
Liberia	Nothilfe Liberia: Unterstützung der Rückführungen und Reintegration liberianischer Flüchtlinge (Kombi-Finanzierung)	GTZ	2004	600.000
Liberia	Wiedereingliederung von Bürgerkriegsflüchtlingen	DCV	2005	305.000
Liberia	Gemeinwesenorientierte Unterstützung bei der Wiedereingliederung der zurückkehrenden Bevölkerung im Südosten Liberias	Diakonie	2005	400.000
Liberia	Wiederansiedlung von Bürgerkriegsflüchtlingen, Phase II	DWHH	2005	450.000
Liberia	Ergänzende Wiederaufbaumaßnahmen in Lofa County	GTZ	2005	400.000
Liberia	Unterstützung des Wiederaufbaus von Western Lofa	GTZ	2005	200.000
Madagaskar	Nahrungsmittelhilfe - 400 t Reis, 50 t Bohnen; 30,5 t Saatgut für Dürreopfer	GTZ	2000	2.034
Malawi	Nahrungsmittelhilfe für Malawi (Mais)	Diakonie	2002	777.000
Malawi	Nothilfe zur Verbesserung der Nahrungsmittelsicherheit (Dürre) (nationales RK)	DRK	2002	498.000
Malawi	Nahrungsmittelnothilfe in Dürregebieten Malawis	GTZ	2002	1.200.000
Malawi	Beistellung zum ESP in Malawi	GTZ	2002	185.294
Malawi	Nahrungsmittelnothilfe - 800 t Weißmais und Werkzeug	GTZ	2002	51.129
Malawi	Nahrungsmittelnothilfe Malawi	GTZ	2003	552.000
Malawi	Nahrungsmittelnothilfe Mulanje - 450 t Mais	GTZ	2003	192.000
Malawi	Begleitmassnahme zu Nahrungsmittelnothilfe in Mulanje	GTZ	2003	186.000
Malawi	Nahrungsmittelnothilfe zur Schulspeisung in Malawi	GTZ	2005	500.000
Malediven	Nahrungsmittelnothilfe - Lieferung von 530 t Reis und 80 t Dosenfisch	WEP	2005	498.906
Mali	Nahrungsmittelhilfe für Timbuktu West und Dogonland	DWHH	2002	843.300
Mali	Nahrungsmittelnothilfe Mali	GTZ	2002	450.000
Mali	Nahrungsmittelhilfe und Saatgutverteilung für 29 Gemeinden in der Region Mopti und der Region Timbuktu	DWHH	2003	1.124.000
Mali	Nahrungsmittelnothilfe - Programm "Mali-Nord"	GTZ	2003	1.200.000
Mali	Nahrungsmittelnothilfe Mali, Durchführungskosten für BMZ-PNr. 2002.3898.0	GTZ	2003	150.000
Mali	Nahrungsmittelhilfe für 34 Gemeinden	DWHH	2005	1.050.000
Mali	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 847 t Getreide	WEP	2005	500.000
Mauretanien	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 1166 t Weizen	WEP	2002	500.000
Mauretanien	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 1012 t Reis	WEP	2005	500.000
Mazedonien	Implementierung von schnell wirkenden Maßnahmen für Flüchtlinge und Vertriebene in Mazedonien	UNHCR	2002	1.000.000
Mosambik	Nothilfe für Dürreopfer in der Provinz Inhambane	DWHH	2002	161.140
Mosambik	Wiederansiedlung von Flutopfern im Distrikt Chinde, Provinz Zambesia	DWHH	2002	18.304
Mosambik	Verteilung von Zusatznahrung an von der Dürre besonders betroffene Bevölkerungsgruppen	DRK	2003	284.000
Mosambik	Nothilfemassnahmen in der Provinz Inhambane	DWHH	2003	430.000
Mosambik	Nothilfemaßnahme für Dürreopfer im Distrikt Chinde	DWHH	2004	290.000
Mosambik	Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe für Dürreopfer	DWHH	2005	450.000
Mosambik	Nothilfemaßnahme in der Provinz Inhambane	DWHH	2005	150.000
Myanmar	Nahrungsmittelnothilfe für Kinder und schwangere / stillende Frauen sowie Rehabilitationsmaßnahmen	DWHH	2004	537.978
Myanmar	Wasser- und Sanitärmaßnahmen in Myanmar	IKRK	2004	300.000
Myanmar	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 3773 t Reis, 350 t Hülsenfrüchte, 50 t Salz	WEP	2004	600.000
Myanmar	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 1327 t Reis	WEP	2004	400.000
Myanmar	Nahrungsmittelversorgung für Schulkinder sowie Maßnahmen zur sozialen Mindestversorgung in benachteiligten Stadtteilen von Rangun	DWHH	2005	550.000
Myanmar	Assistance Activities in Myanmar 2005	IKRK	2005	300.000
Myanmar	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 100 t Hülsenfrüchten und 25 t Öl	WEP	2005	417.938
Myanmar	Nahrungsmittelnothilfe - Lieferung von 1070 t Reis	WEP	2005	380.000
Nepal	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 2494 t Reis als Beistellung zum Länderprogramm	WEP	2002	1.000.000
Nepal	Nothilfe für Konfliktregionen in Nepal	GTZ	2003	300.000
Nepal	Nahrungsmittelnothilfe im Rahmen des Projektes Rukum / Rolpa	GTZ	2004	250.000
Nepal	Beistellung zum IESP	GTZ	2004	250.000

noch Anlage 8

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	Jahr	Kosten
Nepal	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 1251 t Reis, 180 t Hülsenfrüchte, 80 t Öl, 30 t WSB, 50 t Zucker und 40 t Salz	WEP	2004	500.000
Nepal	Beistellung zum IESP "Rukum + Rolpa"	GTZ	2005	700.000
Nicaragua	Nahrungsmittelhilfe für Dürreopfer	DWHH	2002	127.823
Nicaragua	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 810 t Corn-Soja-Blend, 400 t Reis, 380 t Bohnen, 300 t Mais, 200 t Öl	WEP	2004	1.000.000
Niger	Nahrungsmittelnothilfe - 1415 t Hirse und 200 t Bohnen	GTZ	2002	969.000
Niger	Nahrungsmittelnothilfe	GTZ	2003	416.008
Niger	Nahrungsmittelnothilfe zur Linderung der Folgen der Dürre und der Heuschreckenplage im Niger	DRK	2005	650.000
Niger	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 1000 t Reis und 280 t Hülsenfrüchte	WEP	2005	750.000
Niger	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 1300 t Sorghum, 10 t Bohnen	WEP	2005	500.000
Pakistan	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 5500 t Weizen und 146 t Salz	WEP	2002	1.500.000
Pakistan	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 4300 t Weizen, 422 t Speiseöl, 422 t Bohnen für afghanische Flüchtlinge	WEP	2003	1.500.000
Pakistan	Not- und Übergangshilfe nach dem Erdbeben	GTZ	2005	500.000
Pakistan	Nahrungsmittelnothilfe - Lieferung von Weizen (Twinning, Übernahme der Transportkosten)	WEP	2005	500.771
Palästinensische Gebiete	Nahrungsmittelhilfe für Konfliktopfer im Gaza-Streifen	DCV	2002	500.000
Palästinensische Gebiete	Nahrungsmittelnothilfe zur Versorgung der notleidenden Bevölkerung (IKRK)	DRK	2002	530.500
Palästinensische Gebiete	Nahrungsmittelnothilfe für palästinensische Flüchtlinge im Gazastreifen und der Westbank	UNRWA[14]	2002	1.500.000
Palästinensische Gebiete	Nahrungsmittelnothilfe für palästinensische Flüchtlinge	UNRWA	2003	1.000.000
Palästinensische Gebiete	Transport für 1000 t Reis (aus Bangladesch)	WEP	2003	207.068
Palästinensische Gebiete	Finanzierung von Zusatzernährung für Kinder, Kranke und ältere Menschen im Westjordanland	DCV	2004	485.000
Palästinensische Gebiete	Nahrungsmittelnothilfe zur Versorgung der notleidenden Bevölkerung in der Region Hebron, in den besetzten und autonomen Gebieten in Israel	IKRK	2004	520.000
Palästinensische Gebiete	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 2548 t Weizenmehl	WEP	2004	1.000.000
Palästinensische Gebiete	Baumaßnahmen von zwei Gemeinschaftszentren des Palästinensischen Roten Halbmonds in Jericho und Tubas	DRK	2005	300.000
Peru	Verbesserung der Wasserversorgung Pachacutec (Lima)	DWHH	2002	304.436
Peru	Wiederaufbauhilfe Moquegua - Bau von weiteren 25 Häusern	DWHH	2002	165.000
Peru	Wiederaufbau (Erdbebenhilfe) Peru	GTZ	2002	512.162
Peru	Nothilfe Kältewelle Peru	GTZ	2002	304.000
Peru	Sicherstellung von Wohnraum für vertriebene Familien	DWHH	2004	570.000
Philippinen	Rehabilitierung der Trinkwasserversorgung	GTZ	2004	318.000
Ruanda	Nahrungsmittelhilfe - 1700 t Erbsen und 135 t Speiseöl für Inhaftierte in ruandischen Gefängnissen (IKRK)	DRK	2002	90.707
Ruanda	Nahrungsmittelnothilfe Ruanda	GTZ	2004	200.000
Ruanda	Beistellung zum IESP Ruanda	GTZ	2005	700.000
Sambia	Nahrungsmittelhilfe und Beitrag zur Nahrungsmittelverfügbarkeit im nächsten Jahr für 800 Familien in vier Distrikten im Osten Sambias	Diakonie	2002	410.000
Sambia	Nahrungsmittelnothilfe in den Distrikten Kapiri Mposhi und Choma (IFRC)	DRK	2002	510.882
Sambia	Nahrungsmittelhilfe Sambia	GTZ	2002	1.550.000
Sambia	Nothilfe für kongolesische Flüchtlinge in Sambia	UNHCR	2002	1.400.000
Sambia	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 1731 t Hülsenfrüchte, 252 t Salz und 220 t HEPS (Protein-Zusatz)	WEP	2002	1.500.000
Sambia	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 100 t HEP (High Energy Protein) und 2592 t Mais	WEP	2002	1.050.000
Sambia	Beitrag zur Ernährungssicherung für 1000 Familien in 5 Distrikten im Osten	Diakonie	2003	311.800
Sambia	Nahrungsmittelnothilfe Sambia	GTZ	2003	1.000.000
Sambia	Nahrungsmittelnothilfe Sambia	GTZ	2004	400.000
Sambia	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 130 t Palmenöl, 500 t Mais und 151 t Bohnen	WEP	2004	537.000
Sambia	Nahrungsmittelnothilfe Südprovinz	GTZ	2005	450.000
Sambia	Humanitäre Hilfe für kongolesische Flüchtlinge in Sambia	UNHCR	2005	1.000.000
Sambia	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 717 t Mais	WEP	2005	250.000
Senegal	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 875 t Reis, 90 t Erbsen, 45 t Speiseöl (Programm Sahel-Regional)	WEP	2003	500.000

noch Anlage 8

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	Jahr	Kosten
Senegal	Nahrungsmittelnothilfe - Unterstützung für Vertriebene des Casamance-Konfliktes	GTZ	2004	700.000
Senegal	Beistellung zum IESP "Casamance"	GTZ	2005	500.000
Serbien und Montenegro	Sofortprogramm: Landwirtschaftsförderung für zurückkehrende Flüchtlinge (StP SOE)	GTZ	2000	10.995
Serbien und Montenegro	Schaffung und Instandsetzung von Wohnraum in Kragujevac / Serbien	Diakonie	2002	204.517
Serbien und Montenegro	Verbesserung der sozialen und infrastrukturellen Mindestversorgung in Serbien (StP SOE)	GTZ	2002	326.216
Serbien und Montenegro	Kommunale Infrastruktur für Flüchtlinge und Vertriebene in Podgorica (StP SOE)	HELP	2002	500.000
Sierra Leone	Nothilfe für Sierra Leone	GTZ	2000	8.238
Sierra Leone	Wiederaufbau und Flüchtlingsrückführung	GTZ	2002	2.130.000
Sierra Leone	Unterstützung von Wiederaufbaumaßnahmen	GTZ	2002	165.194
Sierra Leone	Not- und Flüchtlingshilfe - Reintegrationsmaßnahmen für sierraleonische Rückkehrer	UNHCR	2002	2.383.742
Sierra Leone	Unterstützung liberianischer Flüchtlinge	UNHCR	2002	700.000
Sierra Leone	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 1676 t Hülsenfrüchten und 1000 t Pflanzenöl (West Africa Coastal)	WEP	2002	2.000.000
Sierra Leone	Unterstützung von Wiederaufbaumaßnahmen	GTZ	2003	1.000.000
Sierra Leone	Schutz und Unterstützung für liberiansiche Flüchtlinge in Sierra Leone	UNHCR	2003	750.000
Sierra Leone	Repartiierung und Reintegration von intern Vertriebenen	UNHCR	2003	750.000
Sierra Leone	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 2323 t Bulgur, 694 t Linsen und 306 t Speiseöl (West Africa Coastal)	WEP	2003	2.000.000
Sierra Leone	Unterstützung von Wiederaufbaumaßnahmen	GTZ	2004	600.000
Sierra Leone	Schutz und Unterstützung für liberianische Flüchtlinge in Sierra Leone	UNHCR	2004	850.000
Sierra Leone	Rückführung und Reintegration von heimkehrenden Flüchtlingen	UNHCR	2004	850.000
Sierra Leone	Beistellung zum IESP Sierra Leone	GTZ	2005	600.000
Simbabwe	Nahrungsmittelnothilfe für Dürreopfer, Provinz Matabeleland	DWHH	2002	456.553
Simbabwe	Nahrungsmittelhilfe für die notleidende Bevölkerung im Matabeleland	HELP	2002	1.050.700
Simbabwe	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 1529 t Maismehl und 131 t Bohnen	WEP	2002	1.000.000
Simbabwe	Ffw-Massnahmen zur Rehabilitierung von Bewässerungsinfrastrukturen	DWHH	2003	909.070
Simbabwe	Nahrungsmittelnothilfe Simbabwe	GTZ	2003	300.000
Simbabwe	Nahrungsmittelnothilfe für 2000 Familien in Matabeleland	HELP	2003	500.480
Simbabwe	Transport- und Verteilungskosten für 1921 t weißen Mais aus Süd-Afrika	WEP	2003	500.000
Simbabwe	Entwicklungsorientierte Nothilfe in der Provinz Masvingo	Diakonie	2004	600.000
Simbabwe	FfW-Maßnahmen zur Ernährungssicherung und Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion	DWHH	2004	1.000.000
Simbabwe	Nahrungsmittelnothilfe	GTZ	2004	500.000
Simbabwe	Wasserversorgung für 12.000 Familien (ca. 70.000 Menschen)	HELP	2004	774.375
Simbabwe	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 3390 t Hülsenfrüchte (HELP)	WEP	2004	1.999.682
Simbabwe	Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion durch Ffw-Maßnahmen	DWHH	2005	300.000
Simbabwe	Nahrungsmittelnothilfe Simbabwe	GTZ	2005	400.000
Simbabwe	Rehabilitierung von Brunnen und Handpumpen in den Provinzen Matabeleland South, Masvingo und Midlands	HELP	2005	383.960
Simbabwe	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 2656 t Maismehl	WEP	2005	1.000.000
Simbabwe	Nahrungsmittelnothilfe - Lieferung von 1984 t Reis von Algerien nach Simbabwe (Twinning, Übernahme der Transportkosten)	WEP	2005	500.000
Somalia	Reintegration von Rückkehrern	UNHCR	2002	1.015.194
Somalia	Wasser-und Sanitärmassnahmen	IKRK	2003	700.000
Somalia	Rehabilitierungsmaßnahmen zur Förderung des regionalen Friedensprozesses	GTZ	2004	480.000
Somalia	Materielle Unterstützung im Bereich Landwirtschaft und Wasser in Somalia	IKRK	2004	500.000
Somalia	Reintegrationshilfe für Rückkehrer in Nord-West Somalia	UNHCR	2004	1.000.000
Somalia	Assistance Activities in Somalia 2005	IKRK	2005	400.000
Somalia	Reintegration Assistance to Returnees in North-west Somalia	UNHCR	2005	1.000.000
Somalia	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 800 t Reis und 40 t Öl	WEP	2005	536.567
Sri Lanka	Starthilfe für Rücksiedler in der nördlichen Provinz Sri Lankas (Wanni)	DWHH	2002	618.000
Sri Lanka	Beistellung zum ESP	GTZ	2002	520.000
Sri Lanka	Starthilfe für Rücksiedler in der nördlichen Provinz (Wanni)	DWHH	2003	500.000
Sri Lanka	Nothilfe für rückkehrende Fischerfamilien im Norden	GTZ	2003	750.000
Sri Lanka	Wiederansiedlung von Inlandsvertriebenen im Norden Sri Lankas	DWHH	2004	600.000
Sri Lanka	Unterstützung intern Vertriebener in der Region Kilinochi	GTZ	2004	600.000
Sri Lanka	Beistellung zum ESP in Batticaloa	GTZ	2004	300.000
Sri Lanka	Wiederansiedlung von Inlandsvertriebenen im Norden Sri Lankas	DWHH	2005	400.000
Sri Lanka	Not- und Übergangshilfe in Sri Lanka nach der Flutkatastrophe	GTZ	2005	7.000.000

noch Anlage 8

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	Jahr	Kosten
Sri Lanka	Reintegrationsvorhaben Allaipiddy	GTZ	2005	650.000
Sri Lanka	Nahrungsmittelnothilfe - Lieferung von 5146 t Ries, 500 t Linsen und 1000 t Zucker	WEP	2005	4.575.512
Sudan	Nahrungsmittelhilfe für Opfer des bewaffneten Konflikts in Unity State	DWHH	2002	1.076.605
Sudan	Nahrungsmittelnothilfe für Hilfsmassnahmen des IKRK	IKRK	2002	1.000.000
Sudan	Kontrollprogramm Schlafkrankheit	Malteser[15]	2002	735.240
Sudan	Nahrungsmittelnothilfe - Lieferung von 1285 t Sorghum	WEP	2002	1.000.000
Sudan	Nahrungsmittelnothilfe für Gezira	DRK	2003	395.000
Sudan	Nothilfe Dürre Sudan - Verbesserung der Wasserversorgung	DRK	2003	200.000
Sudan	Wasser-und Sanitärmassnahmen	IKRK	2003	500.000
Sudan	Nahrungsmittelnothilfe für ländliche Bevölkerung im Zentrum des Landes	DRK	2004	499.558
Sudan	Nahrungmittelnothilfe für Opfer des Bürgerkrieges in Darfur, West Sudan	DWHH	2004	750.000
Sudan	Nahrungsmittelhilfe für Darfur	IKRK	2004	2.000.000
Sudan	Kontrolle und Prävention der Schlafkrankheit-Epidemie im Bezirk Yei, Western Equatoria	Malteser	2004	373.520
Sudan	Nahrungsmittelnothilfe - Lieferung von 3967 t Sorghum	WEP	2004	2.500.000
Sudan	Nahrungsmittelnothilfe - Lieferung von 2485 t Sorghum	WEP	2004	1.999.887
Sudan	Nahrungsmittelnothilfe - Lieferung von 1643 t Sorghum	WEP	2004	999.859
Sudan	Nahrungsmittelnothilfe - Lieferung von 648 t Öl	WEP	2004	699.492
Sudan	Nahrungsmittelnothilfe - Lieferung von 359 t Corn-Soja-Blend	WEP	2004	300.000
Sudan	Bereitstellung einer Basisgesundheitsversorgung für Rückkehrer, lokale Bevölkerung und intern Vertriebene in den Bezirken Rumbek und Cueibet	Diakonie	2005	75.000
Sudan	Nahrungsmittelsicherheit für die ländliche Bevölkerung im Osten	DRK	2005	400.000
Sudan	Basisgesundheitsversorgung für die Bevölkerung im Osten des Sudan	DRK	2005	170.000
Sudan	Ausweitung der Nahrungsmittelversorgung von Flüchtlingen und Hilfsbedürftigen des Bürgerkriegs in Nord Darfur, West Sudan	DWHH	2005	1.450.000
Sudan	Unterstützung bei der Rückführung und Reintegration sudanesischer Flüchtlinge und Intern Vertriebener (Kombi-Finanzierung)	GTZ	2005	994.000
Sudan	Assistance Activities in Sudan 2005	IKRK	2005	500.000
Sudan	Nahrungsmittelnothilfe - Lieferung von 1500 t Palmen-Öl, 1593 t Corn-Soja-Blend und 648 t Salz	WEP	2005	3.000.000
Sudan	Nahrungsmittelnothilfe - Lieferung von 1125 t Zucker	WEP	2005	1.000.000
Tadschikistan	Nahrungsmittelnothilfe für besonders bedürftige Opfer der Dürre (mit IFRC)	DRK	2002	453.000
Tadschikistan	Beistellung von Weizenmehl zum IESP Gorno-Badachschan	GTZ	2002	1.000.000
Tadschikistan	Förderung von Toleranz und kooperativer Zusammenarbeit auf Gemeindeebene	GTZ	2002	600.000
Tadschikistan	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 400 t Zucker, 1000 t Soja und 2014 t Weizenmehl	WEP	2002	1.500.000
Tadschikistan	Nahrungsmittelnothilfe - Lieferung von 1876 t Hülsenfrüchten	WEP	2002	1.100.000
Tadschikistan	Beistellung zum IESP Garm-Shurabad	GTZ	2003	400.000
Tadschikistan	Beistellung zum IESP Gorno-Badachschan	GTZ	2003	400.000
Tadschikistan	Nahrungsmittelhilfe und einkommensschaffende Maßnahmen	DWHH	2004	500.000
Tadschikistan	Wiederaufbau der Infrastruktur und Unterstützung von Katastrophenopfern in Nord-Tadschikistan nach Naturkatastrophen	DWHH	2004	430.000
Tadschikistan	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 450 t Jodsalt und 890 t Hülsenfrüchte	WEP	2004	500.000
Tadschikistan	Verbesserung der Ernährungssituation und der Einkommensgrundlage von Bauernfamilien in Nord-Tadschikistan	DWHH	2005	500.000
Tadschikistan	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 771 t Weizenmehl	WEP	2005	250.000
Tansania	Verbesserung der Ernährungssituation in der durch Flüchtlinge belasteten Region Kigoma	GTZ	2004	750.000
Timor-Leste	Rehabilitationshilfe (mit Nahrungsmittel-Komponente) für die Distrikte Oecusse und Covalima	DWHH	2002	112.484
Timor-Leste	Beistellung zum ESP Timor-Leste	GTZ	2003	260.000
Timor-Leste	Nahrungsmittelhilfe Timor-Leste	GTZ	2004	400.000
Tschad	Nothilfe für Darfur-Flüchtlinge / Unterstützung von sudanesischen Flüchtlingen	GTZ	2004	790.000
Tschad	Unterstützung der sudanesischen Flüchtlinge aus der Region Darfur	UNHCR	2004	2.250.000
Tschad	Nahrungsmittelnothilfe - Lieferung von 2729 t Corn-Soja-Blend (CSB)	WEP	2004	2.500.000
Tschad	Nahrungsmittelnothilfe - Lieferung von 624 t Reis	WEP	2004	500.000
Tschad	Unterstützung von Flüchtlingen aus dem Sudan (Kombi-Finanzierung)	GTZ	2005	870.000
Tschad	Sicherung der Lebensgrundlagen um Umfeld von Flüchtlingslagern im Kontext des TZ-Vorhabens PRODADO	GTZ	2005	750.000
Uganda	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 1756 t Hülsenfrüchte, 450 t CSB und 70 t Salz	WEP	2002	1.500.000
Uganda	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 936 t Unimix und 100 t Salz	WEP	2003	500.000

noch Anlage 8

Empfängerland	Bezeichnung	Träger	Jahr	Kosten
Uganda	Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Geräte für Bürgerkriegsopfer in Norduganda	DCV	2004	300.000
Uganda	Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen und Versorgung von intern Vertriebenen	Diakonie	2004	415.000
Uganda	Nothilfe für sudanesische Flüchtlinge in Madi Okollo	GTZ	2004	580.000
Uganda	Unterstützung der Repatriierung ruandischer Flüchtlinge aus Uganda	GTZ	2004	400.000
Uganda	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 2779 t Mais	WEP	2004	1.000.000
Uganda	Finanzierung von Nahrungsmitteln, Hausrat und landwirtschaftlichem Gerät für Bürgerkriegsopfer	DCV	2005	300.000
Uganda	Not- und Übergangshilfe für intern Vertriebene, Rückkehrer und lokale Bevölkerung im Distrikt Katakwi - Nord-Ost Uganda	Diakonie	2005	380.000
Uganda	Verbesserung der Wasserversorgung für intern Vertriebene und lokale Bevölkerung	DWHH	2005	279.000
Uganda	Entwicklungsorientierte Nothilfe und Wiederaufbau im Westnilgebiet (im Adjumani Distrikt zur Reintegration der IDPs)	GTZ	2005	350.000
Zentralafrikanische Republik	Nahrungsmittelhilfe - Lieferung von 737 t Maismehl	WEP	2003	500.000
Gesamt				**355.235.879**

Quelle: BMZ

1 DCV: Deutscher Caritasverband e.V.
2 DRK: Deutsches Rotes Kreuz
3 DWHH: Deutsche Welthungerhilfe e.V.
4 GTZ: Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit GmbH
5 HELP: Hilfe zur Selbsthilfe e.V.
6 UNHCR: Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen
7 WEP: Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen
8 BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
9 Diakonie: Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche Deutschland
10 Mediothek: Mediothek für Afghanistan
11 IKRK: Internationales Rotes Kreuz
12 MfM: Stiftung Menschen für Menschen
13 BMVg: Bundesministerium der Verteidigung
14 UNRWA: VN-Hilfswerk für Palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten
15 Malteser: Malteser Hilfsdienst e.V.
16 IESP oder ESP: Integriertes Ernährungssicherungsprogramm, s. dazu Anlage 9
17 na: nicht aufteilbar
18 EL: Entwicklungsländer

Anlage 9

Ernährungssicherungsprogramme* des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 2002 bis 2005

Land	Träger	Bezeichnung	Festlegung
Afghanistan	DWHH[1]	Ernährungssicherungsprojekt Afghanistan	2.147.426
	GTZ[2]	Programm zur Förderung der Ernährungssicherung Afghanistan	2.500.000
	GTZ	Förderung von Ernährungssicherheit in Afghanistan	1.500.000
	GTZ	Programm zur Förderung der Ernährungssicherung in Afghanistan, 2. Phase	500.000
		Summe Afghanistan 2002 - 2005	**6.647.426**
Angola	DWHH	IESP[3] in der Gemeinde Ambovia, Kwanza Sul	1.442.800
	GTZ	Ernährungssicherung, Wiederaufbau und Konsolidierung des Friedens in der Provinz Uige	300.000
		Summe Angola 2002 - 2005	**1.742.800**
Armenien	GTZ	IESP "Süd-Armenien"	695.357
Aserbaidschan	GTZ	IESP "Aserbaidschan"	2.018.644
Äthiopien	DWHH	IESP "Äthiopien"	1.073.713
	GTZ	IESP "Bahir Dar"	2.364.725
		Summe Äthiopien 2002 - 2005	**3.438.438**
Bolivien	GTZ	Katastrophenrisiko-Management und Ernährungssicherung im Wassereinzugsgebiet des Rio San Pedro	2.645.167
	GTZ	Katastrophenrisiko-Management und Ernährungssicherung im Wassereinzugsgebiet des Rio San Pedro / 2.Phase	800.000
		Summe Bolivien 2002 - 2005	**3.445.167**
Burundi	DWHH	Ernährungssicherung und Friedensentwicklung in Nord-Burundi	1.321.900
	GTZ	Ernährungssicherung und Friedensförderung in Süd-Burundi	1.050.000
		Summe Burundi 2002 - 2005	**2.371.900**
Regional nicht aufteilbar	GTZ	Studien- und Fachkräftefonds - Ernährungssicherungsprogramme	827.742
	GTZ	Studien- und Fachkräftefonds "Ernährungssicherung im Kontext Krisen, Konflikte und Katastrophen"	1.100.000
		Summe Regional n.a. 2002 - 2005	**1.927.742**
Guinea	GTZ	Ernährungssicherung, Wiederaufbau und Konfliktbearbeitung	1.040.000
Haiti	GTZ	Schlußphase IESP "Pasaap-Pisano" (mit DWHH)	2.405.909
Honduras	GTZ	IESP "Intibucá"	1.033.455
Kambodscha	GTZ	IESP "Kampot"	148.030
	GTZ	Politikberatung in Kambodscha	1.800.000
		Summe Kambodscha 2002 - 2005	**1.948.030**
Kenia	GTZ	IESP "Mwingi"	242.864
Kongo, Demokratische Republik	GTZ	Ernährungssicherung und Stabilität im Osten des Landes	1.100.000
Madagaskar	GTZ	IESP "Madagaskar"	1.101.455
Malawi	GTZ	IESP "Mulanje"	460.163
Mali	GTZ	IESP "Nara"	1.039.655
Mosambik	DWHH	IESP "Meluco"	497.487
	DWHH	IESP "Meluco", 2. Phase	1.039.000
	GTZ	IESP sowie Reintegrations- und Wiederaufbauprogramm "Sofala"	255.646
	GTZ	Ernährungssicherungs- und Politikberatung Mosambik	971.455
	GTZ	Ernährungssicherungs- und Politikberatung Mosambik, 2.Phase	1.500.000
		Summe Mosambik 2002 - 2005	**4.263.588**
Nepal	GTZ	Förderung von Ernährungssicherheit, Wiederaufbau und Stabilisierung der Lebensgrundlagen	1.800.000
Peru	GTZ	IESP "Chiclayo"	664.189
	GTZ	Katastrophenrisiko-Management zur Ernährungssicherung im Departement "Arequipa"	2.777.617
	GTZ	Katastrophenrisiko-Management zur Ernährungssicherung im Department "Arequipa", 2.Phase	300.000
		Summe Peru 2002 - 2005	**3.741.806**
Ruanda	GTZ	Ernährungssicherheit und strukturelle Stabilität im Süden von Ruanda	1.642.000
Senegal	GTZ	Stabilisierung der Ernährungssicherheit in der "Casamance"	1.700.000
Sierra Leone	GTZ	Ernährungssicherung in Sierra Leone	1.900.000

noch Anlage 9

Land	Träger	Bezeichnung	Festlegung
Sri Lanka	DWHH	IESP "Sri Lanka"	2.260.000
	DWHH	IESP "Nord Vavuniya", Phase II	500.000
	GTZ	IESP "Trincomalee"	2.136.134
	GTZ	IESP "Batticaloa"	1.710.000
		Summe Sri Lanka 2002 - 2005	**6.606.134**
Sudan	DWHH	Ernährungssicherung und friedliche Entwicklung im Sudan	1.330.000
Tadschikistan	GTZ	IESP "Gorno-Badachschan"	1.339.755
	GTZ	Programm zur Förderung der Ernährungssicherung	3.200.000
		Summe Tadschikistan 2002 - 2005	**4.539.755**
Uganda	GTZ	Ernährungssicherheit und Friedensstabilisierung in Nord-Uganda	1.930.000
Vietnam	GTZ	IESP "Quang Binh"	499.997
Gesamt			**62.612.285**

Quelle: BMZ

* Ernährungssicherungsprogramme sind längerfristige Projekte (ca. 3 - 4 Jahre), die auf eine nachhaltige Verbesserung der landwirtschaftlichen Möglichkeiten abzielen; sie umfassen neben der Lieferung von Saatgut Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungslage

1 DWHH: Deutsche Welthungerhilfe e.V.

2 GTZ: Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit GmbH

3 IESP: Integriertes Ernährungssicherungsprojekt

Anlage 10

Humanitäre Hilfe der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) 2002-2005 nach Empfängerländern (aus Mitteln des AA, BMI, BMZ, der Länder, dritter Staaten u.a. Quellen)

Empfängerland	2002	2003	2004	2005	2002-2005
Afghanistan	302.101	104.817			**406.918**
Algerien		142.411			**142.411**
Äthiopien	201.449				**201.449**
Bosnien und Herzegowina	2.686.504	4.496.854	3.844.062		**11.027.420**
Eritrea	16.254				**16.254**
Frankreich		1.745.196			**1.745.196**
Indonesien				2.188.983	**2.188.983**
Iran		439.688			**439.688**
Jugoslawien, BR	3.282.706	2.222.070	2.034.369	4.798.116	**12.337.261**
Kenia	1.431.330				**1.431.330**
Kroatien	367.875	351.170			**719.045**
Malediven				222.343	**222.343**
Pakistan				1.481.915	**1.481.915**
Rumänien				152.963	**152.963**
Somalia	4.000.000	3.067.752	4.216.000		**11.283.752**
Sri Lanka				266.744	**266.744**
Sudan			271.250	651.900	**923.150**
Thailand				51.018	**51.018**
Tschad			352.255		**352.255**
Tunesien			26.633		**26.633**
USA				854.160	**854.160**
Tsunami länderübergreifend				573.544	**573.544**
Gesamtsumme	**12.288.219**	**12.569.958**	**10.744.569**	**11.241.686**	**46.844.432**

Quelle: THW

Anlage 11

Bundeswehr - Materialabgaben[1] 2002-2005

Empfängerland	2002	2003	2004	2005	2002-2005
Armenien	11.436,00	41.012,00	18.515,00	0,00	70.963,00
Belarus	264.261,00	240.342,00	100.774,00	72.560,50	677.937,50
Georgien	14.549,00	40.440,00	16.692,00	0,00	71.681,00
Kasachstan	44.039,35	104.480,00	37.793,00	27.737,00	214.049,35
Kirgistan	199.115,00	65.413,00	65.148,00	15.644,00	345.320,00
Moldavien	57.699,82	36.522,00	41.315,00	18.775,00	154.311,82
Russische Föderation	83.919,69	34.129,52	26.545,00	52.672,50	197.266,71
Tadschikistan	10.271,00	5.322,00	20.750,00	0,00	36.343,00
Ukraine	198.936,00	260.326,80	178.420,75	118.878,50	756.562,05
Usbekistan	124.287,00	217.390,00	142.850,00	24.514,00	509.041,00
GUS gesamt	**1.008.513,86**	**1.045.377,32**	**648.802,75**	**330.781,50**	**3.033.475,43**

Empfängerland	2002	2003	2004	2005	2002-2005
Albanien	15.000,00	45.003,00	142.721,00	0,00	202.724,00
Bosnien-Herzegowina	22.773,52	4.794,00	35.667,00	14.652,00	77.886,52
Bulgarien	138.451,00	35.981,00	8.258,00	46.856,00	229.546,00
Estland	20.101,49	143.852,00	0,00	0,00	163.953,49
Griechenland	0,00	0,00	0,00	7.963,00	7.963,00
Kroatien	38.536,00	43.406,00	52.744,00	21.423,00	156.109,00
Lettland	9.703,30	12.945,00	9.860,80	6.123,00	38.632,10
Litauen	84.118,54	129.347,80	111.298,50	70.094,00	394.858,84
Mazedonien	67.691,00	8.700,00	12.522,80	10.982,00	99.895,80
Polen	96.064,92	111.003,22	85.313,25	99.802,65	392.184,04
Rumänien	128.789,12	195.859,00	113.830,00	169.096,00	607.574,12
Serbien-Montenegro	5.252,00	0,00	93.471,00	34.196,00	132.919,00
Slowakei	0,00	0,00	0,00	10.955,00	10.955,00
Tschechische Republik	5.750,84	0,00	10.303,00	8.606,00	24.659,84
Ungarn	4.268,00	14.818,00	20.608,00	6.296,00	45.990,00
Europa gesamt	**636.499,73**	**745.709,02**	**696.597,35**	**507.044,65**	**2.585.850,75**

Empfängerland	2002	2003	2004	2005	2002-2005
Algerien	0,00	762,00	0,00	0,00	762,00
Angola	36.989,00	18.310,00	11.051,00	17.150,00	83.500,00
Äthiopien	70.950,00	0,00	12.714,00	12.649,00	96.313,00
Benin	0,00	25.014,00	0,00	0,00	25.014,00
Botswana	0,00	0,00	0,00	7.747,00	7.747,00
Burkina Faso	14.833,00	0,00	101.247,00	1.090,80	117.170,80
Dschibuti	76.110,00	0,00	0,00	0,00	76.110,00
Eritrea	10.851,00	8.889,00	18.636,50	5.794,00	44.170,50
Gambia	8.117,00	16.612,00	8.504,00	6.670,00	39.903,00
Ghana	61.991,00	919,75	5.793,00	2.875,00	71.578,75
Guinea	8.000,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00
Kamerun	0,00	0,00	5.404,00	4.841,00	10.245,00
Kap Verde	0,00	15.500,00	22.181,00	6.506,00	44.187,00
Kenia	11.039,26	18.129,00	108.405,30	9.422,00	146.995,56
Kongo (Dem. Rep.)	10.210,00	10.623,00	10.700,00	5.553,00	37.086,00
Kongo-Brazzaville	12.300,00	0,00	0,00	0,00	12.300,00
Liberia	0,00	808,00	0,00	5.398,00	6.206,00
Madagaskar	0,00	7.057,00	0,00	0,00	7.057,00
Malawi	8.160,00	8.500,00	24.662,00	23.106,00	64.428,00
Mali	6.019,00	0,00	6.624,00	4.073,00	16.716,00
Mauretanien	0,00	0,00	49.750,00	0,00	49.750,00
Namibia	105.107,00	7.824,00	6.156,40	0,00	119.087,40
Niger	0,00	0,00	8.900,00	4.736,00	13.636,00
Nigeria	46.207,80	8.477,00	0,00	0,00	54.684,80

noch Anlage 11

Ruanda	0,00	0,00	10.097,00	0,00	10.097,00
Sambia	5.694,25	11.596,00	6.589,00	0,00	23.879,25
Senegal	1.263,00	5.860,51	6.980,00	0,00	14.103,51
Sierra Leone	31.280,54	12.660,00	0,00	4.629,00	48.569,54
Simbabwe	0,00	0,00	10.502,00	0,00	10.502,00
Somalia	11.483,00	15.337,00	21.075,00	0,00	47.895,00
Südafrika	2.018,60	1.536,00	12.118,00	90.992,00	106.664,60
Sudan	0,00	0,00	4.020,00	26.692,00	30.712,00
Tansania	5.329,00	1.780,00	23.450,00	10.164,00	40.723,00
Togo	10.074,00	8.416,00	4.820,00	18.130,00	41.440,00
Tunesien	0,00	0,00	0,00	4.000,00	4.000,00
Uganda	4.505,40	4.077,00	5.383,00	0,00	13.965,40
länderübergreifend[2]	0,00	0,00	650.000,00	0,00	650.000,00
Afrika gesamt	**558.531,85**	**208.687,26**	**1.155.762,20**	**272.217,80**	**2.195.199,11**

Empfängerland	2002	2003	2004	2005	2002-2005
Argentinien	33.985,00	27.585,00	0,00	0,00	61.570,00
Bolivien	11.961,00	9.257,00	16.514,00	26.238,00	63.970,00
Brasilien	0,00	0,00	11.144,00	0,00	11.144,00
Chile	28.134,00	17.085,00	0,00	0,00	45.219,00
Costa Rica	0,00	2.342,00	0,00	0,00	2.342,00
Dominikanische Rep.	0,00	0,00	14.483,00	4.579,00	19.062,00
Ecuador	13.798,00	3.844,00	0,00	0,00	17.642,00
Guatemala	0,00	0,00	515,00	0,00	515,00
Haiti	0,00	0,00	35.574,00	0,00	35.574,00
Honduras	0,00	374,00	3.766,00	0,00	4.140,00
Mexico	0,00	12.360,00	0,00	0,00	12.360,00
Nicaragua	8.609,00	18.568,00	21.183,00	7.318,00	55.678,00
Paraguay	0,00	0,00	0,00	5.673,00	5.673,00
Peru	58.243,77	4.506,00	9.943,00	17.538,40	90.231,17
USA	0,00	0,00	0,00	164.106,10	164.106,10
Amerika gesamt	**154.730,77**	**95.921,00**	**113.122,00**	**225.452,50**	**589.226,27**

Empfängerland	2002	2003	2004	2005	2002-2005
Afghanistan	124.297,23	77.470,45	67.353,00	29.683,00	298.803,68
Fidschi-Inseln	6.250,00	1.990,00	0,00	1.945,00	10.185,00
Indien	0,00	16.864,00	0,00	0,00	16.864,00
Indonesien	0,00	0,00	0,00	578.757,00	578.757,00
Kambodscha	0,00	0,00	5.404,00	18.584,00	23.988,00
Korea/Nord-	19.265,00	22.620,00	15.167,00	19.254,00	76.306,00
Mongolei	0,00	0,00	0,00	17.750,00	17.750,00
Pakistan	0,00	0,00	0,00	62.058,00	62.058,00
Papua-Neuguinea	0,00	6.228,00	4.509,00	6.549,00	17.286,00
Sri Lanka	0,00	0,00	42.718,00	44.900,00	87.618,00
Vietnam	11.816,00	7.905,00	92.439,00	27.431,00	139.591,00
Asien gesamt	**161.628,23**	**133.077,45**	**227.590,00**	**806.911,00**	**1.329.206,68**

Empfängerland	2002	2003	2004	2005	2002-2005
Irak	0,00	0,00	9.339,00	7.942,00	17.281,00
Jemen	8.925,00	18.475,00	6.500,00	5.892,00	39.792,00
Naher Osten gesamt	**8.925,00**	**18.475,00**	**15.839,00**	**13.834,00**	**57.073,00**

Gobal gesamt	**2.528.829,44**	**2.247.247,05**	**2.857.713,30**	**2.156.241,45**	**9.790.031,24**

Quelle: BMVg

1 Z.B. Sanitätsmaterial, medizintechnische Geräte, Liegenschaftsmaterial/Ausstattungsgegenstände für Krankenhäuser, Schulen, Heime etc.

2 Überlassung von 25 LKW an die Economic Community Of West African States (ECOWAS)

Anlage 12

Einsätze der Bundeswehr im Rahmen humanitärer Hilfsmaßnahmen, in Katastrophenfällen und CIMIC-Projekten im Ausland 2002 - 2005

2002

Einsatzland	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme
Mazedonien / FYROM	CIMIC-Projekte*	Projekte insgesamt: 68, Gesamtkosten: 1.289.000 €. Im Jahr 2002 wurden in FYROM insgesamt 68 CIMIC-Projekte mit einem Gesamtvolumen von 1.289.000 € verwirklicht. Die finanziellen Mittel wurden durch das Auswärtige Amt zur Verfügung gestellt. Dabei wurden für den Bereich der Humanitäre Soforthilfe 15.000 € verwendet. Mit der übrigen Summe von 1.274.000 € konnten 67 Schulen gebaut, bzw. instandgesetzt werden
Bosnien und Herzegowina	CIMIC-Projekte*	Projekte insgesamt: 7, Gesamtkosten: 247.437 €. In Bosnien und Herzegowina wurden im Jahr 2002 durch die DEU CIMIC-Kp 7 Projekte im Bereich Humanitäre Soforthilfe umgesetzt. Die Gelder hierfür wurden ausschließlich durch das Auswärtige Amt bereitgestellt.
Kosovo	CIMIC-Projekte*	Projekte insgesamt: 90, Gesamtkosten: 2.581.785 € Im Jahr 2002 konnte, mit finanzieller Unterstützung von 25.000 € durch das Auswärtige Amt, ein Projekt im Rahmen der Humanitären Soforthilfe umgesetzt werden. Durch Spendengelder von 2.556.785 Euro, konnten 39 kleinere Projekte der Humanitären Soforthilfe, 26 Projekte für Schulen und Kindergärten, sowie 24 Projekte in sonstigen Bereichen realisiert werden.
Afghanistan	CIMIC-Projekte*	Projekte insgesamt: 12 Gesamtkosten: 689.268 Im Jahr 2002 wurden in Afghanistan 12 Projekte, mit einem Gesamtvolumen von 689.268 € realisiert. Die finanziellen Mittel wurden ausschließlich durch das Auswärtige Amt bereitgestellt. Knapp die Hälfte der Mittel wurde für den Neubau, bzw. die Sanierung von Schulen genutzt.
Afghanistan	Erdbebenhilfe	25.03.bis 02.04.2002: Nach Erdbeben am 25.03.02 in der Provinz Baghlan, Region Nahrin; bis zu 4.800 Opfer; Im Rahmen des ISAF-Einsatzes Beteiligung an HATAF (Humanitarian Aid Task Force) durch Hilfsflüge für OCHA mit C-160 TRANSALL KABUL-MAZAR-I-SHARIF ab 26.03.02; 27.03. bis 02.04.2002: Unterstützung mit medizinischem Personal, Pionierkräften zur Kampfmittelbeseitigung und Verteilung von Hilfsgütern
Tunesien	Medizinische Evakuierung	April 2002: Nach einem Terroranschlag auf die Ghriba-Synagoge auf der tunesischen Insel Djerba am 11.04.2002 mit 21 Todesopfern (14 Deutsche) wurden am 13.04.2002 10 Verletzte mit einem MEDEVAC-Airbus der Luftwaffe nach Deutschland zurückgeholt.
Albanien	Nahrungsmittelhilfe nach Überschwemmung	September 2002: Nach Überschwemmungen (Notstand in 4 Provinzen nach Regenfällen) stellt die Bundeswehr nach Hilfeersuchen ALB Regierung aus KFOR-Beständen 30.000 Einmannpackungen (EPa, 48.000 kg; Wert 88.800,-€) unentgeltlich zur Verfügung, transportiert diese mit KFOR nach Shkoder und übergibt sie zur weiteren Verteilung an das Rote Kreuz
Einsatzgebiete	Behandlung von Zivilpatienten	in den Einsatzgebieten der Bundeswehr wurden im Jahr 2002 durch den Sanitätsdienst 6.093 Zivilpatienten ambulant und 752 stationär behandelt

2003

Einsatzland	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme
Bosnien und Herzegowina	CIMIC-Projekte*	Projekte insgesamt: 33, Gesamtkosten: 1.452.090 € Im Jahr 2003 wurden insgesamt 33 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 1.452.090 € umgesetzt. Ca. 60 Prozent der Summe wurden durch das Auswärtige Amt getragen und im Bereich der Humanitären Hilfe verausgabt. Die übrigen Mittel flossen zu einem Großteil in den Bildungsbereich und diverse Kleinstprojekte zur Soforthilfe.
Kosovo	CIMIC-Projekte*	Projekte insgesamt: 75, Gesamtkosten: 1.108.767 € Im Jahr 2003 wurden im Kosovo insgesamt 75 Projekte verwirklicht. Das Gesamtvolumen hierfür betrug 1.108.767 €. Mehr als 50 Prozent diese Betrages wurde für den Bau und die Unterstützung von Schulen genutzt. Weitere 30 Prozent des Gesamtbetrages konnten im Bereich der Humanitären Hilfe umgesetzt werden, unter finanzieller Beteiligung des Auswärtigen Amtes, mit ca. 54.000 €. Die übrigen Mittel wurden für Kleinstprojekte verwendet.
Afghanistan	CIMIC-Projekte*	Projekte insgesamt: 52, Gesamtkosten: 646.557 € 2003 wurden 52 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 646.577 € realisiert. Die Hälfte der benötigten finanziellen Mitte konnten durch das Auswärtige Amt bereitgestellt werden. Etwa 70 Prozent des Gesamtvolumens entfielen auf die Durchführung von Kleinprojekten, welche eine schnelle Hilfe in den unterschiedlichsten Bereichen für die Bevölkerung darstellen. Des Weitern konnten 29 Schulen mit Sanierungsmaßnahmen unterstützt werden
Iran	Erdbebenhilfe	Nach einem Erdbeben der Stärke 6,3 am 26.12.03 im Raum Bam/Provinz Kerman mit über 40.000 Todesopfern stellt die Bundeswehr dem THW am 27.12.03 rund 4 Tonnen Antibiotika und anderes Sanitätsmaterial im Wert von 95.345,80 € gegen Kostenerstattung durch AA zur Verfügung
Einsatzgebiete	Behandlung von Zivilpatienten	in den Einsatzgebieten der Bundeswehr wurden im Jahr 2003 durch den Sanitätsdienst 10.719 Zivilpatienten ambulant und 747stationär behandelt

noch Anlage 12

2004

Einsatzland	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme
Bosnien und Herzegowina	CIMIC-Projekte*	Projekte insgesamt: 5, Gesamtkosten: 118.155 € 2004 wurden in Bosnien und Herzegowina insgesamt 5 Projekte umgesetzt, mit einem Gesamtvolumen von 118.155 €. Der überwiegende Teil dieser Summe wurde für die Sanierung einer Ambulanz benötigt. Weitere Projekte wurden im Bereich der Humanitären Hilfe verwirklicht.
Kosovo	CIMIC-Projekte*	Projekte insgesamt: 40 Gesamtkosten: 222.026 € Im Jahr 2004 wurden insgesamt 40 Projekte verwirklicht mit einem Gesamtvolumen von 222.026 €. Über 60 Prozent dieser Summe wurde für Humanitäre Hilfeleistungen aufgebracht. Der überwiegende Teil der finanziellen Aufwendungen für die Humanitäre Hilfe wurde vom Auswärtigen Amt bereitgestellt.
Afghanistan	CIMIC-Projekte*	Projekte insgesamt: 123 Gesamtkosten: 1.066.364 € 2004 wurden in Afghanistan insgesamt 123 Projekte verwirklicht, mit einem Gesamtvolumen von 1.066.362. Die Projektarbeit im Jahr 2004 war durch 2 Schwerpunkte geprägt. Erstens, der Aufbau der Polizeistationen in Kabul, mit einem finanziellen Ansatz, der in etwa die Hälfte des Gesamtvolumens betrug und vom Auswärtigen Amt getragen wurde. Zweitens, die Projektarbeit im Bereich Bildung. Hier konnten im Jahr 2004, 59 Maßnahmen durchgeführt werden. Die Bandbreite der Maßnahmen reichte von der Verteilung von Lernmitteln bis hin zum Neubau von Schulgebäuden.
Belgien	Waldbrandeinsatz	10. August 2004, Feuerlösch-Einsatz von 2 Hubschraubern CH 53 mit Löschbehältern 5.000 ltr im Hoher Venn/Belgien
Südostasien	Seebeben, Flutkatastrophe	Nach den Seebeben (Tsunamis) am 26.12.2004 in Südostasien mit über 250.000 Toten beginnt der bisher größte humanitäre Hilfseinsatz der Bundeswehr. Die Bundeswehr unterstützte die Maßnahmen der Bundesregierung, die durch das Auswärtige Amt koordiniert wurden (Fortsetzung unter 2005).
Einsatzgebiete	Behandlung von Zivilpatienten	in den Einsatzgebieten der Bundeswehr wurden im Jahr 2004 durch den Sanitätsdienst 8.765 Zivilpatienten ambulant und 2.184 stationär behandelt

2005

Einsatzland	Anlass, Zweck	Art der Maßnahme
Südost-Asien	Seebeben, Flutkatastrophe	Nach Seebeben (Tsunamis) am 26.12.2004 in Südostasien mit über 250.000 Toten bisher größter humanitärer Hilfseinsatz der Bundeswehr. Die Bundeswehr unterstützte die Maßnahmen der Bundesregierung, die durch das Auswärtige Amt koordiniert wurden. 28.12.04-04.01.05: 3 MEDEVAC-Flüge aus Thailand für 132 Schwerverletzte; Rückholung 26 unverletzter DEU Urlauber, seit 09.01.05 Beteiligung an Impfaktionen der WHO mir Vorauskräften in IDN; 16.01.05-07.03.05 Bw-Rettungszentrum in Banda Aceh (ca. 2.036 ambulante Behandlungen, 363 stationäre Aufnahmen, 133 Operationen) 13.01.05-18.03.05 Einsatzgruppenversorger (EGV) BERLIN mit Marineeinsatzrettungszentrum (MERZ) vor Banda Aceh und Westküste Aceh (267 Patienten ambulant, ca. 430 stationär, 61 Operationen, über 83 MEDEVAC – Einsätze mit den beiden Bordhubschraubern vom Typ Sea King.23.-25-02.05 Beteiligung an Anti-Malaria-Kampagne UNICEF/ WHO (Verteilung von 25.500 Mosquitonetzen an Westküste Aceh mit Hubschr); Materialabgaben an NGO für Sri Lanka, Indonesien und Somalia
USA	Nahrungsmittelhilfe	Nach schweren Verwüstungen in Folge des Hurrikan Katrina in New Orleans flog die Bundeswehr auf Bitten der USA mit Airbus A 310 in 3 Flügen am 02., 04. und 06. September über 42 Tonnen Lebensmittel nach Pensacola/Florida. Von dort erfolgte die weitere Verteilung durch den US Katatstrophenschutz. Der Wert der Nahrungsmittel betrug 164.106,10 €.
Pakistan	Edbebenhilfe	Ab 09.10.2005 unterstützte die Bundeswehr PAK in Abstimmung mit COMISAF durch den Einsatz von 3 Transall-Flugzeugen, 2 Hub-schraubern und 4 Mobilen Ärzteteams, sowie einer Wasseraufbereitungsanlage, Zelten, Decken, Stromerzeuger Sanitätsmaterial und anderen Hilfsgütern aus dem DtEinsKtgt ISAF heraus. Durch die Hub-schrauber wurden 1.668 Verletzte, 2.252 Helfer und 172,5 to Material transportiert. Die Transall führten 24 Hilfsflüge aus AFG nach PAK durch. Material und Hilfstechnik im Wert von über 600.000,- € wurde an PAK übertgeben. Die NATO hat ab 12. Oktober eine strategische Luftbrücke zum Transport von Hilfsgütern eingerichtet, an der sich die Bundeswehr mit 2 Transall beteiligte. Im Rahmen der NATO-Operation zur Erdbebenhilfe in Pakistan hat die Bundeswehr seit 11.2005 mit 4 Hubschrauber CH 53 in PAK Hilfsflüge durchgeführt. Bis Ende 2005 wurden mit über 600 Einsatzflügen 3.470 Passagiere (davon 52 Verletzte) und über 1.500 Tonnen lebenswichtige Hilfsgüter transportiert. Auch nach Beendigung der NATO-Operation zum 01.02.2006 setzte die Bundeswehr mit ihren 4 Hubschraubern die Hilfsflüge auf Bitten der VN fort.Der Einsatz endete für die Bundeswehr am 31. März 2006.
Kosovo	CIMIC-Projekte*	Projekte insgesamt: 71, Gesamtkosten:797.557 € Im Kosovo wurden 2005 insgesamt 71 Projekte, mit einem Gesamtvolumen von 797.557 € verwirklicht. Der Schwerpunkt lag, mit über 60 Prozent des Gesamtvolumens, im Bereich der Schulen / Bildung. Die übrigen finanziellen Mittel wurden für Humanitäre Soforthilfe verwendet und für die Durchführung von Kleinprojekten, vornehmlich im infrastrukturellen Bereich.
Afghanistan	CIMIC-Projekte*	Projekte insgesamt: 170, Gesamtkosten: 640.338 € Im Jahr 2005 wurden in Afghanistan insgesamt 170 Projekte durchgeführt, mit einem Gesamtvolumen von 640.338 €. Der Schwerpunkt der Maßnahmen lag im Bereich der Schulen / Bildung. 86 Kleinprojekte mit einem finanziellen Ansatz von etwa 60 Prozent des Gesamtvolumens, konnten hier realisiert werden. Die übrigen Mittel wurden für Kleinprojekte im Bereich Humanitäre Hilfe und Infrastruktur verausgabt.
Einsatzgebiete	Behandlung von Zivilpatienten	in den Einsatzgebieten der Bundeswehr wurden im Jahr 2005 durch den Sanitätsdienst 11.100 Zivilpatienten ambulant und 3624 stationär behandelt
	* Anmerkung	Alle Gelder, die in den Jahren 2002 - 2005 für die CIMIC-Arbeit verausgabt wurden, stammen weder aus dem Einzelplan 14, noch aus dem Titel "Humanitäre Hilfe" der Bundesregierung, sondern aus dem Stabilitätspakt Südosteuropa, dem Stabilitätspakt Afghanistan und privaten Spenden.

Quelle: BMVg

1 CIMIC: Zivilmilitärische Zusammenarbeit

Anlage 13

Humanitäre Hilfe der Länder nach Empfängerländern 2002 - 2005

Länder	Baden Württemberg	Bayern	Berlin[1]	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen[1]	Summe
Algerien							1.105										1.105
Ghana						1.000											1.000
Guinea						7.520											7.520
Namibia						70.000											70.000
Ruanda		27.728															27.728
Senegal						6.090											6.090
Sierra Leone						2.000											2.000
Sudan							500										500
Südafrika		12.000															12.000
Tansania						8.000											8.000
Togo		6.000															6.000
Afrika gesamt		**45.728**				**94.610**	**1.605**										**141.943**
Afghanistan						25.775											25.775
Bangladesch							1.000										1.000
China									8.000								8.000
Indien					98.755		133.850										232.605
Indonesien					120.000					500.000							620.000
Mongolei		19.100															19.100
Pakistan														15.665		100.000	115.665
Sri Lanka	61.000				150.000						78.400						289.400
Thailand																20.898	20.898
Asien gesamt	**61.000**	**19.100**			**368.755**	**25.775**	**134.850**		**8.000**	**500.000**	**78.400**			**15.665**		**120.898**	**1.332.443**
Antigua						9.400											9.400
Bolivien		3.200				25.000											28.200
Brasilien		34.277															34.277
Kuba						3.760											3.760
Nicaragua						160.100											160.100
USA							60.800										60.800

noch Anlage 13

Länder	Baden Württemberg	Bayern	Berlin[1]	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen[1]	Summe
(Süd-)Amerika gesamt		**37.477**				**198.260**	**60.800**										**296.537**
Albanien	15.444	33.000															48.444
Armenien	84.218																84.218
Bosnien-Herzegowina	173.179	2.500				73.890											249.569
Bulgarien	563.003					3.760											566.763
Georgien	7.950																7.950
Kasachstan						3.760											3.760
Kosovo	895.354					140.000											1.035.354
Kroatien	993																993
Lettland	1.197					5.000											6.197
Litauen						8.500											8.500
Mazedonien	145.626	4.763				20.000											170.389
Moldau	267.950																267.950
Polen	3.000	2.000				33.160											38.160
Rumänien	667.066	2.069.048					500			1.263.000							3.999.614
Russische Föderation	118.186	7.669				60.000			27.328								213.183
Serbien-Montenegro	186.633																186.633
Slowakei							500										500
Tschechische Republik													5.000.000				5.000.000
Ukraine	242.045	107.097				4.110	165.000		1.047.012								1.565.264
Ungarn						25.000											25.000
Weißrussland	165.874	1.000					750		501.164		229.643						898.431
Europa-GUS gesamt	**3.537.718**	**2.227.077**				**377.180**	**166.750**		**1.575.504**	**1.263.000**	**229.643**		**5.000.000**				**14.376.872**
Israel							9.800										9.800
Palästinensische Gebiete					34.512		10.000										44.512
Naher und mittlerer Osten gesamt					**34.512**		**19.800**										**54.312**
Gesamt	**3.598.718**	**2.329.382**			**403.267**	**695.825**	**383.805**		**1.583.504**	**1.763.000**	**308.043**		**5.000.000**	**15.665**		**120.898**	**16.202.107**

Quelle: Länder

[1] Sachspenden, deren nomineller Wert nicht ermittelt wurde, sind nur in Anlage 14 aufgeführt.

Anlage 14

Baden-Württemberg - Humanitäre Hilfe

Länder	2002	2003	2004	2005	2002-2005
Albanien	6.057	1.850	4.977	2.560	15.444
Armenien		75.000	3.018	6.200	84.218
Bosnien-Herzegowina	52.938	53.865	52.950	13.426	173.179
Bulgarien	91.752	144.835	246.612	79.804	563.003
Georgien		7.950			7.950
Kosovo	354.339	230.387	211.559	99.069	895.354
Kroatien	993				993
Lettland		1.197			1.197
Mazedonien	16.035	17.507	46.754	65.330	145.626
Moldau	14.008	135.958	51.834	66.150	267.950
Polen	3.000				3.000
Rumänien	140.655	192.214	183.730	150.467	667.066
Russische Föderation	21.195	20.452	64.649	11.890	118.186
Serbien-Montenegro	1.100	181.243	3.050	1.240	186.633
Ukraine	20.518	51.343	62.649	107.535	242.045
Weißrussland	17.755	60.596	58.398	29.125	165.874
Sri Lanka				61.000	61.000
Gesamt	**740.345**	**1.174.397**	**990.180**	**693.796**	**3.598.718**

Quelle: Staatsministerium des Landes Baden-Württemberg

Bayern - Humanitäre Hilfe

Länder	2002	2003	2004	2005	2002-2005
Albanien		3.000	30.000		33.000
Bolivien		3.200			3.200
Bosnien	2.500				2.500
Brasilien	25.000	9.277			34.277
Mazedonien	4.763				4.763
Mongolei	10.000	9.100			19.100
Polen		2.000			2.000
Ruanda	27.728				27.728
Rumänien	980.892	652.380	215.913	219.863	2.069.048
Russische Föderation	7.669				7.669
Südafrika	12.000				12.000
Togo	6.000				6.000
Ukraine	70.285	31.812	5.000		107.097
Weißrussland	1.000				1.000
Gesamt	**1.147.837**	**710.769**	**250.913**	**219.863**	**2.329.382**

Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Berlin - Humanitäre Hilfe

Länder	2002	2003	2004	2005	2002-2005
Indonesien				Sachspenden	
Gesamt	**0**	**0**	**0**		

Quelle: Senatskanzlei des Landes Berlin; nomineller Wert der Sachspenden wurde nicht ermittelt

noch Anlage 14

Brandenburg - Humanitäre Hilfe

Länder	2002	2003	2004	2005	2002-2005
					0
Gesamt	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Quelle: Ministerium des Inneren des Landes Brandenburg

Bremen - Humanitäre Hilfe

Länder	2002	2003	2004	2005	2002-2005
Indien				98.755	98.755
Indonesien				120.000	120.000
Palästinensische Gebiete	18.500	15.000		1.012	34.512
Sri Lanka				150.000	150.000
Gesamt	**18.500**	**15.000**	**0**	**369.767**	**403.267**

Quelle: Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen

Hamburg - Humanitäre Hilfe

Länder	2002	2003	2004	2005	2002-2005
Afghanistan	2.000	19.275		4.500	25.775
Antigua	9.400				9.400
Bolivien		25.000			25.000
Bosnien-Herzegowina	40.890	33.000			73.890
Bulgarien	3.760				3.760
Ghana				1.000	1.000
Guinea	7.520				7.520
Kasachstan	3.760				3.760
Kosovo			140.000		140.000
Kuba	3.760				3.760
Lettland			5.000		5.000
Litauen			8.500		8.500
Mazedonien		20.000			20.000
Namibia			70.000		70.000
Nicaragua	44.100		116.000		160.100
Polen	13.160	20.000			33.160
Russische Föderation		50.000		10.000	60.000
Senegal	6.090				6.090
Sierra Leone	2.000				2.000
Tansania	8.000				8.000
Ukraine	4.110				4.110
Ungarn		25.000			25.000
Gesamt	**148.550**	**192.275**	**339.500**	**15.500**	**695.825**

Quelle: Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg

noch Anlage 14

Hessen - Humanitäre Hilfe

Länder	2002	2003	2004	2005	2002-2005
Algerien		1.105			1.105
Bangladesch			1.000		1.000
Indien	43.400	32.700	33.950	23.800	133.850
Israel	3.100	3.100	3.100	500	9.800
Palästinensische Gebiete	10.000				10.000
Rumänien			500		500
Slowakei	500				500
Sudan				500	500
Ukraine	82.000	82.200	800		165.000
USA	800			60.000	60.800
Weißrussland	750				750
Gesamt	**140.550**	**119.105**	**39.350**	**84.800**	**383.805**

Quelle: Staatskanzlei des Landes Hessen

Niedersachsen - Humanitäre Hilfe

Länder	2002	2003	2004	2005	2002-2005
China				8.000	8.000
Russische Föderation	19.520	7.808			27.328
Ukraine	409.465	259.100	249.726	128.721	1.047.012
Weißrussland	174.362	143.459	114.608	68.735	501.164
Gesamt	**603.347**	**410.367**	**364.334**	**205.456**	**1.583.504**

Quelle: Staatskanzlei des Landes Niedersachsen

Nordrhein-Westfalen - Humanitäre Hilfe

Länder	2002	2003	2004	2005	2002-2005
Rumänien	373.000	328.000	501.000	61.000	1.263.000
Indonesien			500.000		500.000
Gesamt	**373.000**	**328.000**	**1.001.000**	**61.000**	**1.763.000**

Quelle: Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen

Rheinland-Pfalz - Humanitäre Hilfe

Länder	2002	2003	2004	2005	2002-2005
Sri Lanka				78.400	78.400
Weißrussland	63.840	56.843	55.192	53.768	229.643
Gesamt	**63.840**	**56.843**	**55.192**	**132.168**	**308.043**

Quelle: Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz

Saarland - Humanitäre Hilfe

Länder	2002	2003	2004	2005	2002-2005
					0
Gesamt	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Quelle: Ministerium für Inneres, Familie, Frauen und Sport des Saarlandes

noch Anlage 14

Sachsen-Anhalt - Humanitäre Hilfe

Länder	2002	2003	2004	2005	2002-2005
Pakistan				15.665	15.665
Gesamt	**0**	**0**	**0**	**15.665**	**15.665**

Quelle: Ministerium des Inneren des Landes Sachsen-Anhalt

Sachsen - Humanitäre Hilfe

Länder	2002	2003	2004	2005	2002-2005
Tschechische Republik	5.000.000				5.000.000
Gesamt	**5.000.000**	**0**	**0**	**0**	**5.000.000**

Quelle: Staatskanzlei des Freistaates Sachsen

Schleswig-Holstein - Humanitäre Hilfe

Länder	2002	2003	2004	2005	2002-2005
					0
Gesamt	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Quelle: Staatskanzlei Schleswig -Holstein

Thüringen - Humanitäre Hilfe

Länder	2002	2003	2004	2005	2002-2005
Pakistan				100.000	100.000
Russische Förderation				Sachspenden	
Thailand				20.898	20.898
Gesamt	**0**	**0**	**0**	**120.898**	**120.898**

Quelle: Innenministerium und Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Thüringen

Anlage 15

Humanitäre Hilfe ausgewählter deutscher Hilfsorganisationen 2002 - 2005
Ausgaben für Hilfsprojekte im Ausland

	ADRA[1]	ASB[2]	Care[3]	Caritas[4]	DRK[5]	DWHH[6]	Diakonie[7]	HELP[8]	World Vision[9]
Gesamt	**19.341.833**	**55.621.981**	**15.774.207**	**159.433.123**	**57.204.000**	**259.117.912**	**149.101.371**	**68.991.014**	**64.982.980**

	ADRA	ASB	Care	Caritas	DRK	DWHH	Diakonie	HELP	World Vision
Ägypten				60.000					
Algerien					447.000		121.000		
Angola	936.691	268.612	280.566	4.869.376	354.000	16.390.342	858.664		1.298.133
Äthiopien	5.637	16.000	230.751	5.357.500	1.243.000	14.357.257	931.671		1.377.773
Benin				20.000					
Botswana					29.000				
Burkina Faso						750.000	88.113		
Burundi				3.822.973	84.000	6.582.448	199.387		699.183
Elfenbeinküste					15000				
Eritrea				450.000	96.000	45.561	334.880		
Gambia		104.842							
Ghana	222						10.000		
Guinea		13.287		354.146	19.000		502.124		
Guinea-Bissau				772.309					
Kenia			133.827	441.145	1.118.000	1.615.210	944.737		3.066.340
Kongo (Brazzaville)					150.000				
Kongo, Dem. Republik		3.000		9.536.284	340.000	40.619.062	697.103		6.391.512
Lesotho	24.345	9.600	185.626	95.000	1.900.000		20.000		
Liberia	194.812			1.336.653	120.000	15.974.275	1.424.575		2.976.999
Madagaskar						894.624	40.000		
Malawi			225	327.722	380.000		612.590		2.544.879
Mali				117.339	100.000	5.887.620			
Marokko	1.015				273.000				
Mauretanien		4.294		160.000			51.340		1.422.419
Mosambik		20.050	18.013	1.033.296	368.000	12.193.927	494.688		4.916.698
Namiba					6.000				
Niger		140.159	496.559	785.530	791.000	120.000	200.000	3.006.243	
Nigeria					24.000				
Ruanda			45.026	898.779	182.000		91.735		
Sambia	145.245			162.000	6.000		346.774		
Senegal					49.000				2.366
Seychellen					12.000				
Sierra Leone	206.805			734.110	128.000	20.350	497.675		
Simbabwe	95.047				262.000	4.821.859	1.067.925	13.776.366	4.843.752
Somalia	998.482		150.035	857.911	911.000		4.296.818		165.418
Südafrika				40.903	26.000				
Sudan	677.256	5.434	854.168	1.737.827	7.157.000	48.594.887	3.736.548		6.330.766
Swasiland	432.754				492.000		168.000		5.816.079
Tansania	594			668.892	81.000		50.000		279.743
Tschad		1.141.720	645.040	475.199	732.000		83.473	2.866.465	671.583
Togo				65.452					
Tunesien	538								
Uganda	23.410	156.021	54.212	2.103.206	121.000	601.850	56.501		794.128
Zentralafrikanische Republik				50.000					
Afrika länderübergreifend							2.542.951		382.041
Afrika gesamt	**3.742.853**	**1.883.019**	**3.094.048**	**37.333.552**	**18.016.000**	**169.469.272**	**20.469.272**	**19.649.074**	**43.979.812**

n o c h Anlage 15

	ADRA	ASB	Care	Caritas	DRK	DWHH	Diakonie	HELP	World Vision
Argentinien				100.000	217.000		17.073		
Belize	80				2.000				
Bolivien				261.030	803.000		40.000		37.961
Brasilien				1.340.585	900.000				
Chile				79.000					
Dominikanische Republik					126.000		19.056		
Ecuador			913	78.121					
El Salvador	1.028	20.035	47.521	282.946	396.000		346.986		
Guatemala				557.648	63.000	4.681	433.350		78.517
Guyana					90.000				
Haiti			110.900	122.800	584.000	1.306.775	485.589		
Honduras		266.609	25.000	80.000	124.000				120.608
Jamaika	102.196								
Kapverden				20.000					
Kleine Antillen				15.000					
Kolumbien				2.608.492	241.000	167.294	2.581.626		
Kuba				68.000	1.124.000	1.900.400	178.199		
Mexiko	3.022								
Nicaragua		583.452	111.932	376.751			393.191		7.122
Panama				50.000	23.000				
Peru	124.774			431.039	562.000	857.478	94.091		
USA	7.255		45.000		1.736.000		548.944		
Venezuela					123.000				
Amerika, länderübergreifend				315.692		50.000	1.852.159		
Amerika gesamt	**238.355**	**870.096**	**341.266**	**6.787.104**	**7.114.000**	**4.286.628**	**6.990.264**		**244.208**

	ADRA	ASB	Care	Caritas	DRK	DWHH	Diakonie	HELP	World Vision
Afghanistan	3.394.500	608.023	653.410	10.910.678	1.951.000	9.926.574	5.113.616	5.679.492	3.617.515
Bangladesh				1.012.715	482.000	26.681	395.532		33.085
China				293.000	240.000		175.979		5.120
Indien	1.454.058	446.920	544.979	5.824.801	534.000	7.617.412	13.761.950	835.545	1.114.706
Indonesien	734.576		446.183	93.084	10.033.000	9.923.292	9.014.853	4.638.151	2.859.083
Kambodscha			985.253	94.000			40.000		
Korea, Dem. Volksr.	323.414			765.869	983.000	18.413.815	1.164.917		
Laos			235.843						
Malediven					466.000				
Mongolei	273.626				112.000		25.000		21.017
Myanmar				20.000	900.000	3.441.763			
Nepal			51.343	235.000	128.000		60.000		
Osttimor						40.493			662.500
Pakistan	14.542	57.042	277.236	2.236.868	4.862.000	1.881.685	3.659.866	256.097	
Papua-Neuguinea									10.235
Philippinen						219.208	433.589		49.394
Sri Lanka	765.671	4.029.998	2.493.688	407.372	7.502.000	20.146.416	5.415.897	3.918.147	2.233.529
Thailand	334.842			346.700	29.000	2.533.400			21.795
Vietnam			445.100	228.107	16.000		87.000		109.988
Ozeanien				30.000	26.000		28.127		
Asien, länderübergreifend				18.184.304			2.434.255		50.143
Asien, Australien und Ozeanien gesamt	**7.295.229**	**5.141.983**	**6.133.035**	**40.682.498**	**28.264.000**	**74.170.739**	**41.810.581**	**15.327.432**	**10.788.110**

noch Anlage 15

	ADRA	ASB	Care	Caritas	DRK	DWHH	Diakonie	HELP	World Vision
Albanien		20.148	117.332	288.391	44.000			400.000	
Armenien				60.000			33.541		283.323
Aserbaidschan							77.693		
Bosnien und Herzegow	1.625	8.874.066	13.366	1.601.615			307.811	7.353.597	3.790.724
Bulgarien	59.237		17.060	100.550					
Deutschland	666.934			49.139.815			55.749.980		
Frankreich				27.230			14.993		
Georgien				380.000	53.000		42.285		573.496
Italien					18.000				
Kasachstan	18.507			30.000					
Kirgisistan	525						35.000		
Kosovo			152.018		171.000				
Kroatien	1.805.799	27.779.042		7.120					
Litauen	6.619								
Mazedonien	11.335		942.023	5.020	116.000		183.375		
Moldau, Republik	24.705			290.140					
Österreich					5000				
Polen	6.919			511.292			40.000		
Republik Jugoslawien		8.689.450	461.732	1.367.968			715.086		558.831
Rumänien	83.604		374.678	1.116.057	281.000		1.243.077		125.529
Russische Föderation	35.239	835.138	178.446	1.857.684	336.000		2.431.886	8.448.568	993.666
Serbien und Montenegro	3.349.564		2.132.015	50.000	147.000		122.828	13.526.470	
Slowakei	21.517			25.000					
Tadschikistan		118.952	54.953		236.000	10.639.870	171.770		
Tschechische Republik	188.637	110.000		7.400.000	328.000		1.930.000		
Türkei		36.054		6.061.254			2.219.853		
Ukraine	108.469			45.000	184.000				
Ungarn	60.398						40.904		
Usbekistan	615					15.862			
Weißrussland	583								
Europa, länderübergreifend				950.829			5.752.000		
Europa GUS gesamt	**6.450.831**	**46.462.850**	**4.443.623**	**71.314.965**	**1.919.000**	**10.655.732**	**71.112.082**	**29.728.635**	**6.325.569**

	ADRA	ASB	Care	Caritas	DRK	DWHH	Diakonie	HELP	World Vision
Irak	1.136.385	493.911	1.416.616	772.644	325.000	491.385	1.978.082	3.835.115	1.089.130
Iran	478.180	770.122	197.876	1.547.311	1.002.000		5.317.390	450.758	1.158.823
Israel				757.113			1.423.700		
Jordanien			15.013	45.113		44.156			
Libanon				182.823					510.248
Palästinensische Gebiete			132.730		564.000				887.080
Syrien				10.000					
Naher und Mittlerer Osten gesamt	**1.614.565**	**1.264.033**	**1.762.235**	**3.315.004**	**1.891.000**	**535.541**	**8.719.172**	**4.285.873**	**3.645.281**

Quelle: eigene Angaben der Hilfsorganisationen

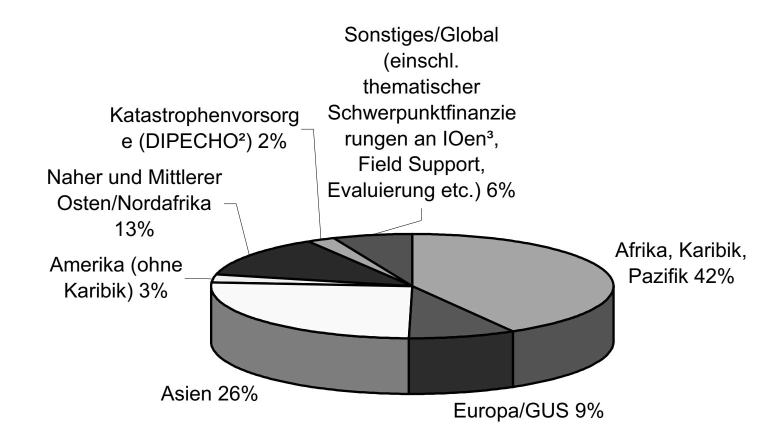
1 Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe e.V.
2 Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V.
3 CARE Deutschland e.V. (Cooperative for Assistance and Relief to Everywhere)
4 Deutscher Caritas Verband e.V.
5 Deutsches Rotes Kreuz
6 Deutsche Welthungerhilfe e.V.
7 Diakonisches Werk der EKD e.V. - Katastrophenhilfe
8 HELP Hilfe zur Selbsthilfe e.V.
9 World Vision Deutschland e.V.

Anlage 16

Humanitäre Hilfe der Europäischen Union 2002 - 2005
ECHO[1] - Regionale Verteilung in Mio. Euro

Regionen	2002	2003	2004	2005	2002-2005	in %
Afrika, Karibik, Pazifik	211,3	225,3	301,6	244,2	982,4	42%
Europa/GUS	83,5	46,9	41,9	35,2	207,5	9%
Asien	138,0	116,9	111,1	239,2	605,2	26%
Amerika (ohne Karibik)	19,6	10,1	12,2	17,7	59,6	3%
Naher und Mittlerer Osten/Nordafrika	63,9	144,3	48,5	48,9	306.0	13%
Katastrophenvorsorge (DIPECHO²)	8,0	12,0	13,7	17,5	51,2	2%
Sonstiges/Global (einschl. thematischer Schwerpunktfinanzierungen an IOen³, Field Support, Evaluierung etc.)	13,6	44,9	41,1	49,8	149,4	6%
Summe	**537,9**	**600,3**	**570,0**	**652,5**	**2.360,7**	**100%**

Quelle: ECHO
1 Amt für Humanitäre Hilfe der Europäischen Union
2 "Disaster Preparedness and Prevention Programme" von ECHO
3 IKRK, UNHCR, UNICEF, OCHA, WEP u.a.



Anlage 17

Humanitäre Hilfe der Europäischen Union
ECHO-Partnerorganisationen 2002 - 2005

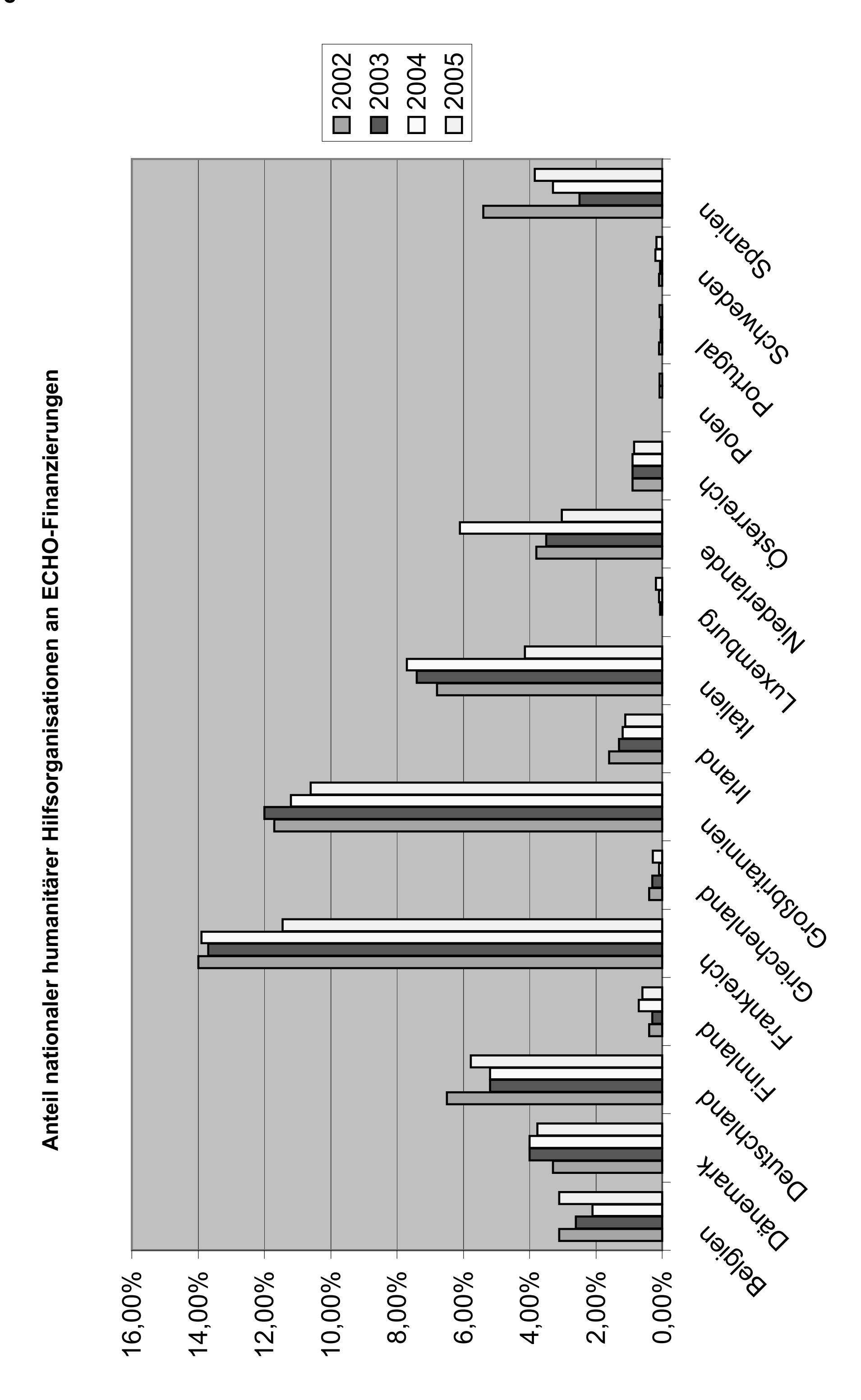
Partnerorganisationen	2002		2003		2004		2005	
	Betrag	in % der Gesamtsumme	Betrag	in % der Gesamtsumme	Betrag	in % der Gesamtsumme	Betrag	in % der Gesamtsumme
EU-NROen[1]:	310.525.259	58,10%	315.517.715	53,80%	317.934.437	57,10%	251.390.723	49,22%
Belgien	16.387.000	3,10%	15.563.673	2,60%	11.940.610	2,10%	15.741.699	3,10%
Dänemark	17.628.685	3,30%	23.352.107	4,00%	22.140.569	4,00%	19.229.994	3,77%
Deutschland	**34.541.077**	**6,50%**	**30.572.789**	**5,20%**	**28.930.287**	**5,20%**	**29.549.940**	**5,78%**
Finnland	2.402.000	0,40%	2.135.000	0,30%	3.662.731	0,70%	3.027.713	0,59%
Frankreich	74.573.307	14,00%	79.774.213	13,70%	76.927.472	13,90%	58.466.416	11,45%
Griechenland	2.331.000	0,40%	1.695.000	0,30%	500.000	0,09%	1.424.159	0,28%
Großbritannien	62.281.539	11,70%	70.602.717	12,00%	62.446.951	11,20%	54.177.993	10,60%
Irland	8.744.177	1,60%	7.664.263	1,30%	6.762.169	1,20%	5.725.529	1,12%
Italien	36.432.007	6,80%	43.387.528	7,40%	42.847.258	7,70%	21.142.377	4,14%
Luxemburg			343.540	0,06%	480.000	0,09%	960.000	0,19%
Niederlande	20.144.610	3,80%	20.456.440	3,50%	33.980.164	6,10%	15.483.638	3,03%
Österreich	5.120.151	0,90%	5.056.767	0,90%	5.017.510	0,90%	4.307.130	0,84%
Polen					745.000	0,08%	400.000	0,08%
Portugal	514.681	0,10%	239.000	0,05%	295.000	0,03%	407.916	0,08%
Schweden	700.000	0,10%	400.000	0,07%	1.047.340	0,20%	930.691	0,18%
Spanien	28.725.025	5,40%	14.274.678	2,50%	18.431.376	3,30%	19.623.528	3,84%
Tschechische Republik					1.780.000	0,40%	792.000	0,15%
andere NROen[1]:	5.194.885	1,00%	7.895.809	1,60%	6.320.329	1,10%	9.631.720	1,88%
Norwegen	2.175.000	0,40%	4.685.809	0,90%	1.150.009	0,20%	6.140.323	1,20%
Schweiz	3.019.885	0,60%	3.210.000	0,70%	5.170.320	0,90%	3.491.397	0,68%
Organisationen der VN	148.505.513	27,90%	168.043.203	28,80%	147.430.464	27,00%	167.734.092	32,84%
FAO	4.406.000	0,8%	6.901.738	1,2%	5.774.336	1,1%	16.937.836	3,32%
PAHO	250.000	0,0%	356.000	0,1%	1.779.548	0,4%	587.942	0,12%
UNFPA			775.000	0,1%	1.000.000	0,2%	912.000	0,18%
UNDP	3.226.000	0,6%	9.736.410	1,7%	2.058.543	0,4%	2.523.328	0,49%
UNESCAP	399.556	0,0%			420.000	0,1%		
UNHCR	56.200.300	10,6%	43.296.103	7,4%	37.236.510	6,7%	51.158.136	10,01%
UNICEF	20.506.269	3,8%	37.920.895	6,4%	37.392.510	6,8%	27.091.466	5,30%
UNOCHA	2.975.240	0,6%	5.490.870	0,9%	9.851.302	1,8%	12.296.925	2,40%
UNRWA	2.212.000	0,4%	13.298.284	2,4%	8.050.000	1,5%	6.500.000	1,27%
WFP	55.175.090	10,5%	42.786.501	7,3%	37.392.510	6,8%	39.778.002	7,80%
WHO	3.155.058	0,6%	7.481.402	1,3%	6.475.205	1,2%	9.948.457	1,95%
andere internationale Organisationen (einschließlich IKRK, IFRK, IOM)	45.244.603	8,50%	74.531.333	12,80%	49.861.580	9,00%	60.701.950	11,89%
andere ²	22.651.710	4,50%	17.745.224	3,00%	32.146.378	5,80%	21.219.644	4,17%
Gesamt	532.121.970	100,00%	583.733.284	100,00%	553.693.188	100,00%	510.678.129	100,00%

Quelle: ECHO

[1] Nichtregierungsorganisationen einschließlich nationaler Rotkreuzgesellschaften

[2] einschließlich EU-Einrichtungen, Regierungen

Anlage 18



Quelle: ECHO

Anlage 19

Geberstatistik öffentlicher Entwicklungshilfe des Entwicklungshilfekomitees (DAC) der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) - einschließlich Not- und Katastrophenhilfe 2002-2005 (in Mio. US-Dollar, jeweils laufende Preise und Wechselkurse)

	2002				2003				2004				2005			
			darin enthalten:				darin enthalten:				darin enthalten:				darin enthalten[5]:	
	ODA[1]	% BNE[2]	Noth.[3]	an EU[4]	ODA[1]	% BNE[2]	Noth.[3]	an EU[4]	ODA[1]	% BNE[2]	Noth.[3]	an EU[4]	ODA[1]	% BNE[2]	Noth.[3]	an EU[4]
Belgien	1.072	0,43	29	208	1.853	0,60	111	282	1.463	0,41	100	335	1.975	0,53		
Dänemark	1.643	0,96	110	109	1.748	0,84	117	146	2.037	0,85	95	179	2.107	0,81		
Deutschland	5.324	0,27	224	1.259	6.784	0,28	182	1.604	7.534	0,28	207	1.881	9.915	0,35		
Finnland	462	0,35	40	63	558	0,35	45	108	655	0,35	53	133	897	0,47		
Frankreich	5.486	0,38	257	1.286	7.253	0,41	476	1.311	8.473	0,41	563	1.863	10.059	0,47		
Griechenland	276	0,21	6	125	362	0,21	11	116	465	0,23	13	144	535	0,24		
Irland	398	0,40	17	63	504	0,39	26	73	607	0,39	38	93	692	0,41		
Italien	2.332	0,20	82	762	2.433	0,17	89	942	2.462	0,15	75	1.186	5.053	0,29		
Luxemburg	147	0,77	13	14	194	0,81	14	19	236	0,83	22	20	264	0,87		
Niederlande	3.338	0,81	212	210	3.981	0,80	305	250	4.204	0,73	339	383	5.131	0,82		
Österreich	520	0,26	30	98	505	0,20	37	169	678	0,23	58	200	1.552	0,55		
Portugal	323	0,27	2	73	320	0,22	1	88	1.031	0,63	18	112	367	0,21		
Schweden	2.012	0,84	302	83	2.400	0,79	387	123	2.722	0,78	384	225	3.280	0,92		
Spanien	1.712	0,26	32	416	1.961	0,23	89	525	2.437	0,24	97	628	3.123	0,29		
Vereinigtes Königreich	4.924	0,31	400	925	6.282	0,34	565	1.078	7.883	0,36	523	1.529	10.754	0,48		
Norwegen	1.696	0,89	252		2.042	0,92	350		2.199	0,87	261		2.775	0,93		
Schweiz	939	0,32	146		1.299	0,39	158		1.545	0,41	345		1.771	0,44		
Australien	989	0,26	98		1.219	0,25	139		1.460	0,25	167		1.666	0,25		
Japan	9.283	0,23	36		8.880	0,20	30		8.906	0,19	657		13.101	0,28		
Kanada	2.004	0,28	191		2.031	0,24	246		2.599	0,27	295		3.731	0,34		
Neuseeland	122	0,22	11		165	0,23	17		212	0,23	27		274	0,27		
USA	13.290	0,13	1.382		16.254	0,15	2.478		19.705	0,17	2.995		27.457	0,22		
DAC-Länder insgesamt	**58.292**	**0,23**	**3.872**	**5.694**	**69.028**	**0,25**	**5.873**	**6.834**	**79.513**	**0,26**	**7.332**	**8.911**	**106.479**	**0,33**		

Quelle: OECD, DAC

[1] Bilaterale und multilaterale staatliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance); Leistungen an fortgeschrittene Entwicklungsländer und Übergangsländer sind hierin nicht enthalten; in Deutschland Leistungen des Bundes und der Länder

[2] Anteil der ODA am Bruttonationaleinkommen in %

[3] Bilaterale Not- und Katastrophenhilfe, Humanitäre Hilfe, Aufwendungen für anerkannte Asylbewerber im ersten Jahr ihres Aufenthaltes im Gastland

[4] Beiträge zu den aus dem EU-Haushalt finanzierten Leistungen für Entwicklungsländer, zum Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und den Krediten der Europäischen Investitionsbank (EIB)

[5] Die Zahlen lagen zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor.

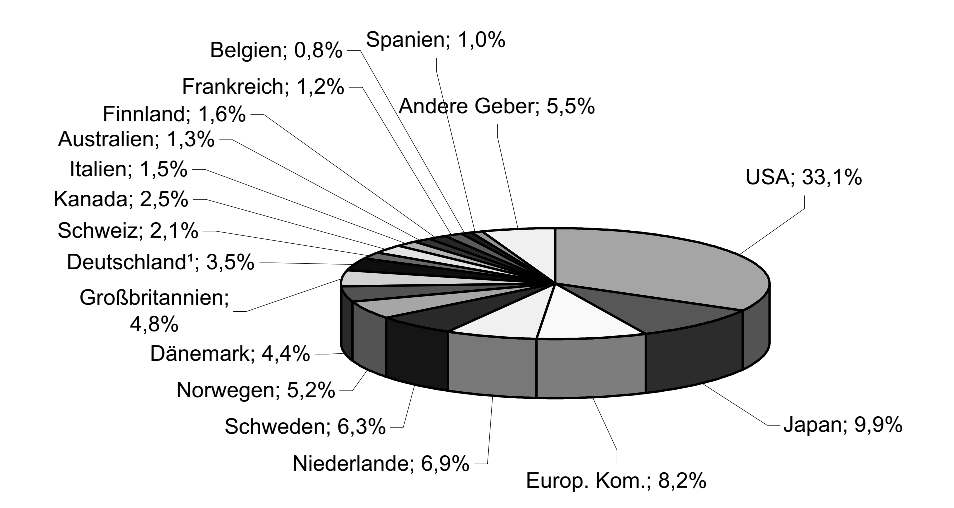
Anlage 20

Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen (UNHCR)
Wichtigste Geber 2002 - 2005 (in Mio. US-Dollar)

	2002	2003	2004	2005	2002-2005	%
USA	259,245	308,694	392,252	322,712	1282,903	33,1%
Japan	118,870	90,750	81,752	94,519	385,891	9,9%
Europ. Kom.	65,720	86,524	80,520	86,130	318,895	8,2%
Niederlande	61,210	53,389	78,980	76,476	270,055	6,9%
Schweden	42,457	56,690	60,836	85,199	245,183	6,3%
Norwegen	38,732	48,550	53,840	62,786	203,908	5,2%
Dänemark	33,096	39,072	45,444	53,033	170,645	4,4%
Großbritannien	33,561	46,864	48,390	56,892	185,706	4,8%
Deutschland[1]	**30,560**	**32,557**	**31,194**	**40,157**	**134,468**	**3,5%**
Schweiz	15,856	21,955	22,241	23,703	83,755	2,1%
Kanada	18,891	24,649	23,725	31,742	99,008	2,5%
Italien	13,896	15,693	12,175	15,864	57,628	1,5%
Australien	13,764	10,468	13,618	13,276	51,127	1,3%
Finnland	11,953	14,743	16,699	18,780	62,176	1,6%
Frankreich	10,711	11,849	11,947	13,549	48,056	1,2%
Belgien	5,980	7,729	8,498	9,612	31,819	0,8%
Spanien	2,980	9,423	12,902	15,111	40,416	1,0%
Andere Geber	38,341	65,834	32,742	76,073	212,990	5,5%
Insgesamt	**815,824**	**945,435**	**1027,754**	**1095,615**	**3884,627**	**100,0%**

Quelle: UNHCR

[1] Hierin enthalten sind die freiwilligen nichtzweckgebundenen Beiträge sowie Projektfinanzierungen aus Mitteln des AA und des BMZ

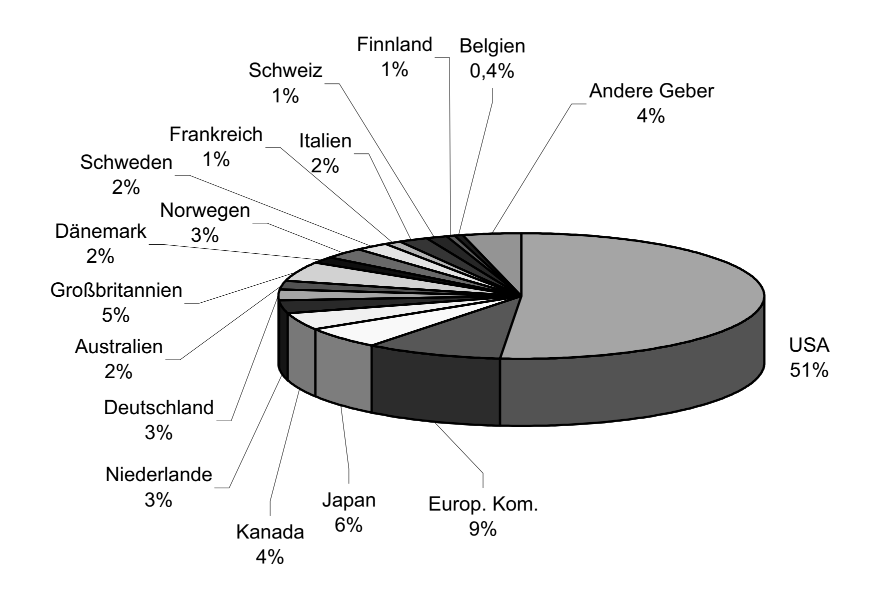


Anlage 21

Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WEP)
Wichtigste Geber 2002 - 2005 (in Mio. US-Dollar)

	2002	2003	2004	2005	2002-2005	%
USA	933,217	1.459,624	1.060,481	1.210,896	4.664,218	51,2%
Europ. Kom.	178,695	200,874	200,501	263,940	844,010	9,2%
Japan	92,896	130,108	135,730	160,525	519,259	5,7%
Kanada	47,876	111,631	88,837	152,085	400,428	4,4%
Niederlande	58,795	50,422	77,738	115,348	302,303	3,3%
Deutschland	**60,920**	**46,503**	**65,124**	**69,258**	**241,805**	**2,7%**
Australien	50,215	39,205	41,497	62,551	193,467	2,1%
Großbritannien	95,718	135,734	115,884	114,310	461,647	5,0%
Dänemark	40,107	39,335	43,247	52,838	175,527	1,9%
Norwegen	45,714	51,277	54,852	93,455	245,299	2,7%
Schweden	31,167	42,341	44,540	84,259	202,308	2,2%
Frankreich	14,457	14,939	30,288	37,676	97,360	1,0%
Italien	38,016	40,480	47,620	47,908	174,023	1,9%
Schweiz	24,155	30,881	32,673	36,057	123,766	1,4%
Finnland	17,444	17,793	17,890	23,405	76,532	0,8%
Belgien	5,748	8,405	11,705	13,952	39,809	0,4%
Andere Geber	40,869	59,622	90,972	165,893	357,356	3,9%
Insgesamt	**1.776,0**	**2.479,2**	**2.159,6**	**2.704,4**	**9.119,1**	**100,0%**

Quelle: WEP

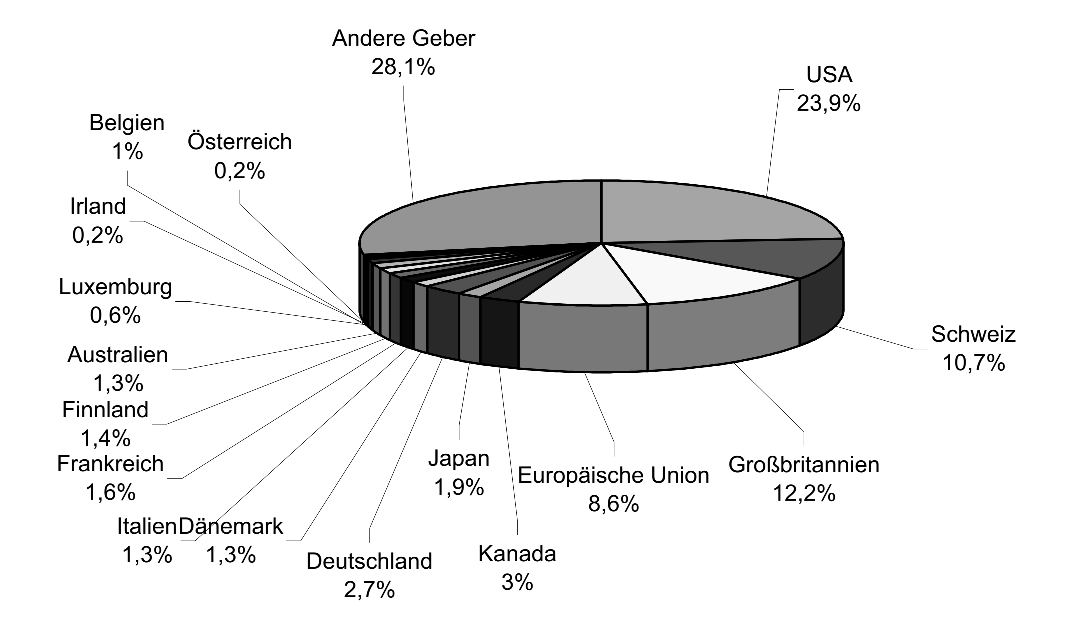


Anlage 22

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)
Wichtigste Geber 2002 - 2005 (in Mio. Schweizer Franken)

	2002	2003	2004	2005	2002-2005	%
USA	201.369.466	231.716.011	166.966.792	211.831.854	811.884.123	23,9%
Schweiz	89.300.760	91.005.261	92.065.666	92.840.201	365.211.888	10,7%
Großbritannien	118.685.367	113.685.048	83.668.050	97.983.137	414.021.602	12,2%
Europ. Kom.	40.455.091	79.154.410	77.899.409	94.724.952	292.233.862	8,6%
Kanada	22.117.156	32.004.237	18.122.751	20.608.825	92.852.969	2,7%
Japan	22.634.642	18.808.000	10.518.769	13.592.000	65.553.411	1,9%
Deutschland	**26.407.547**	**24.234.153**	**22.856.820**	**18.125.401**	**91.623.921**	**2,7%**
Dänemark	11.170.862	10.352.426	10.443.311	10.407.463	42.374.062	1,3%
Italien	12.354.950	9.388.420	10.297.275	10.311.300	42.351.945	1,3%
Frankreich	10.311.088	12.510.108	17.892.982	13.934.759	54.648.937	1,6%
Finnland	9.845.143	13.581.245	13.416.726	10.061.054	46.904.168	1,4%
Australien	9.976.060	10.632.044	11.684.487	12.440.950	44.733.541	1,3%
Belgien	4.398.326	9.901.133	10.000.289	10.241.925	34.541.673	1,0%
Luxemburg	3.693.241	5.143.342	7.206.506	5.472.354	21.515.443	0,6%
Irland	2.528.219	3.208.840	2.295.305	3.881.690	11.914.054	0,3%
Österreich	1.846.795	527.442	2.381.186	2.795.507	7.550.930	0,2%
Andere Geber	201.173.601	230.650.232	199.914.220	324.902.052	956.640.105	28,1%
Insgesamt	**788.268.314**	**896.502.352**	**757.630.544**	**954.155.424**	**3.396.556.634**	**100,0%**

Quelle: IKRK



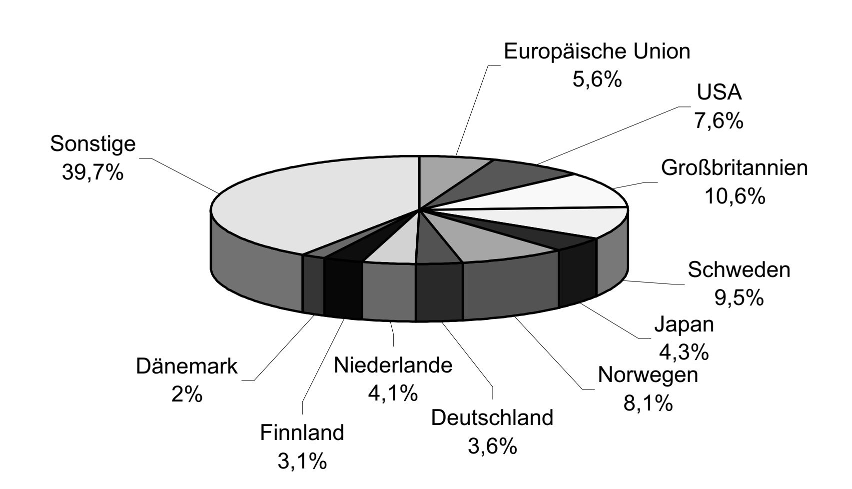
Anlage 23

Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRK)
Reaktion auf Hilfsaufrufe 2002 - 2005 (in Mio. Schweizer Franken)

	2002	2003	2004	2005	2002-2005	%
Europ. Kom.	25,4	23,5	18,7	19,8	87,4	5,6%
USA	16,1	28,6	52,9	20,2	117,8	7,6%
Großbritannien	36,5	35,6	43,0	49,8	164,9	10,6%
Schweden	27,5	23,1	83,0	40,4	174,0	9,5%
Japan	9,6	7,8	34,0	14,7	66,1	4,3%
Norwegen	30,2	27,3	34,4	34,2	126,1	8,1%
Deutschland[1]	**6,6**	**13,1**	**22,1**	**13,4**	**55,2**	**3,6%**
Niederlande	14,2	10,6	23,7	15,5	64,0	4,1%
Finnland	12,6	10,0	12,5	13,3	48,4	3,1%
Dänemark	5,3	9,5	10,2	7,4	32,4	2,0%
Sonstige	109,0	111,7	286,1	111,1	617,9	39,7%
Insgesamt	**293,0**	**300,8**	**620,6**	**339,8**	**1.554,2**	**100,0%**

Quelle: IFRK

[1] Beim deutschen Beitrag handelt es sich ausschließlich um Beiträge des Deutschen Roten Kreuzes



Anlage 24

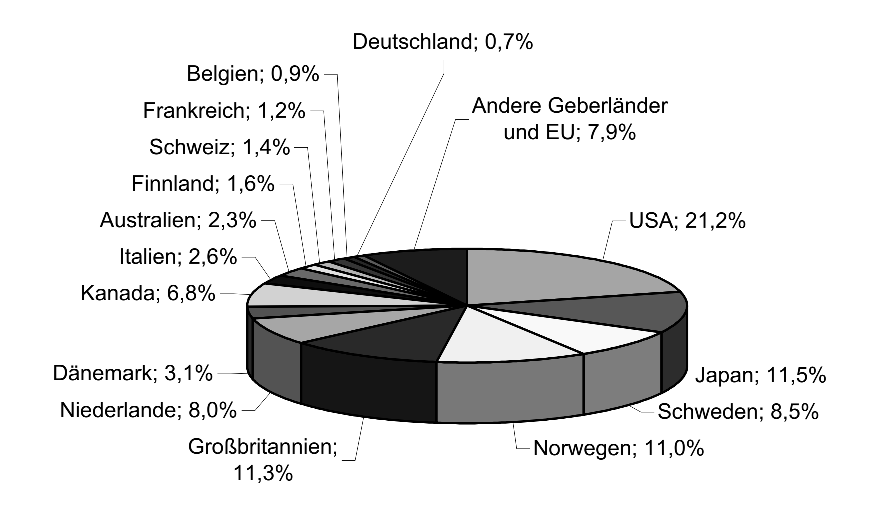
Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)
Wichtigste staatliche und internationale Geber 2002 - 2005 (in Mio. US-Dollar)

	2002	2003	2004	2005	2002-2005	%
USA	247	288	263	234	1.032	21,2%
Japan	118	101	156	184	559	11,5%
Schweden	74	103	112	126	415	8,5%
Norwegen	82	113	135	205	535	11,0%
Großbritannien	72	130	188	159	549	11,3%
Niederlande	83	74	113	117	387	8,0%
Dänemark	31	36	38	44	149	3,1%
Kanada	54	85	87	104	330	6,8%
Italien	30	34	29	34	127	2,6%
Australien	14	28	32	37	111	2,3%
Finnland	15	18	22	25	80	1,6%
Schweiz	13	17	17	18	65	1,4%
Frankreich	8	12	17	22	59	1,2%
Belgien	8	10	14	12	44	0,9%
Deutschland	**7**	**7**	**9**	**11**	**34**	**0,7%**
Andere Geberländer und EU	57	80	107	140	384	7,9%
Regierungen und int. Zusammenschlüsse	913	1.136	1.339	1.472	4.860	100,0%

	2002	2003	2004	2005	2002-2005
Privater Sektor (Spenden)	482	515	391	1.129	2517[1]
Sonstige	59	37	248	161	505
Insgesamt	**1.454**	**1.688**	**1.978**	**2.762**	**7.882**

Quelle: UNICEF-Jahresberichte 2002-2005

[1] 346 Mio. Euro der privaten Spenden stammen aus Deutschland.

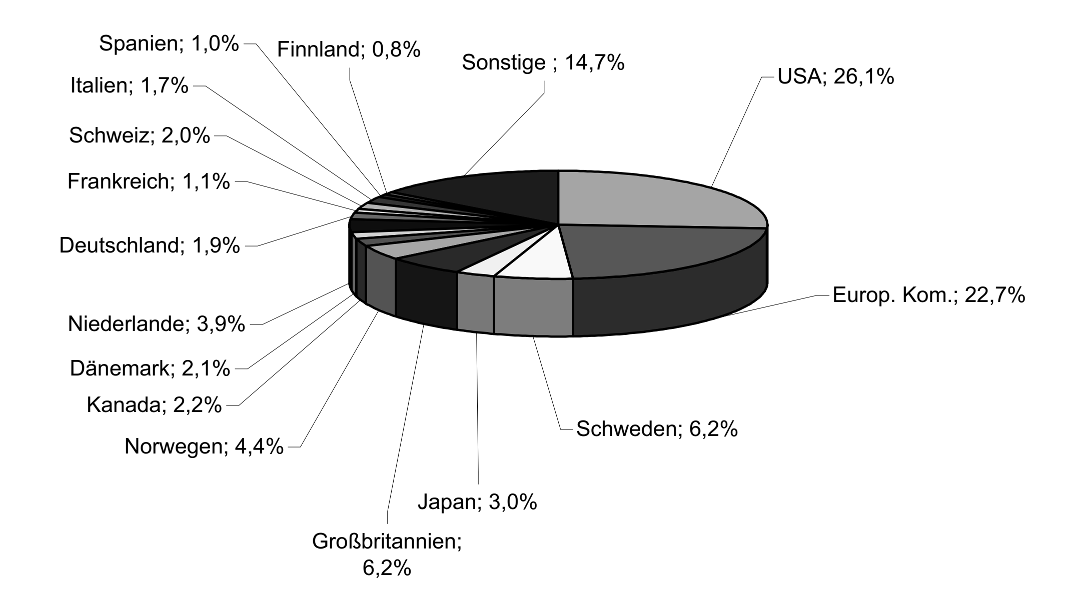


Anlage 25

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)
Wichtigste Geber 2002 - 2005 (in Mio. US-Dollar)

	2002	2003	2004	2005	2002-2005	%
USA	119,687	134,020	127,416	108,000	489,123	26,1%
Europ. Kom.	78,775	94,296	130,449	123,041	426,561	22,7%
Schweden	20,155	24,648	31,764	39,077	115,644	6,2%
Japan	6,564	9,391	11,296	30,101	57,352	3,0%
Großbritannien	13,200	35,440	39,067	28,651	116,358	6,2%
Norwegen	14,137	18,169	19,610	31,339	83,255	4,4%
Kanada	7,563	7,493	15,549	10,103	40,708	2,2%
Dänemark	7,635	9,946	10,785	11,380	39,746	2,1%
Niederlande	12,786	14,230	18,014	27,366	72,396	3,9%
Deutschland	**9,620**	**10,336**	**9,349**	**7,197**	**36,502**	**1,9%**
Frankreich	3,369	2,682	6,512	8,345	20,908	1,1%
Schweiz	8,216	7,567	11,438	9,857	37,078	2,0%
Italien	7,788	11,445	10,813	2,402	32,448	1,7%
Spanien	3,069	3,426	5,485	6,540	18,520	1,0%
Finnland	2,819	3,458	4,527	4,586	15,390	0,8%
Sonstige	89,056	51,594	48,147	86,542	275,339	14,7%
Insgesamt	**404,439**	**438,141**	**500,221**	**534,527**	**1.877,328**	**100,0%**

Quelle: UNRWA, Pledges to UNRWA (cash and in kind)

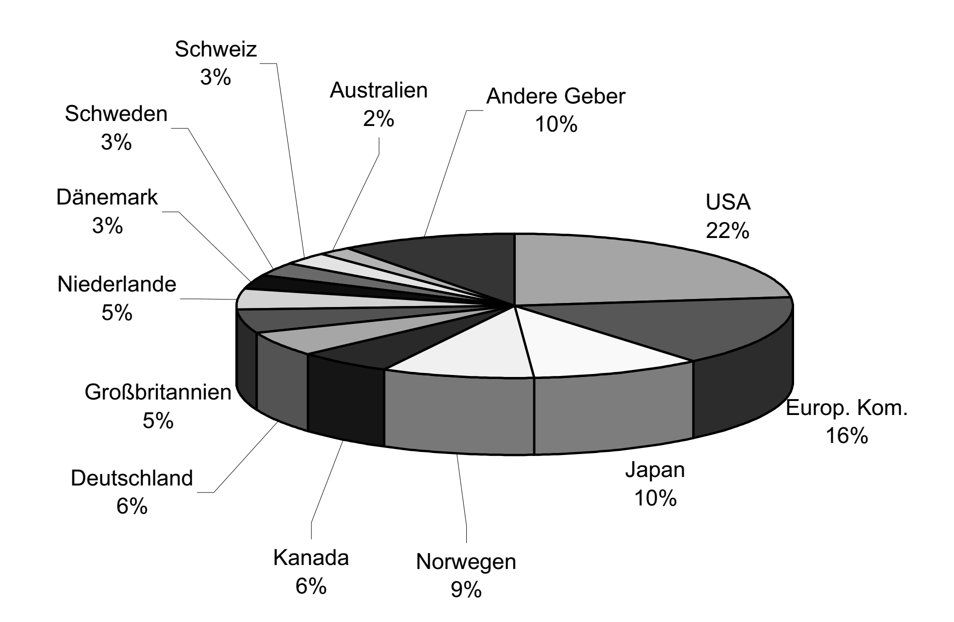


Anlage 26

Humanitäres Minenräumen
Wichtigste Geber 2002 - 2005 (in Mio. US-Dollar)

	2002	2003	2004	2005	2002-2005	%
USA	74	81	97	82	333	23,2%
Europ. Kom.	39	65	71	52	227	15,8%
Japan	50	13	43	39	145	10,0%
Norwegen	25	29	34	37	125	8,7%
Kanada	15	23	23	21	81	5,6%
Deutschland	**19**	**22**	**19**	**21**	**81**	**5,6%**
Großbritannien	19	20	15	21	75	5,2%
Niederlande	16	12	19	19	66	4,6%
Dänemark	11	12	14	11	47	3,3%
Schweden	7	13	11	12	43	3,0%
Schweiz	8	9	11	12	40	2,8%
Australien	8	6	5	9	28	1,9%
Andere Geber	33	37	37	40	147	10,2%
Insgesamt	**324**	**339**	**399**	**376**	**1438**	**100,0%**

Quelle: Landmine Monitor Report





Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333